

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumero: Vierteljährlich 3.30 Mark, monatlich 1.10 Mt., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2.30 Mt. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mt., für das übrige Ausland 2 Mt. pr. Monat. Eingereicht in der Post-Beilage-Preisliste für 1895 unter Nr. 7145.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Veretats- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Paul I. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentb-Strasse 2.

Sonntag, den 4. August 1895.

Expedition: SW. 19, Bentb-Strasse 3.

Büchlernoth.

Schon wieder einmal haben die Regierungsweisen und die Kunstweisen die Köpfe zusammengesteckt, um zu berathen, wie der ewigen Büchlernoth abzuhelfen sei. Und wenn man den Mittheilungen trauen darf, die aus den Geheimkonferenzen durchgesickert sind, so haben die Regierungsweisen den Büchlerwünschen ein offeneres Ohr geliehen als früher.

Jetzt soll denn auch die eine ihrer Hauptforderungen, die Zwangsbüchler, ihnen bewilligt worden sein. Dennachst wird also wohl eine neue Auflage des Verlehrscheischen Gesetzentwurfes mit dieser Forderung prangen.

Mit der Zwangsbüchler wollen die Kunstweisen dann auch die Handwerkerkammer in den Kauf nehmen, die ihnen selbst herzlich wenig nach der Mühe ist, da sie in ihnen so etwas wie eine entfernte Möglichkeit auch einer Berücksichtigung der Arbeiterinteressen wittern, obgleich sie ganz ruhig sein könnten: der heutige Staat wird schon dafür sorgen, daß die Unternehmer in den staatlichen Berufsorganisationen immer die Oberhand behalten.

Doch zufrieden sind unsere Kunstschwärmer deshalb noch lange nicht mit der Verheißung von Zwangsbüchler. Die sind für ihren Geschmack immer nur eine Schale ohne Kern, so lange ihnen der Befähigungsnachweis fehlt, dieses ersehnte Heilmittel gegen den sogenannten unlauteren Wettbewerb.

Und den Befähigungsnachweis anzugeben sträuben sich vorläufig noch die Geheimräthe; das bringen sie noch nicht über ihr Gewissen. Noch nicht, aber vielleicht dereinst, wenn der reaktionäre Wind, der anhaltend durch die deutsche Kultur bläst, ihr Gewissen robuster gemacht hat.

Eigentlich ist's ein Mißgeschick für die deutschen Zunftschwärmer, daß Oesterreich sich zum Versuchsobjekt für den Befähigungsnachweis hergegeben hat. Da schaut doch gar zu erbärmlich der Jammer trähwinkeliger Mißgunst durch die zerstückelten Fetzen des Befähigungsgewandes hindurch, das man dem stehenden Handwerk über die schlotternden Glieder geworfen hat. Wohliger ist ihm unter der neuen Hülle nicht geworden. Das alte Geföhn wird auch in Oesterreich wieder laut, nur in neuen Tonarten. Wie soll man nun uninteressirten Beobachtern in Deutschland glauben machen, daß mit diesem Heilmittel aus der guten alten Zeit der Höpfe und Perrücken dem Handwerk sich helfen läßt?

Zwar sie geben sich alle Mühe, die Zunftschwärmer, aneinanderzusehen, daß sie gar nicht die Nachteile des österreichischen Systems nachahmen wollen. Es sollen nicht so schroff, wie in Oesterreich geschehen, die Befugnisse der einzelnen Handwerke gegen einander abgegrenzt werden, so daß die Bäcker mit den Konditoren an zu rechten fangen, wenn's an's Kuchenbacken geht, oder die Klempner mit den Schmieden eine blutige Fehde darüber ausfechten müssen, ob der eine oder der andere Nägel mit Messingköpfen machen darf.

Solche Beschwichtigungsvorläufe klingen recht nett, aber zu trauen ist der Sache nicht. Denn was nützt denn schließlich dem Handwerksmeister der ganze Befähigungsnachweis, wenn ihm jeder Meister aus einem halbwegs verwandten Berufe in seiner Spezialarbeit „unlauteren Wettbewerb“ machen darf? Ohne die Abgrenzung der Fabrikationsbefugnisse ist der Befähigungsnachweis ein Messer ohne Klinge. Mit jener chikanösen Bestimmung inbezug ist es ein Messer, mit dem sich zwar die Handwerker gegenseitig die Hälse abschneiden können, aber Niemen können sie sich aus anderer Handwerker Haut doch nicht schneiden.

Würde wirklich in Deutschland die sogenannte Sozialreform von Stufe zu Stufe soweit sinken, um uns auch noch den Befähigungsnachweis zu beschneiden, so würden die verblendeten Zunftschwärmer nach bitteren Enttäuschungen einsehen, daß das auch nichts ist.

Judeß predige man einmal Leuten, die am Ertrinken nach jedem Strohhalm greifen, daß ein Strohhalm kein Rettungsapparat! Sie greifen doch danach.

Doch da ist ja noch eine „Reform“, um die unsere Zünftler sich sorgen. Sie sprechen aber nicht gern öffentlich darüber. Das ist das Lehrlingswesen. Da muß man aber nicht glauben, daß ihnen die Lehrlinge am Herzen liegen. Es handelt sich auch da um das eigentümlich persönliche Interesse der Meister. Die Lehrlingsreform besteht darin, daß nur ein zünftiger Meister das Recht haben soll, Lehrlinge anzunehmen. Wenn man das Handwerk stellenweis noch dem Großbetrieb die Waage halten kann, so liegt das zum großen Theil daran, daß es vermittelst der Lehrlingszucht und Lehrlingsausbeutung weiter vegetirt. Deshalb sind denn auch die Zunftmeister die geschworenen Feinde einer wirklichen Reform des Handwerks, die damit einsehen müßte, daß die Lehrlinge eine bessere, umfassendere und gründlichere Ausbildung in ihrem Berufe gewährt wird, als sie ihnen heute die Heilbarbeiter züchtende Großindustrie und die lehrlingsausbeutende Kleinindustrie angebeihen läßt. Zu dem Zweck müßte aber mit dem System der Lehrlingsausbildung durch geschäftstreibende Meister gebrochen werden, denn die haben nicht ein Interesse daran, daß der Lehrling bei ihnen etwas lernt, sondern daran, daß seine Arbeitskraft für ihr eigenes Geschäft möglichst ausgenutzt wird. Sicher giebt es in allen Berufszweigen Handwerksmeister, die die Forderungen der Lehrlinge sich eifrig angelegen sein lassen, selbst gegen ihr eigenes Interesse. Aber das sind Ausnahmen.

Soweit die Lehrlingsinteressen des Lehrlings und die Geschäftsinteressen des Meisters sich mit einander decken, geht es auch noch. Wo aber beide gegen einander stoßen, da geht meist das Lehrlingsinteresse in die Brüche, wie der irdene Topf bei der Kollision mit dem eisernen.

Nun sind zwar Fachschulen für Lehrlinge eingerichtet, die den Mängeln der Ausbildung durch Meister nachhelfen

sollen. Die sind aber immer nur Stückwerk. Seine „Musterstunden“ muß der halbwegsige Bursche darauf verwenden, wenn er von der Arbeit in der Werkstatt abgehört ist. Es macht da praktisch wenig Unterschied, ob ihm für den Schulbesuch einige Tagesstunden freigegeben werden müssen.

Um diesen, allerdings nicht die Handwerker, wohl aber das „Handwerk“ schädigenden Zuständen abzuhelfen, giebt es nur ein Mittel: die gesammte Lehrlingsausbildung den Fachschulen zu übertragen. Mögen nachher oder auch zwischendurch für einzelne Jahre die ausgebildeten Lehrlinge als „jugendliche Arbeiter“ sich in dem, was sie in der Schule gelernt, beim Handwerksmeister befestigen. Ein ähnliches System wird jetzt schon bei der Ausbildung der sogenannten „höheren“ technischen Berufe, bei Architekten, Ingenieuren aller Art und Maschinentechnikern angewandt. Es liegt gar kein Grund vor, jungen Handwerkerlern, Schlossern, Tischlern, Schneidern, Schuhmachern, Bäckern u. s. w. dieses bewährte Ausbildungssystem vorzuenthalten, gar kein Grund, wenn nicht in dem Ausbeutungsinteresse der Handwerksmeister.

Tamit kann man denn auch die wirkliche Liebe der Zunftschwärmer zum Handwerk auf die Probe stellen. Man frage sie einmal, wie sie über die Ausbildung der Lehrlinge in Fachschulen denken, was sie dazu meinen, wenn ihnen die Lehrlingszuchterei abgenommen werden sollte. Eine erfreuliche Antwort wird nur in den seltensten Fällen dem Gehege ihrer Zähne entfliegen.

Wir Sozialdemokraten werden dagegen stets bereit sein, für diese Reform des Handwerks einzutreten. Für das, was die Zister und Geissen fordern, sind wir nicht zu haben. Wir bekämpfen es wie jede andere reaktionäre Poppschwärmererei.

Politische Ueberflacht.

Berlin, 3. August.

Die Anwendung des *dolus eventualis*, vermittelst dessen man den Truder und das gesammte Hilfspersonal für den strafbaren Inhalt einer Druckschrift verantwortlich machen kann, wäre viel nabeliegender, wo es sich um die Unterlassung von Schutzmaßnahmen seitens der Fabrikanten handelt, wie sie in den Verichten der Fabrikinspektoren so häufig gerügt wird. Wenn man den Truder einer Schrift, die von einem namhaft gemachten verantwortlichen Autor verfaßt ist, wegen Majestätsbeleidigung bestraft, weil derselbe sich hätte sagen müssen, der Verfasser sei Sozialdemokrat und von Sozialdemokraten sei es bekannt, daß sie keine besondere Ehrfurcht vor Monarchen hätten, ihnen also wohl eine Majestätsbeleidigung unterlaufen könnte — eine Begründung, mittelst deren man auch jeden Zeitungsausdräger wegen des Inhalts der Zeitung strafbar machen könnte — so läge es doch viel näher, die Anklage wegen Mord so gegen Fabrikhaber und Direktoren zu erheben in allen Fällen,

Fräulein Schulze's Fahrzeug für immer verschlossen bleiben sollte.

Am demselben Tage, an dem die beiden Erwähnten ein glückliches Paar wurden, stand Herr Cesar Otomar Schulze tief nachdenklich in dem Zimmer seiner Schwester.

„Fredegunde,“ sagte er, „ich habe eine Idee...“
„Und die wäre?“ fragte Fredegunde hastig.
„Es war wieder nichts...“

Von Herrn Schulze, der bald darauf gänzlich nach San Bernardino übersiedelte, erzählt man sich, daß er dort mit seiner Frau Amalia, geborenen Voethle Astronomie treibt. Er hat beinahe einen Kometen entdeckt, und Frau Amalia berechnet die Sonn- und Mondsternnisse auf mehrere hundert Jahre voraus.

Die Geschichte einer Indianerin.

Nichts als Gras, Gras und wieder Gras, wohin das Auge sich auch wenden mag, und darüber der reine blaue Himmel ohne jede Wolke. Ueber den Köpfen die strahlende Sonne, die unermüdlich und unerbittlich herniederseigt. Es ist eine eintönige Farbe, in der der Boden und der Himmel gemalt ist. Als wenn ein riesiger Pinsel mit einem großen Strich über eine unendliche Leinwand gefahren sei.

Den Himmel hat er hellblau gemalt, die Erde grüngrün ohne jede Schattirung in beiden Farben. Wie weit man auch hinauslugen mag in die Ferne, sieht man überall nur das ermüdende Grüngrün; keine Erhebung im Boden, der dem Auge einen Ruhepunkt gewährt; keinen Busch, keinen Baum, nichts. Bis auf hundert Schritt kann man noch die einzelnen Grassbüschel unterscheiden auf dem fahlen Boden, auf dem sie gruppenweise emporkwachsen, von da ab verliert sich jede Unterscheidung und es bleibt nur die Farbe. Wenn man am Horizont die Uebergangsstelle fixirt, wo sich die beiden Farben vermischen, schmerzt das Auge unter dem durch die grelle Beleuchtung erhellten Farbenkontraste und kehrt unwillkürlich zurück, um auf

gereicht ihm zur Ehre, daß er jetzt zum Märtyrer wurde. Der Bekehrung der Indianertribus, die in dem südamerikanischen Mesopotamien ihre leichteste Zelte hat, zum neuen Evangelium der spiritistisch-buddhistischen Religion hatte er sein ganzes Leben gewidmet; er, der selbst durch den Irrgang eines alltäglichen und profanen Denkens auf diese Geisteshöhe sich emporgearbeitet, sah jetzt, wie ihm die Palme von anderer Seite aus der Hand gerungen wurde, und von wem? Von einem industriellen Kaufmann der das Evangelium betrieb wie ein reiner Geschäftsmann, und von einer Margarethe Sauermeier, die außer einer mäßig hübschen Larve und einem etwa zwanzig Jahre alten Tauschein nichts weiter besaß, was sie zur Prophetin und Vermittlerin höherer Ideen befähigte. Tief mußte Herrn Schulze es schmerzen, daß schon in seiner jungen Gemeinde eine solche Herese eingerissen war, daß sie ihm seinen Lieblingsjünger zu rauben vermochte. Ja, es war zu befürchten, daß das niedrige und brutale Genie des Herrn Enrique Jina den Propheten vollständig entthronen und spirituell ans Kreuz schlagen würde. Oder, es war schon geschehen, wenn Schulze ehrlich denken wollte.

Wir wollen uns in diese traurigen Vorgänge nicht des weitern versetzen. Herr Schulze wurde verlassen, ziemlich rasch sogar. Von Tag zu Tag schmolz die Schaar seiner Jünger mehr und mehr zusammen. Jede neue Vorstellung Herrn Enrique Jina's brachte aus den Reihen des Herrn Schulze in die andere Renegaten hinüber und das umsomehr, als Fräulein Fredegunde der Geist, der sie besessen hatte, wirklich zu verlassen begann. Es kam die Zeit, in der Schulze nicht mehr einen einzigen Anhänger hatte und noch schredlicheres ereignete sich für Fräulein Fredegunde, als das geschah, was der geschulte Leser schon geahnt haben wird, als Fräulein Margarethe Sauermeier's Schifflein, geleitet von der kräftigen Lootsenhand Herrn Georg Kramer's, in dem Hafen landete, der, wie es schien, für

Skizzen

[Nachdruck verboten.]

aus dem Südamerikanischen Hinterlande.

7

Genug, Herr Georg Kramer war wie ausgewechselt, seitdem er Margarethe Sauermeier gesehen. Gleich sein Herz früher einem Wesen, so schien es jetzt, als ob sämtliche Vulkane des Weltalls ihre glühende Lava in sein Herz ergossen hätten. Die Folgen kann sich auch ein in Liebesangelegenheiten weniger erfahrener Leser ausmalen. Fräulein Fredegunde Schulze fiel in einer ihrer Vorstellungen, als sie ihren Anbeter nicht in ihrer Nähe gewahrte, statt in einen spiritistischen in einen nervös hysterischen Krampf, der seinen der Zuschauer im mindesten bestrickte, und als sie gar zu Hause die ganze volle Wahrheit erfuhr, war ihr erstes, daß sie die ganzen Köpfe eines Gros Schachsteln von Zündhölzchen verzehrte. In ihrem Blick hatte der Direktor der neuen Zündhölzchen-Fabrik „Die Sonne“, weil er noch nicht vollständig in die Geheimnisse der Zündhölzchen-Fabrik eingeweiht war, vergessen, Phosphor in die Zündmasse zu thun, und so kam die Familie Schulze dieses Mal mit dem bloßen Schrecken davon, und Fräulein Fredegunde mit einer mäßigen Indigestion.

Was in Schulze's Innerem vorging, kann man nicht wissen, sondern nur ahnen. Derartig sinnige Gemüther, die neben ihrer reichen Herzensanlage noch ein durch mühsame Studien erworbenes Wissen besitzen, pflegen schwerer zu leiden als der Mann der bloßen Routine, dem sein Wissen nur Mittel zum Zweck ist, und dem die wissenschaftliche Leuchte nur die Fackel für ein behäbiges Leben darstellt. Schulze's Charakter war, wie die Leser sicherlich begriffen haben werden, ein durchaus anderer und edlerer. In ihm lag etwas von einem Propheten und Reformator. Es

wo Personen durch Unfälle ums Leben kommen, welche durch Anwendung von Schutzmaßregeln verhütet werden könnten. In den Fällen, in denen durch Versehen eines durch übergroße Ausdehnung der Arbeitszeit übermüdeten Weichenstellers oder Lokomotivführers ein Eisenbahnunglück einträte, bei denen Menschen das Leben verlören oder schwere Körperverletzungen erlitten, müßten zum mindesten die Eisenbahndirektoren wegen Mordes oder fahrlässiger Körperverletzung unter Anklage gestellt werden. Sie konnten voraussehen, daß bei Uebermüdung der Beamten leicht Versehen stattfinden könnten, welche Menschenleben gefährden, und da sie jene nicht verhüteten, so liegt der dolus eventualis vor und sie sind so zu bestrafen, als wenn sie die Gefährdung des Menschenlebens vorsätzlich beabsichtigt hätten.

Wahrlich die Anwendung, welche der dolus eventualis sowie der „Grobe Unfug“-Paragraph bei uns gefunden haben, sind ein Hohn auf unsere ganze Rechtspflege, und es ist ein schlechter Trost, daß diese juristischen Haarspaltereien und Sophistereien nur ihre Anwendung gegen „schlechtgefinnte“ Menschen finden. Es wäre christlicher, offen die Michterklärung gegen diese auszusprechen, die „Rechtsfindung“ geradezu außerhalb des Gesetzes zu stellen, als die Rechtspflege durch die Art ihrer Handhabung zu klammern. Durch nichts kann die bestehende Gesellschaftsordnung deutscher ihren Vankrott erklären, als dadurch, daß ihre Stützen selbst daran verzweifeln, vermittelt der von ihnen selbst aufgestellten Rechtsordnung sie aufrecht zu erhalten.

Zur bulgarischen Frage schreibt das in London erscheinende Organ der Freunde russischer Befreiung: „Fros Russia“ (Frei Rußland):

Die ganze englische, deutsche und österreichische Presse ist über die Lage der Balkan-Halbinsel in Aufregung versetzt. Und dies ist nicht zu verwundern. Man kann nicht umhin, das Zusammenstößen der Erbdegenen in dem Augenblick, wo die Horte durch die armenische Frage in eine etwas schwierige Lage versetzt ist, mit dem politischen Viehwagen zwischen St. Petersburg und Sofia zu bemerken. Soll dies vielleicht bedeuten, daß die heutigen bulgarischen Politiker den ehrgeizigen Gedanken gefaßt haben, ihr Land mit Hilfe Rußlands durch die Annexion eines Teiles von Makedonien auszuweiden und zu stärken. In dem Interesse des russischen Volks wohl das Wachsen Bulgariens oder irgend einer anderen slavischen Nation. Dieses Interesse würde aber sehr gefährdet dadurch, daß Bulgarien, ob in seinem Territorium vergrößert oder nicht, nur eine russische Provinz werden würde. Das russische Volk ist es längst müde, sein Blut und Geld für die Knechtung Polens hinzugeben, und wünscht kein zweites Polen zu demselben Zweck zu erwerben. Als Bulgarien mit Hilfe russischen Blutes und Geldes den osmanischen Klauen entwich, und die russische Regierung von ihm verlangte, daß es seine Schuld nicht dem Volke, sondern der Regierung des Jaren bezahle, und die jetzt schon ungeheure Anzahl russischer Sklaven noch vermehren solle, da stellte Bulgarien einen Mann an die Spitze, welcher, obgleich noch weit davon entfernt ein Ideal zu sein, zweifellos angeborenen Muth und Geschicklichkeit genug besaß, Bulgarien aus der Gefahr, in die kaiserlichen Klauen zu geraten, zu retten. Die Freunde Panha's, eines notorischen Banditen, haben diesen Mann aus der Arena entfernt. Das beständige Intrigüiren und Komplottschmieden der russischen Diplomatie und anderer Agenten gipfelte, wie wohl bekannt, in der russischen Regierung, die durch das dringende Verlangen der rumänischen Regierung gezwungen wurde, Herrn Sitrovo zurückzurufen. Es würde höchst nativ sein, anzunehmen, daß mit der Befreiung Sitrovo's von Rumänien nach Spanien die verderblichen Praktiken, welche auf der Balkanhalbinsel mit der ganzen Politik so innig verflochten sind, aufhören würden. Angesichts dessen, was in letzter Zeit geschah, ist man berechtigt, die Frage aufzuwerfen, ob nicht den Freunden Panha's vom russischen offiziellen Lager aus aufmunternde Winde gegeben worden sind. Ob dies nun der Fall war oder nicht, Thatsache ist, daß diese Freunde, welche in den meisten Fällen nichts anderes als einfache gemielhete Banditen des offiziellen Rußlands waren, sich

so behaglich und stark fühlten, daß sie anfangen, in der bulgarischen Politik offen eine blutige Rolle zu spielen. Unwillkürlich fragt man sich, was aus Bulgarien werden soll, wenn Herr Sitrovo, der ohne Frage persönlich einer der aufklärtesten und wohlmeinendsten Bulgaren ist, und seine Anhänger durch die Aussicht auf die Vergrößerung ihres Landes dazu verführt werden, zu erlauben, daß der kaiserlich russische Einfluß wieder in ihrem Lande Wurzel faßt. Werden sie fähig sein, Rußland Halt zu gebieten, wenn es anfängt, Tyrann zu werden? Wir fürchten: nicht.

Deutsches Reich.

Von der Dessenlichkeit des Gerichtsverfahrens, wie sie durch Staatsverfassung und Gerichtsverfassung garantiert ist, hat der Landesgerichtspräsident Grogewsky in Breslau eine ganz besondere Ansicht. Er lehnte, wie unser dortiges Parteiblatt, die „Breslauer Volkswacht“, mittheilt, ein Gesuch der Redaktion ab, zu den öffentlichen Verhandlungen des Breslauer Landgerichts einem Berichterstatter Zutritt zu gestatten. Die Begründung dieser Maßregel lautete, daß „seit 1892—1895 aufgrund strafrechtlicher Einsichtens in zahlreichen Fällen gegen Vertreter der Zeitung auf Strafe erkannt ist“.

Die „Breslauer Volkswacht“ bemerkt sehr richtig hierzu: Was die Thatsache, daß verantwortliche Redakteure unseres Blattes wegen politischen und Preßvergehens bestraft wurden, mit der Zulassung eines Berichterstatters unseres Blattes zu öffentlichen Verhandlungen des Gerichts zu thun hat, ist uns allerdings unverständlich. Vielleicht fürchtet gar der Herr Landesgerichtspräsident, die Teilnahme an den Verhandlungen des Gerichts könnte bei den zahlreichen Bestrafungen der Redakteure des Blattes wegen Preßvergehens auch den Berichterstatter desselben zu Straftaten geneigt machen, etwa zu kleinen Einbruchsvielhählen, Mordthaten u. d.?

Die Sache soll, wie ferner mitgeteilt wird, von unserm Parteiblatt noch weiter verfolgt werden. Und in der That: Nicht eine einzige Bestimmung des Gerichtsverfassungs-Gesetzes berechtigt den Landesgerichts-Präsidenten, einem Zeitungsberichterstatter den Zutritt zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen zu verbieten. Hier aber handelt es sich nicht nur um ein Vorgehen gegen eine bestimmte Persönlichkeit, sondern überhaupt um das Verbot an eine Zeitungsredaktion, einen Berichterstatter in öffentliche Gerichtsverhandlungen zu entsenden. Der Zutritt in den Zuhörerraum eines Gerichtssaales kann aber weder einem Zeitungsberichterstatter noch irgend einer anderen Persönlichkeit verweigert werden, sobald diese den Anforderungen des § 176 des Gerichtsverfassungsgesetzes entspricht. Am allerwenigsten aber kann ein derartiges Verbot aus der politischen Haltung einer Zeitung oder aus Strafen, die deren Redakteure wegen Preßvergehens erlitten haben, abgeleitet werden. Es liegt hier ein Fall vor, der das Prinzip der Dessenlichkeit des Gerichtsverfahrens, insbesondere aber die Freiheit der Presse in der empfindlichsten Weise berührt, und an dessen Aufklärung daher die Presse aller Parteien ein weitgehendes Interesse hat.

Die diesjährige Mafest-Nummer scheint sich für einen theil unserer lieben deutschen Polizei und Staatsanwaltschaft zu einem Wurm auszuwachsen, der unter keinen Umständen sterben kann. So wird uns unterm heutigen Datum aus Halberstadt berichtet, daß dort in der Straßsack Alster und Gassen wegen Verbreitung der konfizierten Mafest-Nummer die Geschäftsbücher der dortigen „Sonntags-Zeitung“ beschlagnahmt worden sind.

Der Fall Arons. Die gesinnungstüchtige Aktion gegen den unserer Partei angehörenden Privatdozenten der Berliner Universität Dr. Leo Arons scheint nämlich ins Wasser gefallen zu sein. Der Versuch, ihn wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei aus dem Lehrkörper der Universität zu entfernen, hat, wie man der „Frankfurter Zeitung“ schreibt, jetzt in den Fakultätsberatungen seinen Abschluß gefunden. In der Fakultätsitzung der vergangenen Woche ist in der Sache Beschluß gefaßt worden und die Fakultät hat die Entfernung des Dr. Arons aus dem Lehramt nicht beantragt. Damit fehlt dem Ministerium jede rechtliche Möglichkeit, eine Entfernung zu bewirken. Dr. Arons hat seine Vorlesungen für das Winterhalbjahr bereits angekündigt. Der liebe Müß' war umsonst. Schade!

Er trägt einen großen Strohhut, und sein Gesicht ist eingerahmt von einem kurzgeschneitten blonden Vollbart. Seine Hügel zeigen Intelligenz gepaart mit Energie. An seiner Seite befindet sich ein Mann, der den Typus eines richtigen Kampfgauchos darstellt. Ein hageres braunes Gesicht mit scharfen schlaun, ein wenig finstern Augen; mit einem struppigen und spärlichen Bart von dunkler Farbe. Den Kopf deckt ein alter kleiner Filzhut. Der Gaucho trägt ein bunt gestreiftes Wollhemde und ein paar enorm weite Hunderhosen, die unten zugebunden sind. Die Hüfte sind nackt, und an ihnen hängen schwere eiserne Sporen mit handtellergroßen Rädern. Hinten an seinem Sattel ist der unvermeidliche Lasso befestigt. Der zweite Europäer ist zurückgeblieben hinter dem Zuge. Er ist ein ziemlich kleiner Mann, etwas mager. Er trägt einen weißen Kockhelm; sein Gesicht ist bartlos. Man sieht es ihm an, daß er sich vielleicht erst heute Morgen, oder jedenfalls nicht viel länger, tadellos rasirt hat. Er zeigt eine strenge und Härte in seinen Mienen, die bei längerem Betrachten unangenehm auf den Beobachter einwirkt. Seine Kleidung ist, obwohl man ihr einige Strapazen aufweist, ziemlich tadellos. Sie besteht aus einer hellgrauen Wollblouse, engen Reithosen aus demselben Stoff und lackledernen Stiefeln, die bis ans Knie gehen.

(Fortsetzung folgt.)

Pariser Malerinnen.

Die Pariser Frauenzeitung „Revue des jeunes filles“ schildert nach einer Uebersetzung der „Voss. Zeitung“ in ergreifender Weise den Jammer und die schmachliche Ausbeutung vieler Pariser Künstlerinnen. Von den 2-3000 Frauen, die seit fünf Jahren als Malerinnen aufgetreten sind, befinden sich etwa 700, deren Werke in der großen Kunstausstellung Aufnahme gefunden haben. Etwa 25 davon verdienen ihren Lebensunterhalt zu verdienen, indem sie Frauen- und Kinderbildnisse malen, die mit 100 bis 1000 Franken bezahlt werden. Die anderen stellen aus, finden aber keine oder höchst selten Käufer für ihre Bilder. Ganz ausnahmsweise erhält eine dieser Malerinnen eine Medaille, wenn sie mindestens schon vierzig Jahre alt geworden. Malerinnen haben also nur geringe Aussichten für ihre Zukunft.

Ein Beispiel, wie es ihnen oft geht. Während der Ferien hatte eine Malerin keine Zeichenstunden zu geben und suchte daher eine andere Beschäftigung, als sie in einem Blatte die Anzeige fand: „Für kleine Malerei, zu 8-10 Fr. den Tag, werden heute gesucht. Vorbereitung unnötig.“ An der angegebenen Adresse fand die Malerin eine Farbwarenhandlung, deren Inhaber, ein würdig aussehender Alter, ihr sofort die Vortheilhaftigkeit der gebotenen Arbeit anpries, zu der keine Vorbereitung nötig sei. Es waren Lichtbilder und Zeichnungen (nach bekannten Bildern) in Farben zu sehen. Die Bildnisse wurden mit 1, die Bilder mit 2 Fr. das Stück bezahlt. Von

Die Spaltungen in der Zentrumsparthei in mehr agrarische und mehr demokratische Theile lassen sich je länger, je weniger überblickern. Der Graf Strachwitz hat im Verein katholischer Edelknechte zu Rößin eine Rede gehalten, deren Sinn dahin geht, daß, wenn es nach den Agrariern im Zentrum geht, diejenigen Zentrums-Abgeordneten, die landwirtschaftliche Bezirke vertreten, aber im Reichstag für den russischen Handelsvertrag gestimmt haben, nicht wiedergewählt werden sollen. Zu dieser Kategorie der „Abzuführenden“ gehören u. a. auch der Reichstagspräsident Hr. v. Buol, ferner der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Graf Compech und die geistigen Führer der Partei: Dr. Sieber, Professor Hise, Gröber. Auch Spahn, der zweite Vize-Präsident des Reichstags ist seinen agrarischen Wählern in Bonn-Rheinbach mißlieblich.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse beherrschen eben mehr und mehr das politische Getriebe. Die katholischen Agrarier wollen durch wirkliche Agrarier vertreten sein, bei denen die agrarischen Interessenvertretung die Hauptrolle und der Name „Zentrum“ nur noch das Mäntelchen ist. Und die katholischen Arbeiter sind ja schon seit Jahren dazu übergegangen, Sozialdemokraten in den Reichstag zu wählen, von denen sie eine wirkliche Vertretung ihrer Interessen erwarten können. Die Zeiten für konfessionelle Parteien sind vorüber.

Das Gesetz betreffend die Bestrafung des Sklavenraubes und des Sklavenhandels, das in der letzten Reichstagsession angenommen wurde, wird im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Die ersten beiden Paragraphen lauten:

§ 1. Die vorsätzliche Mitwirkung an einem auf Sklavenraub gerichteten Unternehmen wird mit Zuchthaus bestraft. Die Veranstalter und Anführer des Unternehmens trifft Zuchthaus nicht unter drei Jahren.

§ 2. Wer Sklavenhandel betreibt oder bei der diesem Handel dienenden Beförderung von Sklaven vorsätzlich mitwirkt, wird mit Zuchthaus bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein.

Das Reichs-Versicherungsamt hat den Vorständen der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten, sowie der Baugewerks-Berufsgenossenschaften eine Zusammenstellung von Merkmalen zur Unterscheidung von selbständigen Baugewerbetreibenden und Bauarbeitern zugesandt.

Angesichts der vielfachen Unsicherheiten, die namentlich in den Urteilen der Gewerbegerichte zu Tage getreten sind und die darin bestehen, daß man bei vielen Streitfällen nicht wußte, ob z. B. ein sogenannter Kolonnenführer als Unternehmer oder als Arbeiter zu betrachten war, dürfte diese vom Reichs-Versicherungsamt ausgehende Zusammenstellung von Interesse sein.

Unterstützung von Kriegsinvaliden. Die „Berliner Korrespondenz“ theilt mit, mehrere Tageszeitungen hätten sich neuerdings mit der Frage beschäftigt, an welcher Stelle die Gesuche um Bewilligung einer laufenden Beihilfe aus den Mitteln des Reichsinvalidenfonds auf Grund des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1896 anzubringen sind. Bei der Unsicherheit, welche die Verschiedenartigkeit der hierbei zu Tage getretenen Ansichten in den betheiligten Kreisen hervorzurufen geeignet sei, theilt sie mit, daß die Ausführungsbestimmungen zu dem erwähnten Reichsgesetze, die bereits fertig gestellt seien, bald veröffentlicht würden. Dann heißt es weiter: „Jedenfalls steht jetzt schon fest, daß die auf Bewilligung einer laufenden Beihilfe gerichteten Gesuche grundsätzlich bei den Kreisbehörden und in Stadtkreisen bei den Polizei-Direktionen u. in Berlin also beim königlichen Polizei-Präsidium, anzubringen sind. Es kann allen Betheiligten aber nur dringend gerathen werden, die antizipierten öffentlichen Aufforderungen, aus denen hervorgeht, was zur Begründung der Gesuche erforderlich ist, abzuwarten, da hierdurch Zeitverluste jedenfalls vermieden werden, welche zweifellos entstehen, wenn unvollständige oder bei einer unrichtigen Stelle angebrachte Gesuche den Betheiligten zurückgegeben werden müssen.“

Die Bilden, denen unsere Kolonialschwärmer angeblich „Kultur“ bringen wollen, indem sie ihnen den Krieg ins

der nächsten Nähe zu ruhen. Noch eintöniger als das Meer auf hoher See, wo sich wenigstens das Wasser ruhelos bewegt. Dem Thier zeigt sich weit in der Runde, nicht einmal ein Lauffüßler kriecht vor den Füßen oder eine gefräßige Ameise. Es ist dort ringsum und ausgestorben. Selbst das Gras hat einen strengen Charakter. Es sind harte Halme mit scharfen Kanten. Wenn man es tritt, biegt es sich nicht, sondern es bricht und splittert. Und der Boden zwischen den Grasbüscheln ist eigenthümlich wie mit kleinen weißgrauen Kristallen überzogen. Menschen und Thiere sind erschöpft. Ihre Kräfte sind auf der Reize. Das sieht man einer jeden ihrer Bewegungen an. Die Menschen zeigen eine Schläftheit und eine Farbe in ihrem Gesicht, als wenn sie sich eben erst von einem Krankenlager erhoben hätten. Die Augenlider heben sich schwer, die Hügel der Pferde hängen lässig herunter in ihren Händen. Und die Thiere! Ihre Augen sind blutig unterlaufen, ihre Mäuler sind trocken wie mit einer Staubkruste bedeckt. Ab und zu streckt sich die trockne, nur mit einem zähen Schleim überlebte Zunge heraus und tastet nach den Rüstern. Die Leiden der Kinder sind eingefallen, ihr Haar ist struppig. Hin und wieder saßt die Schnauze nach einem Büschel Gras; aber sie läßt es wieder los, ohne es abgerissen zu haben und wendet sich wieder ab; dann hebt sich ängstlich der Kopf in die Höhe, und die Kehle stößt ein heiseres kurzes Gebrüll aus. Die Pferde der Reiter kriechen dahin, und ihre Brust stößt bei jedem Schritt. Mensch und Vieh düstert seit einigen Tagen.

Es ist ein Zug von etwa zwanzig Personen, der in dieser Einöde langsam dahinzieht. Es sind zwei Europäer und die andern paraguayische und torrentinische Berne, Halbblut von hellem Gelbbraun bis zum dunklen Kastanienbraun; alle beritten und alle bewaffnet. Ueber dem Poncho hängt am Riemen der Winchesterkarabiner; auf der Brust sieht man in einem Gürtel zwei gefüllte Patronentaschen; hinten an der Lende steckt in der Scheide der lange breite „Jacon“, das haarscharfe Dolchmesser. Die beiden Europäer tragen lange Reperitgewehre neuester amerikanischer Konstruktion. In der Mitte des Zuges treibt man zwei Dutzend schwer gepackter Maulthiere. Sie tragen in hochaufgeschürkten Pöcken Proviant. Aus einigen dieser Pöcke schauen auch Messingen hervor und die Hüfe von Instrumenten. Dahinter kommt eine vielleicht gleiche Anzahl Ochsen. Es ist Schlachtvieh, das man für unterwegs mitgenommen. Aber es ist in einem kläglichen Zustande. Die Rippen und Hüftknochen stecken aus der Haut heraus als wenn man über ein Skelett ein Fell gezogen hätte.

An der Spitze des Zuges reitet ein schöner schlanker Mann, ungefähr in der Mitte der zwanziger Jahre, im grauen Leinenanzug mit ledernen Moskassins, die bis über die Knie

Bildnissen sind leicht zehn, von Bildern fünf täglich herzustellen. In der That, die Muster, die er vorzeigte, waren so roh, daß jedweder ebenso gut arbeiten konnte. Ich denke es viel besser zu machen, denn ich bin Künstlerin, sagte die Malerin. Dies schien dem Händler nicht besonders zu gefallen. Wieviel Blätter wollen Sie mir anvertrauen, um anzufangen? — So viel Sie wollen. Jedes Blatt kostet einen Franken. Der Preis wird mit der Arbeit zurückbezahlt. — Die Dame hatte noch zwölf Franken, sie wollte zehn Blätter nehmen, mit den zwei anderen Franken wollte sie am folgenden Tage sich ihre Nahrung verschaffen. Sie haben von unsen Farben? — Nein, ich habe die meinigen, die vorzüglich sind. — Hauptsache ist, daß wir die Unveränderlichkeit unserer Bilder verbürgen können. Es ist ja gleich, ob Sie Ihre Farben kaufen, da die unserigen nicht theurer sind. Wir geben nur denjenigen Arbeit, die bei uns kaufen. Dies ist doch nur gerecht. — Wieviel kosten die Farben? Eine Wenigkeit, sieben Franken. — Es bleiben mir also nur fünf Franken für die Blätter, unter der Bedingung, am folgenden Tage nicht zu frühstücken, aber ich kann die Arbeit ja nachmittags abliefern, dachte die Malerin. Sie legte ihre zwölf Franken auf den Tisch: Hier für die Farben und fünf Blätter. — Bitte, es müssen auch drei Franken für das Muster hinterlegt werden. — Aber ich bringe es ja wieder. — Die Regel unseres Hauses ist unabänderlich. Wir haben keine Zeit zu weilsäufiger Buchung. Nehmen oder lassen. Die Malerin nahm also nur zwei Blätter und brachte sie am folgenden Tage ausgemalt zurück. Der Händler betrachtete sie kaum und sagte verdrießlich: Das ist nichts; das ist gar nicht, was wir brauchen. Sie strengte sich an, Feinmalerei zu treiben, während unsere Kunden kräftig gestrichene Bilder haben wollen. Ich kann diese Finger nicht annehmen. Versuchen Sie es mit Bildnissen. Ich gebe Ihnen sechs Blätter und Pinsel unserer Fabrik. Gewiß, mit diesen zehn Franken wird es Ihnen gelingen. — Wo soll ich diese zehn Franken hernehmen? Geldern habe ich Ihnen mein letztes Geld gegeben. — Auf dergleichen können wir nicht eingehen. Ich diene Ihnen Arbeit, Sie leihen ab; dies ist Ihre Sache. — Wie, ich lehne ab, während Sie Bilder abliefern, die zehnmal besser sind, als Ihr Muster? Ich sehe jetzt, welchen Handel Sie treiben. Hier ist Ihr Muster, geben Sie mir meine drei Franken zurück. — Die Muster werden nicht zurückgenommen. — Das ist aber zu stark, rief die empörte Künstlerin, verlegte sich dann aber auf Bitten und endlich auf Drohen. — Dies muß aufhören. Machen Sie keinen Lärm bei anständigen Leuten, oder ich rufe einen Schutzmänn, um Sie hinauszubringen. Am folgenden Tage hatte die Kermesse auch nichts zu essen, sie lehrte zu dem Händler zurück, um ihm das Muster für einen halben Franken und noch weniger anzubieten. Der Gehilfe wies sie ab, der Händler war nicht zu sprechen. Vor dem Hause aber begegnete sie einer jungen Dame, die bitterlich weinte. Sie sah einander an und erkannten sich als Schicksalgenossinnen. Der Händler hatte dieser Kermesse nach und nach 70 Fr. abgelodt; sie hatte ihre Ohrringe auf das Pfandhaus getragen. Am Morgen hatte sie dem Händler ihre Noth geklagt und die Antwort erhalten: Lassen Sie es nur, die Arbeit wird Ihnen doch nie pringen, wie ich sehe. Der Mann aber treibt sein Geschäft ungestört weiter.

Sand tragen, zeigen gar häufig, daß sie kultivierter, ja „christlicher“ sind, als die Wuterkirchen, die ihnen mit der Wuterkirche in der Hand den heimathlichen Boden streitig machen wollen. Wir haben schon früher einmal einen Brief des Pottentottenhäuptlings Hendrik Witbooi veröffentlicht, den er an seine Bedränger richtete, und geben hier einen zweiten wieder. Er ist am 17. August v. J. unmittelbar vor den letzten blutigen Kämpfen in der Namkluft an den Major Leutwein gerichtet und bildet die Antwort auf die an ihn gefandte letzte Aufforderung des Majors, sich zu ergeben und die Schutzgewalt des Deutschen Reiches anzunehmen. Der Brief lautet:

„Mein lieber hochedler Herr Leutwein, Major! Sie sagen, daß es Ihnen leid thut, daß ich den Schutz des deutschen Reiches nicht anerkennen will und daß Sie mir dies als Schuld anrechnen und mich mit Waffengewalt strafen wollen. Dies beantwortete ich so: Ich habe den deutschen Kaiser in meinem Leben noch nicht gesehen und er hat mich auch noch nicht in seinem Leben gesehen, deshalb habe ich ihn auch noch nicht ergrünet mit Worten oder Thaten. Gott, der Herr, hat verschiedene Königreiche auf die Welt gesetzt, und deshalb weiß und glaube ich, daß es keine Sünde und kein Verbrechen ist, daß ich als selbständiger Häuptling meines Landes und Volkes bleiben will, und wenn Sie mich wegen meiner Selbständigkeit über mein Land ohne Schuld tödten wollen, so ist das auch keine Schande und kein Schade, denn dann werde ich endlich über meine Eigenheit. Es ist wahrlich keine Schuld, daß ich Ihnen nicht stehen will, denn ich habe wahrhaftig keine Schuld an all den Sachen, welche Sie mir in Ihrem Briefe als Verbrechen vorgetragen haben und welche Sie als Gründe gebrauchen, um über mich ein Todesurtheil zu sprechen. Denn das sind Ihre eigenen Gedanken, die Sie zu Ihrem Vortheil ausgesprochen haben, die Sie selber ausgedacht haben, um vor der Welt die Ehre, das Recht und die Wahrheit auf Ihrer Seite zu haben. Aber ich sage Ihnen, lieber Freund, ich bin wahrhaftig frei und ruhig in meinen Gedanken, weil ich weiß, daß ich wahrhaftig unschuldig bin und weiß auch, daß Sie wissen, daß ich vor Ihnen unschuldig bin. Aber Sie sagen, Macht hat Recht, und nach diesen Worten handeln Sie mit mir, weil Sie mächtig in Waffen und allen Bequemlichkeiten sind, darin stimme ich überein, daß Sie wirklich mächtig sind, und daß ich nichts gegen Sie bin. Aber, lieber Freund, Sie kommen zu mir mit Waffengewalt und haben mir erklärt, daß Sie mich beschließen wollen. So denke ich diesmal auch wieder zu schießen, nicht in meinem Namen, nicht in meiner Kraft, sondern in dem Namen des Herrn und in Seiner Kraft, und mit Seiner Hilfe werde ich mich wehren. Weiter sagen Sie auch, daß Sie unschuldig sind an diesem Blutvergießen, welches nun geschehen soll, und daß Sie die Schuld auf mich legen; aber das ist unmöglich, daß Sie so denken können, da ich Ihnen gesagt habe, daß ich Ihnen den Frieden geboten habe und daß durch mich kein Blutvergießen geschehen soll. So liegt die Responsibility über das unschuldige Blut, das vergossen werden soll von meinen Leuten und von Ihren Leuten, nicht auf mir, denn ich bin nicht der Urheber dieses Krieges. Ich ersuche Sie, lieber Freund, nochmals! Nehmen Sie den wahren und aufrichtigen Frieden, den ich Ihnen geboten habe, und lassen Sie mich stehen in Ruhe. Gehen Sie zurück, nehmen Sie Ihren Krieg zurück, gehen Sie von mir weg, dies ist mein ernstliches Ersuchen an Sie. Zum Schluß grüßt Sie Ihr Freund und Kapitän Hendrik Witbooi.“

Der Krieg wurde aber nicht zurückgenommen, trotzdem der „Wilde“ so herzlich darum gebeten hatte. Kann es eine bessere Weisung der nordpatriotischen Eroberungs-Kolonialpolitik geben, als die der „Wilde“ hier in seiner schlichten Sprache den deutschen Eroberern andeuten läßt. Freilich, wenn er bei den Eroberern ein Eingehen auf seine durchaus logischen Auseinandersetzungen zumuthete, war er falsch berichtet. Wozu auch? Waren sie doch „mächtig in Waffen“.

Italien.

— **Attentatsprozess in Rom.** Rom wird bald seinen Miesenattentats-Prozess haben. Die Kammer des Tribunals verurtheilte drei Personen wegen Vereinigung zu Verbrechen vor das Schwurgericht, elf davon wegen Theilnahme an dem von Paolo Lega unternommenen Mordanschlag gegen den Ministerpräsidenten Crispi. Die Beschuldigten hatten Verurteilung eingelegt, der Generalstaatsanwalt verlangte hingegen die Verurteilung der letzteren und die Verweisung der Angeklagten vor das Schwurgericht.

Frankreich.

— **Juden Generalrats- und Bezirksratswahlen** wird uns aus Paris unterm 1. August geschrieben.

Literarisches.

Ullrich, Die Edelsten der Nation. Ein Mahnruf an das deutsche Bürger- und Bauernthum. 55 S. N. 8°. Zürich 1895. Verlags-Magazin (A. Schabelitz). Preis 80 Pf.

Der Standpunkt des anonymen Verfassers ist der eines streng monarchischen, Bismarck vertheidenden, die Sozialdemokratie und noch mehr den Adel hassenden Bürgers. Was er zur Charakteristik des deutschen Adels beibringt, ist hier und da übertrieben, im allgemeinen aber recht brauchbares Material.

Panizza, Oskar. Meine Vertheidigung in Sachen „Das Siebestonil“ nebst dem Sachverständigen-Gutachten des Dr. M. G. Conrad und dem Urtheil des Igl. Landgerichts München I. 88 S. N. 8°. Zürich 1895. Verlags-Magazin A. Schabelitz. Preis 60 Pfennige.

Bei dem Aufsehen, das die nun auch vom Reichsgerichte beschäftigte Verurtheilung des Münchener Schriftstellers Dr. Panizza zu einem Jahr Gefängnis wegen einer im Ausland erschienenen Schrift mit recht hervorgerufen hat, kann das Schriftchen des Verurtheilten auf Beachtung rechnen. Leider ist die juristische Seite fast gar nicht berührt und das Hauptgewicht auf die durch das Urtheil schwer getroffenen literarischen Interessen gelegt. Es hätte sich empfohlen, zum mindesten auch die Rede des Vertheidigers zu publizieren.

Bismarck und die Sozialdemokratie. Dresden 1895. Druck und Verlag der Druckerei Ullrich. Preis 50 Pf. 88 S. 8°.

Der verrückte und perfide Inhalt der Schrift läßt darauf schließen, daß der Verfasser Max Bauer sein könnte, der sich mit Althardt in die Ehre theilt, von Herrn Ullrich verlegt zu werden. Die beste und vernünftigste Kritik der Schrift ist die Ausführung einiger Stellen aus derselben. Sie beginnt mit den Worten: „Besonders schwer ist die Entlassung Bismarck's im Interesse einer gründlichen Bekämpfung der Sozialdemokratie zu beklagen.“ Auf Seite 8 behauptet der würdige Anonymus, daß die Sozialdemokraten nach ihrem Siege den „Schabbes“ als neuen deutschen Reichsfeind proklamieren werden. Auf Seite 19 und 20 fordert er von den Postoren, daß ihre Sozialpolitik das Ziel haben solle, die Arbeiter zu zwingen, durch Zahlung von täglich 10 Pfennigen einen Fonds als Betriebsgarantie für die Unternehmer zu schaffen. Auf Seite 23 findet sich folgende Stelle: „Der Bismarck'sche Wirtschaftsweg ist der praktischste, geradeste, der reinlichste, der sicherste und der deutscheste; der sozialdemokratische ist der unpraktischste, der theoretischste, der trummste und darum auch der — jüdischste.“ Einige Zeilen weiter heißt es: „durch die Verwaltung dieser Klassen (der Orts-Krankenkassen) wird die Sozialdemokratie in Deutschland geradezu ein Gewerbe.“ Auf Seite 32 fordert dieser glänzende Sozialpolitiker „Ein Expatriationsgesetz ausschließlich gegen sozialdemokratische Juden.“ Auf Seite 54 konstatiert der Verfasser, daß

Zahlen liegen nicht, und darum hätten sich wohl die kapitalistischen Blätter, die Zahl der auf die sozialistischen Kandidaten abgegebenen Stimmen anzuführen. Ohne ziffermäßige Darstellung ist es eben viel leichter, Triumphgefänge über die Niederlage der Sozialisten, die „Jermalmung der Sozialisten“ zu anstimmen. Von den Generalratswahlen erzählt man aus den kapitalistischen Blättern kaum mehr als die Namen der Sieger und von den Bezirksratswahlen nicht einmal das. Die einzigen Zahlen, die sie bringen, beziehen sich bloß auf das Gesamtergebnis der Generalratswahlen und da erfährt man, daß 12 Sozialisten gewählt worden sind. Die einzigen Triumpfsartikel des „Temps“, „Figaro“, „Journal des Debats“ etc., dann muß man sich glücklich annehmen, daß die Sozialisten früher zu allermindest 100 Generalrats-Mandate innegehabt haben, da man doch sonst kaum von der Niederlage oder gar Jermalmung der Sozialisten sprechen könnte. Befiehet man sich aber dann wieder die Zahlen, die sie über das Gesamtergebnis bringen, dann erfährt man, daß die Sozialisten 3 Sitze verloren und 2 Sitze gewonnen haben. Ihre ganze Jermalmung reduziert sich demnach selbst nach den Angaben unserer verbissenen, triumphheulenden Segner auf den Verlust eines einzigen Sitzes!

Ist aber selbst dieser eine Sitz in Wirklichkeit schon verloren? Mit nichten; denn abgesehen davon, daß noch für den 11. August mehrere Generalratswahlen ausgeschrieben sind, für die die Sozialisten Kandidaten aufgestellt haben, finden am heutigen Sonntag noch 138 Stichwahlen statt, an denen die Sozialisten in einem nicht unerheblichen Maße theilhaftig sind und wobei sie voraussichtlich mehr als einen Sitz gewinnen dürften.

Das Triumphgefänge der Herren ist also in jedem Falle ein zu verfrühtes. Und dann kommt es ja auch nicht auf die Zahl der Sitze allein an. Um von einer Jermalmung der Sozialisten zu sprechen, ja mühte man vor allem eine bedeutende Verminderung der auf die sozialistischen Kandidaten abgegebenen Stimmen nachweisen. Warum haben also die kapitalistischen Blätter dies noch immer nicht gethan? Nun, die sozialistischen Blätter werden das Gegenstück nachweisen. Bevor dies aber geschieht, möchte ich jetzt schon speziell auf Roubaix hinweisen, weil die kapitalistischen Blätter über den Ausgang der dortigen Wahlen gar so entzückt sind, daß sie in ihrem falschen Freudenrausch es ganz verschweigen, daß einer der Hauptstützen des Kapitalismus, der berühmte Sozialistenfresser Paul Leroy-Beaulieu, der u. a. ein diebständiges Werk gegen den Kollektivismus geschrieben und Eugen Richter's „Sozialdemokratische Zukunftsbilder“ unter dem Titel: „Où mène le Socialisme“ (Wohin der Socialismus führt) in Frankreich eingeführt hat, nachdem er bereits bei den Kammerwahlen von dem sozialistenfreundlichen Vigaud d'Octon aus' Haupt geschlagen wurde, ihm nun auch seinen Generalratsstimm abziehen mußte. Wie sieht es nun mit der „Jermalmung der Sozialisten“ in Roubaix aus? Bei den Wahlen von 1892 hatte Genosse Corrette im Ostkanton, wo er aufgestellt war, 2577 Stimmen erhalten, diesmal 3709, was also einen Zuwachs von 632 Stimmen ergibt; Genosse Briffant, der im Nordkanton aufgestellt war, erhielt bei den vorigen Wahlen 2745 Stimmen und diesmal 3711, was einen Zuwachs von 966 Stimmen ergibt; Genosse Desbarbieux endlich, der bei den vorigen Wahlen 1867 Stimmen erhielt, hatte diesmal 2630 Stimmen auf seinen Namen vereinigt, was einen Zuwachs von 763 Stimmen ergibt. Die in den 3 Kantonen von Roubaix abgegebenen sozialistischen Stimmen sind demnach von 7889 auf 10 050, somit um 2561 Stimmen, d. i. um mehr als ein Drittel gestiegen. Welche Jermalmung!

Weshalb verhält es sich in Lille wie überhaupt im ganzen Norddepartement, von welchem mir jetzt schon zum theil ganz detaillierte Angaben über die Wahlen vorliegen. So erhielt der sozialistische Kandidat des Liller Südost-Kantons diesmal 1094 Stimmen gegen 1089 im Jahre 1892, also um 554 Stimmen mehr; der des Südwest-Kantons 1575 Stimmen gegen 1438, d. i. um 137 Stimmen mehr; der des Ost-Kantons zwar um 63 Stimmen weniger als das vorige Mal, nämlich 1867 Stimmen gegen 1450 im Jahre 1892, dafür hat aber der Kandidat des Ost-Kantons, wo 1892 kein Sozialist kandidierte, 1223 Stimmen erhalten, so daß im Vergleich zu den vorigen Wahlen die Zahl der sozialistischen Stimmen — 8898 gegen 3739 — um 1861, d. i. um viel mehr als ein Drittel, zugenommen hat. In den ersten zwei Kantonen haben die sozialistischen Kandidaten mehr Stimmen auf sich vereinigt als deren begünstigste Gegenkandidaten und ist es darum leicht möglich, daß sie aus den am Sonntag daselbst stattfindenden Stichwahlen als Sieger hervorgehen. Und so ist es mehr oder minder mit der „Jermalmung“ der Sozialisten beschieden und dies, trotzdem die Regierung ihr Möglichstes gethan hat, die Wahlen zu ihren Gunsten wie denen des Ausbeuterthums zu gestalten, wie dies ja die kapitalistischen

gerade die meisten Quäle in den Höllekreisen des Herrn Bebel vorkommen. Auf S. 85 findet sich der Rath: Im deutschen Volke das Bild von gekenteten Sozialdemokraten wachzurufen. Nach diesen Niederträchtigkeiten zum Schluß etwas zur Erquickung der Leser: „Bismarck hat geistig außerordentlich viel Mehrleistungen mit — Goethe. Er hat ein ähnliches Jartes und mildes Empfinden.“ (S. 86.)

Mit sieben weiteren ähnlichen Profrühen soll die vorliegende ein Werk „Bismarck und der Kaiser“ bilden. Es wäre eine harte Strafe, wenn man das ganze Werk lesen müßte.

Marie Fischer, Volkshochschulen. Leipzig bei Reinhold Weithers. 1895.

Lasse sich niemand durch den Titel verführen, die Profrühre zu kaufen; sie handelt nicht, wie man annehmen könnte, von den bairischen Volkshochschulen, sondern knüpft an diese nur an, um für eine Idee der Verfasserin Propaganda zu machen. Die gute Dame will „Hochschulen für Mütter“ gründen, in denen vor allem ländliche Frauen über den Werth von Heiligkeit, Kinderpflege u. dergl. belehrt werden sollen. Es ist möglich, daß die Verfasserin ein sehr warmes Herz hat, aber es ist gewiß, daß diese Eigenschaft mit einem sehr mittelmaßigen Kopf verbunden ist. Das leichte Geschwätz ihrer Beweisführung plätschert monoton über die Tiefen der ausserirdischen Probleme hinweg und wird durch einen frömmelnden Ton, wie er in Traktäthen der inneren Mission herrscht, für den modernen Menschen noch unerträglich.

Röhske, Hermann, Der sozialwissenschaftliche Kursus in Halle a. d. Saale vom 16. bis 20. April 1895. 16 S. 8°. Leipzig, Reinhold Weithers. Preis 30 Pf.

Die sehr bemerkenswerthe englische Universitätsausdehnungs-Bewegung hat ein interessantes, den deutschen Universitätsprofessoren würdiges Gegenstück in den hauptsächlich für Postoren bestimmten sozialwissenschaftlichen Kursen unserer Universitäten gefunden. Während in England Universitätslehrer und ältere Studenten Freude und Ehre darin finden, die Ergebnisse wissenschaftlichen Forschens den Arbeitern zugänglich zu machen, haben in Deutschland die Professoren der Nationalökonomie ihren Beruf nun auch darin gefunden, den Postoren einen schwachen, höchst ungefährlchen Abstrakt sozialpolitischen Wissensvorsprung zu verschaffen. Ueber einen dieser Kurse berichtet Pastor Röhske in der vorliegenden Schrift. An demselben nahmen neben 111 Theologen bloß 87 Juristen, 21 Philosophen und 80 Volksschullehrer theil. Nach den deutlichen Winken von maßgebender Seite ist anzunehmen, daß der immerhin bemerkenswerthe sozialpolitische Wissensdurst unserer Postoren stark abnehmen wird. Aus dem Berichte des Pastor Röhske geht ziemlich deutlich hervor, daß die Vortragenden, zu denen neben Professoren auch Großunternehmer, aber natürlich keine Arbeitervertreter gehörten, es als ihren, wenn auch unangenehmen Zweck betrachteten, die Zuhörer gegen die Forderungen der Sozialdemokratie einzunehmen, so auch gegen die des Normalarbeitstages.

Blätter selber verrathen, indem sie das Vorgehen des Ministers des Innern, Herrn Legues, lobend hervorheben. So schreibt der „Figaro“, der natürlich ebenfalls von der „Jermalmung der Sozialisten“ fafelt: „Man muß dabei die energische und feste Haltung des Herrn Legues anerkennen, der seit zwei Monaten in allen bedrohten Departements diesen Akt des sozialen Widerstandes und der sozialen Vertheiligung organisiert, vorbereitet und glücklich vollzogen hat.“ Wer denkt dabei nicht an die Präfecten des Kaiserreichs? Wenn nun trotzdem und alledem auch bei diesen Wahlen die sozialistischen Stimmen zugenommen haben, so zeugt dies eben von der Stärke des Sozialismus und seiner Unbeswinglichkeit, und daran wird auch das Geschrei von der „Jermalmung der Sozialisten“ nichts ändern.

— **High Life.** Aus der vornehmen Welt, welche die Moral macht für das arbeitende Volk, zeichnen bürgerliche Blätter folgendes hübsche „Familienbild“:

Frau Koffite in Paris, die hochbetagte Wittwe des einst so berühmten Bankiers dieses Namens, hat ihre Tochter, die Marquise de Galliffet, auf Zahlung eines Alimentationsbetrags von 12 000 Frk. vor dem Pariser Zivilgericht belangt. Die Verhandlungen finden nächste Woche statt. Die Gemahlin des Generals de Galliffet lebt bekanntlich schon seit vielen Jahren von ihrem Manne getrennt, ebenso wie ihre intimste Freundin, die Fürstin von Sagan, eine geborene Seillière. Seltsam dieses Bild einer Familie, in der eine 65 jährige Frau ihre millionenreiche Tochter wegen Zahlung einer Unterstützungsbrente verklagen muß.

General Galliffet ist der berühmte Unmuth, der in der blutigen Maiwoche die ehrlichen Pariser Arbeiter und Arbeiterinnen zu tausenden niedermeheln ließ. Seine Frau, die ihre Mutter verungern läßt, war seinerzeit die Maitresse des Kaisers Napoleon und eines der schamloseten Weiber am Hof dieses Orbnungs- und Moral vertheiligenden Wäflings und Banditen. Schöne Gesellschaft! —

Bulgarien.

— **Ein neuer politischer Nord** wird aus Bulgarien gemeldet:

Nach einer Mittheilung der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ aus Sofia ist gestern Mittag in der ostbulgarischen Kreisstadt Tatar-Bazardschik der Parteigänger Stambulow's Patrikeiw von einem gewissen Berelata durch einen Dolchstoß lebensgefährlich verwundet worden. Nach einer ergänzenden Notiz der „Swoboda“ geschah das Attentat vor dem Polizeihause, nähere Angaben darüber fehlen zur Zeit noch.

Japan.

— **Japanisch-chinesischer Frieden.** Zur Frage von der Ausführung des japanisch-chinesischen Friedensvertrages von Shimonsu wurde neulich berichtet, daß Rußland, Frankreich und Deutschland eine Fusion der Fragen der Räumung Piao-Tung's und Kontributionen Chinas nicht zulassen würden. Bekanntlich hat die japanische Regierung noch eine Forderung ausgestellt, die man in Peking für exorbitant hielt. Sie beziffert sich auf 7 1/2 Millionen Pfd. Sterling. Wie dem „Figaro“ aus Petersburg gemeldet wird, sollen nunmehr auch die Kabinete der drei Großmächte sich dieser Ansicht angeschlossen haben und beabsichtigen, eine Herabsetzung der japanischen Forderungen zu verlangen.

Kuba.

— **Spanische Siege** haben den spanisch-afrikanischen Nachrichten zufolge wieder auf Kuba stattgefunden. Man telegraphirt aus Madrid:

Auf Kuba fanden keine Treffen statt, in denen die Aufständischen zerprengt wurden. Die militärischen Operationen werden durch die Regenzeit gehemmt.

Wie schon verschiedentlich hervorgehoben, entfallen die Aufständischen eine ungemeine Mühseligkeit, um sich namentlich aus den Vereinigten Staaten Hilfe an Mannschaften und Kriegsmaterial zu verschaffen, und neuerdings haben sie und wie gemeldet mit Erfolg versucht, sowohl aktive als bereits ausgesiente Offiziere der Bundesarmee für das Heer der Aufständischen anzuwerben. Dabei verfügen die Aufständischen über so viele Mittel, daß einem solchen Offizier außer freier Ausrüstung und Verpflegung ein Jahresgehalt von 5000 Dollars zugesichert werden konnten. Viele Offiziere sollen entschlossen sein, dem Angebot Folge zu leisten, ferner heißt es, daß einige aktive Offiziere den Plan hegten, ihren Abschied einzureichen, um gleichfalls in ihren Entschlüssen unbehindert zu sein.

Auch diese Nachrichten bekräftigen, daß der Aufstand sich immer mehr aus einer gewöhnlichen Insurrektion in einen regelrechten Krieg verwandelt.

Die Schrift dürfte den Zweck haben, den Theilnehmern an dem Kursus als kurze Erinnerung zu dienen. Es wird sie aber auch der eine oder andere in die Hand nehmen, der sich über die Tendenz dieser Kurse informieren will und der die evangelisch-soziale Bewegung zu studieren beabsichtigt.

Kreiß, Dr. Franz von, Der Herkessell, 75 S. N. 8°. Zürich 1894. Verlagsmagazin (A. Schabelitz). 80 Pfennige.

Der Verfasser beleuchtet in dem Schriftchen, dem einige weitere, dem gleichen Zwecke gewidmete folgen sollen, in scharfer Weise an eigenen Erlebnissen die Verfolgungsjagd österreichischer Behörden und die Gefährlichkeit österreichischer Gerichte. Als Material für Beurtheilung des in den Dienst der herrschenden Klassen gestellten Juristenrechtes ist die Schrift beachtenswerth.

Järner, Hugo, Frau Jutta. Ein neues lustig Spiel von Frau Jutta, welche ein gelehrtes Weibsbild in Mainz ist gewesen, in hohen Ehren zu Nachen beim Kaiser hat gestanden und nochhero zu Rom Papi ist geworden, als welcher sie ein Kindlein hat ans Licht geboren u. s. w. Zürich, Verlagsmagazin. 1895.

Der lange Titel, von dem wir hier nur etwa die Hälfte mitgetheilt haben, steht in einem traurigen Gegensatz zum dürftigen Inhalt dieser „Dichtung“. Der Verfasser, der einen lärmenden Radikalismus zur Schau trägt, hat von den Eigenschaften des Satirikers nur die Grobheit als Geschenk erhalten. Sein Buch ist die pure und blanke Mittelmaßigkeit und daß wir es hier zur Abwechslung einmal mit einer angeblich revolutionären, statt mit der landesüblichen loyalen Mittelmaßigkeit zu thun haben, ist nur ein matter Trost. Die Verse sind im allgemeinen ohne jedes künstlerische Gepräge und häufig von einer abscheulichen Kahlheit, womit wir natürlich kein moralisches, sondern ein ästhetisches Urtheil aussprechen wollen.

Währungs-Bibliothek, herausgegeben vom Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung. 1. Serie. Stuttgart. Druck von H. Bong's Erben.

1. Heft. **Reiffersich, Dr. Karl, Die Währungsfrage,** gemeinschaftlich dargestellt. 47 S. 8°.

2. Heft. **Abtwardt, F., Soll Deutschland seine Goldwährung ausgeben?** 20 S. 8°.

Wir können beide Schriften, die sich auch durch gemeinverständliche Behandlung dieses komplizierten Themas auszeichnen, empfehlen. Die soziale Seite der Währungsfrage, ihre Bedeutung für die Reallohne der Arbeiter ist leider in der zweiten Schrift gar nicht behandelt, in der ersten bloß gestreift. Hauptsächlich kann auch bald unsere Parteiliteratur eine Schrift über die Währungsfrage aufweisen, die zeigt, daß diese Frage, die ja in erster Linie einen Hansfreit der Bourgeoisie, vor allem wegen der verschiedenen Interessen der Exporteure, Gläubiger und Gläubiger bildet, auch eine nicht zu unterschätzende praktische Bedeutung für die Arbeiterklasse hat.

Partei-Nachrichten.

Aus dem hessischen Wahlkreis Dillenburg-Verborn wird uns geschrieben: In einer Vertrauensmänner-Versammlung am 14. Juli wurde beschlossen, im Anschluß an den diesjährigen Parteitag in mehreren Orten des Kreises Volksversammlungen abzuhalten; Ende des Jahres 10000 Exemplare eines volk-verständlich abgefaßten Flugblatts im Kreise zu verbreiten; jeden Parteigenossen zu verpflichten, für unsere Presse, namentlich den „Vorwärts“, den „Sozialdemokrat“ und die „Mitteldeutsche Volkszeitung“ zu agitieren. Mit den Parteigenossen der Kreise Hießen und Wehlar soll wegen der Wahl eines gemeinsamen Kandidaten zum Breslauer Parteitag in Verbindung getreten werden. Sind wir auch noch schwach, so geht es doch mäßig vorwärts. Namentlich die Kleinbauern des Westerwaldes wenden sich uns zu. Sie hatten jetzt zum ersten Male mehrere Vertreter in die Vertrauensmänner-Versammlung gesandt. Dagegen hält das rücksichtslose Auftreten der industriellen Unternehmer die meisten Arbeiter ab, sich uns offen anzuschließen. Umso eifriger wird aber natürlich unsere Parteiliteratur geheim verbreitet und gelesen. Sämtliche Stenographen und die ganzen Wahlkreise sind zur Verfügung.

Aus den Partei-Organisationen. Der sozialdemokratische Verein für den 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Plauen-Schönbach bei Dresden) hat jetzt gegen 800 Mitglieder, die über 68 Ortschaften vertheilt sind.

Vollzeiliges, Gerichtliches etc.

Der Reichstags-Abgeordnete Wilhelm Schmidt in Frankfurt a. M. hat als Redakteur der „Volksstimme“ eine Notiz veröffentlicht, wonach der Ortsvorstand Brode in Neuen bei Delitzsch in der Provinz Sachsen im Winter eine arme Frau, die ihn für sich und ihre zwei Kinder wegen der strengen Kälte um Obdach bat, abgewiesen haben sollte, worauf die Frau in eine auf freiem Felde stehende Strohmiete gekrochen und darin erfroren wäre. Diese Nachricht war zuerst von der „Saale-Zeitung“ gebracht worden und dann in die verschiedensten anderen Zeitungen übergegangen. Die Frankf. „Volksstimme“, der die Nachricht von einem zuverlässigen auswärtigen Mitarbeiter überandt worden war, hatte den Vorfall in einer Weise erwähnt, daß darin für den Ortsvorstand durchaus nichts Beleidigendes lag. Er wurde, wie die „Volksstimme“ schreibt, im Gegentheil vollkommen und ausdrücklich entschuldigt und die Verantwortung für solche Fälle lediglich den mangelhaften gesellschaftlichen Zuständen zur Last gelegt, während in der „Saale-Zeitung“ dem Beamten die volle Verantwortung, sogar die vor dem ewigen Richter, ausgedrückt worden war.

Es ist nun erwiesen, daß die Nachricht vollkommen unwahr gewesen ist. Der Ortsvorstand klagte wegen Beleidigung gegen die „Saale-Zeitung“, die daraufhin zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt wurde, und strengte auch gegen die Frankfurter „Volksstimme“ Klage an. Am Freitag kam die Sache vor der Strafkammer in Frankfurt zur Verhandlung. Der Angeklagte Schmidt gab zu, das Blatt zur betreffenden Zeit verantwortlich gezeichnet zu haben. In dem betreffenden Tage, als der Artikel per Post einging und zum Druck gegeben wurde, sei er jedoch in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter und speziell als Mitglied der Petitionskommission, in Berlin thätig gewesen, was durch eine Bescheinigung des Direktors des Reichstags, auf Grund des Protokolls der Petitionskommission, bestätigt wurde. Im übrigen wies er darauf hin, daß von einer Beleidigung des Gemeindefunktionärs Brode keine Rede sein könne, vielmehr die ganze Tendenz des Artikels auf das Gegenteil gerichtet sei, im Gegentheil zu den Ausführungen in der „Saale-Zeitung“, die auf Gerichtsbeschluß auch zur Verlesung kamen. Es wurde dann noch das Zeugnis des Ortsvorstehers, der kommissarisch in Delitzsch vernommen worden war, verlesen. Dieser erklärte, daß die betreffenden Angaben vollkommen unwahr seien; sie hätten ihn schwer gekränkt und ihm viele Unannehmlichkeiten verursacht. Sogar Drohbriefe hätte er darüber erhalten, unter anderem eine Postkarte aus einem Orte in Ungarn.

Der Staatsanwalt erklärte, daß zweifellos eine schwere Beleidigung vorliege, denn der Artikel der „Volksstimme“ habe den Ortsvorsteher als Beamten verantwortlich gemacht, indem er die herrschenden Staats- und Gesellschaftszustände einer abfälligen Kritik unterziehe und somit die Vertreter des Staats, die Beamten, treffen wolle. Der Angeklagte könne nach § 20 des Preßgesetzes sich nicht mit der Abwesenheit entschuldigen, denn er bleibe immer als Thäter verantwortlich. Er beantragte eine Geldstrafe von 500 M.

Das Landgericht erklärte den angeklagten Redakteur für schuldig. Das Urteil lautete auf 300 M. Geldstrafe und Publikation des Urtheils in der „Volksstimme“ und einigen anderen Zeitungen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß zweifellos eine schwere Beleidigung des betreffenden Gemeindefunktionärs vorliege, da dieser die Pflicht hatte, auch für die Armenversorgung zu wirken, und ihm eine grobe Vernachlässigung dieser Pflicht durch die unwahre Mittheilung zum Vorwurf gemacht wurde. Die Entschuldigung des Angeklagten, daß er zur Zeit der Drucklegung abwesend war, könne nicht in Betracht kommen; denn nach einer Entscheidung des Reichsgerichts müsse der Redakteur stets als Thäter angesehen werden, sofern nicht ganz besondere Umstände seine Thätigkeit ausschließen; die zeitweilige Verhinderung wegen anderer wichtiger Geschäfte könne nach jener Entscheidung nicht als solcher straf-ausschließender Umstand angesehen werden. Die Höhe der Strafe sei in Rücksicht auf die zahlreichen Vorstrafen des Angeklagten wegen Beleidigung durch die Presse bemessen worden.

Nach dieser Entscheidung des Frankfurter Landgerichts wäre die Pflicht, daß ein Reichstags-Abgeordneter an den Arbeiten des Reichstags, eines Faktors der Gesetzgebung, theilzunehmen hat, keiner der besonderen Umstände, die nach den Anschauungen des Reichsgerichts allein die Thätigkeit ausschließen!

Soziale Ueberflucht.

Ein Bild aus der modernen „Kultur“. In Bogmeer in Holland, wo die Zigarrenarbeiter wegen Lohnabzügen vierzehn Wochen lang im Streik standen, hat der katholische Pfarrer den Streikbrechern volle Absolution von der Kanzel herab erteilt, durch sie im Falle die Streikenden geschädigt oder maffaktirt würden. Damit diesem reizenden Bilde christlicher Ordnung nichts fehle, stellte der Bürgermeister einen Anständigen unter Auflage, der sich gegen die ihn mit Respektiven regierenden Streikbrecher gewehrt hatte, und die Fabrikanten haben sich verpflichtet, eine Konventionstrafe zu zahlen, wenn sie innerhalb 5 Jahren einen der Streikenden wieder in Arbeit nehmen. So arbeitet die geistliche, die weltliche und die wirtschaftliche Gewalt Hand in Hand, um die Arbeiter, die sich nur ihrer Haut wehren, unterzubringen.

Gewerkschaftliches.

Wachung, Schuhmacher! Durch gegenseitige Einigung ist die Sperre über die Firma Hirsch u. Dallach, Berlin, Stralauerstraße, aufgehoben. Die Agitationskommission der Schuhmacher.

Au die Steinarbeiter (Steinmehnen, Steinbrecher, Marmor-, Granitarbeiter und Schleifer) der

Provinzen Brandenburg, Pommern und Preußen! Auf dem Kongress zu Frankfurt a. M. im Jahre 1893 wurde für obgenannte Berufsarbeiter eine Organisation gegründet, welche den Namen führt: „Organisation aller in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter“. Die Organisation hat den Zweck, die Interessen der Kollegen wahrzunehmen, für Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage einzutreten und in Nothfällen eine Unterstützung zu gewähren. In genannten Provinzen sind immer noch eine große Anzahl Kollegen, welche dieser Organisation fern stehen. Die unterzeichnete Kommission wendet sich deshalb an alle Kollegen mit der Aufforderung, sich der Organisation anzuschließen, um gemeinsam bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Wir erwarten von den Kollegen, welche diese Zeilen lesen, daß sie diesem Rufe folgen, sich an den unterzeichneten Kollegen wenden und Auskunft über die Organisation verlangen. Ferner bitten wir die Kollegen, uns ihre Adressen einzufenden, um mit ihnen in Verbindung treten zu können. Besonders mögen uns die Genossen, die Fühlung haben mit den in unseren Industriezweigen beschäftigten Arbeitern, zur Seite stehen und Adressen von Steinarbeitern einsenden. Anfragen betreffs Organisation und Agitation sind zu richten an Max Gabel, Berlin, Stephanstr. 65. Die Agitationskommission der Provinzen Brandenburg, Pommern und Preußen.

Die Schuhmacher Posen beschlossen in einer großen Versammlung, 15 pCt. Lohnerhöhung zu fordern. Es wird wahrscheinlich zum Ausstand kommen.

Der Maurerkrieg in Halle a. S., Flensburg, Plauen i. V. und Soj dauert fort. Zugug ist aufs strengste ferngehalten.

In Bremen sind die Lohndifferenzen beendet, die zwischen den Tabakarbeitern und den Inhabern der Firma Brodmann u. Reimann schwebten.

Die Dresdener Steinbildhauer verlangen von den Unternehmern, das Schärfen sowie den Transport der Werkzeuge nach den Arbeitsplätzen auf ihre Kosten besorgen zu lassen, während das bisher die Arbeiter oblag. Wenn die Unternehmer diese Forderungen bis Montag, den 3. August, nicht bewilligen, soll die Arbeit eingestellt werden. Die Dresdener Steinbildhauer bitten deshalb die auswärtigen Kameraden, den Zugug nach Dresden bis auf weiteres zu unterlassen.

In Rudolstadt i. Th. wurde eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung abgehalten, in der Frau Siebach aus Hamburg über die Gewerkschaftsbewegung und ihre Begier sprach. Gegen den Schluß ihres Referats erwähnte sie des in Rudolstadt am Tage der Abhaltung der Versammlung wegen Nachregelung eines Arbeiters ausgebrochenen Gerberstreiks, worauf, wie man uns schreibt, der überwachende Polizeibeamte die Versammlung mit der Bemerkung auslöste, über den Gerberstreik dürfe nicht gesprochen werden, das sei eine „häßliche“ Angelegenheit und er habe eine strikte Ordre, sobald von diesem Ausstand gesprochen würde, die Versammlung aufzulösen. Daß der Streik in einem Privatgeschäft eine häßliche Angelegenheit sein soll, geht über unsern Horizont. Im übrigen zeigt die Auflösung, wie traurig es um das Versammlungsrecht der Arbeiter 25 Jahre nach Errichtung des glorreichen Deutschen Reichs bestellt ist.

Die diesjährige General-Versammlung des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter wird am 25. August in Bochum abgehalten. Der provisorische Zentralvorstand hat in Erwägung der besonders schwierigen Umstände, in die der Verband durch die Verhaftung der Vorstandsmitglieder Schröder und Meyer veretzt worden ist, beschlossen, daß die Wahl des Vorstandes nicht durch Urabstimmung, sondern durch die Delegirten auf der General-Versammlung geschehen soll.

Sämmtliche Weißgerber in Wegstädtl in Böhmen haben am 27. Juli die Arbeit niedergelegt.

Den Eisenbahnarbeitern am Zentralbahnhof in Basel hat die Direktion eine 17prozentige Lohnerhöhung angeboten. Die Arbeiter sind darauf eingegangen.

Ueber 2000 Vergleite streifen in den Kohlegruben du Levant und du Fleuve bei Mons in Belgien.

Ueber die Ursache des Glasarbeiter-Ausstandes in Carmaux wird uns aus Paris geschrieben: Trophem die Sozialisten, wie die gegnerische Presse behauptet, „germalmt“ worden sind, scheint sich das Ausbrenterthum doch nicht zufrieden geben zu wollen. In Carmaux bestand die „Zermalnung“ darin, daß nebst dem angeblich „unwählbaren“ Genossen Calvignac, der zum Generalrath gewählt wurde, der angeblich „unwählbare“ Genosse Baudot, welcher Glasarbeiter ist, zum Bezirksrath gewählt worden ist. Das paßte aber nicht der Glashütten-Kompagnie, von der Baudot beschäftigt wird. Als er sich zur Arbeit einstellte, wurde ihm von dem Direktor bekannt gegeben, daß er auf Beschluß des Verwaltungsrathes entlassen sei. Als Grund wurde natürlich nicht seine Wahl zum Bezirksrath angegeben, sondern der Vorwand gebraucht, daß er sich, ohne Urlaub verlangt zu haben, nach Marseille zum Kongress der Glasarbeiter begeben hatte. Das ist aber einfach erlogen, da Baudot, wie es im Glashüttenwerth von Carmaux üblich ist, sich vor seiner Abreise als „abwesend“ einschreiben ließ. Baudot's Kameraden hatten sich auch keinen Augenblick über den eigentlichen Grund der Entlassung täuschen lassen. Eine Gewerkschaft bildend, hat deren Vorstand sämtliche Mitglieder noch am selben Abend zu einer Versammlung einberufen, welche beschloß, eine Delegation mit dem Auftrag an die Direktion des Hüttenwerkes zu entsenden, die Wiedereinsetzung Baudot's zu verlangen. Von Unterdirektor empfangen, erklärte ihr dieser, daß sich die Direktion weigere, sich mit der Delegation in irgend welche Verhandlungen einzulassen. Daraufhin fand eine neue Gewerkschafts-Versammlung statt, an der sämtliche Glasarbeiter, 500 an der Zahl, theilnahmen, und die mit dem Beschlusse endete, der Direktion in einem Schreiben mitzutheilen, daß wenn Baudot nicht wieder aufgenommen, sämtliche Arbeiter streiken würden. Die Direktion ließ darauf der Delegation, die dieses Schreiben überbracht hatte, schriftlich mittheilen, daß die Entlassung Baudot's unwiderruflich sei. Damit hat die Glashütten-Kompagnie selber den Stab über sich gebrochen. Sämmtliche Glasarbeiter befinden sich nun im Streik und es ist kein Zweifel, daß angesichts der Ursache des Ausstandes der Streikenden von allen Seiten sowohl moralisch wie materiell unterstützt werden.

Gewerkschaftliches.

Eine der Beleidigungsklagen, welche der vorjährige Bierbofott gezeitigt hat, gelangte gestern vor der 146. Abtheilung des Schöffengerichts zur Verhandlung. Kläger war der Brauereigehilfe B. Schneider, Beklagter der Herausgeber und Redakteur der zu Nürnberg erscheinenden „Bauer- und Hopfen-Zeitung“, Johann Carl. In der genannten Zeitung erschien am 15. März d. J. ein Artikel, welcher den vorjährigen Bofofott behandelte und dabei in besonderer zum Ausdruck brachte, daß die Einigungsbestrebungen von Seiten der bofofottfreundlichen Brauerei-Arbeiter-Kommission bekämpft worden seien. Zum Beweise hierfür wurde auf einen Bericht der „Bosfischen Zeitung“ über eine am 29. Dezember vorigen Jahres in Niddorf stattgehabte Versammlung Bezug genommen. In dem Bericht wurde mitgetheilt, daß der Abgeordnete Singer einer Einigung auf Grund der zwischen der Bofofottkommission und den Gegnern festgestellten Bedingungen das Wort ergetet hatte, dabei aber auf heftigen Widerstand seitens der Mitglieder der Brauerei-Arbeiter-Kommission und besonders seitens des Klägers

gestoßen sei. Der Abgeordnete Singer habe darauf dem Kläger Schneider den Vorwurf gemacht, daß derselbe vom Brauereidirektor Arend vom Münchener Brauhaus einen Sold von wöchentlich zwanzig Mark erhalte, wofür er seinen Einfluß geltend zu machen habe, daß der Bofofott noch bis Ostern verlängert werde. Schneider habe hierauf nichts erwidert. Wegen dieser Mittheilung hatte Schneider Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Im gestrigen Termine wurde der Kläger durch Rechtsanwalt Morris, der Beklagte durch Rechtsanwalt Geseke vertreten. Als Zeuge war u. a. der Abgeordnete Singer geladen. Zunächst wurde vom Vorsitzenden festgestellt, daß der Inhalt des Berichts in der „Bosfischen Zeitung“ in dem fraglichen Punkte nicht der Wahrheit entspricht. Direktor Arend hatte eine Verichtigung eingeschickt, welche am folgenden Tage in der „Bosfischen Zeitung“ Aufnahme gefunden. Darin verwarnte Arend sich mit Entschiedenheit dagegen, daß er irgend welche Bestechungsversuche begangen habe, er nehme zu Ehren des Herrn Singer an, daß derselbe das Opfer eines schlechten Scherzes geworden sei. Gleichzeitig veröffentlichte Singer im „Vorwärts“ eine Erklärung, wonach er in jener Versammlung keineswegs eine Aeußerung, wie in der „Bosfischen Zeitung“ berichtet worden war, gethan habe. Als Zeuge vernommen belundete der Abg. Singer, daß er in jener Versammlung nur um Auskunft gebeten habe, was es mit einer Konferenz für eine Bewandnis habe, die zwei Tage vorher zwischen dem Direktor Arend und den arbeitslosen Brauereigehilfen abgehalten worden sei. Von irgend einer Bestechung seitens des Direktors Arend sei ihm nie etwas zu Ohren gekommen. Der Kläger führte an, daß er nicht im Saale gewesen sei, als der Abg. Singer die erwähnte Auskunft verlangt habe, er habe deshalb eine Antwort nicht erteilen können. — Der Zeuge Arend gab über die Zusammenkunft mit den arbeitslosen Brauereigehilfen Aufklärung. Natürlich habe es für ihn Interesse gehabt, ob und unter welchen Bedingungen eine Einigung zu Stande gekommen sei. Um es zu erfahren, habe er sich am 27. Dezember nach dem Wiedemann'schen Lokal in der Blumenstraße begeben, wo die Gehilfen verkehrten. Er habe sich dort nur kurze Zeit aufgehalten und allerdings den Leuten einige Glas Bier zum besten gegeben, wie es wohl jeder Arbeitgeber thun würde. Mit Schneider habe er seines Wissens damals gar nicht gesprochen.

Rechtsanwalt Morris erklärte, seinem Mandanten liege nichts an der Bestrafung des Beklagten, die ja nach dem Ergebniß der Beweisaufnahme erfolgen müsse, es liege ihm nur daran, in den Augen des Publikums gerechtfertigt dazustehen. Wenn der Vertreter des Beklagten sich zu einer Ehrenerklärung verstehen und die Kosten übernehmen wolle, sei er bereit, den Strafantrag zurückzuziehen. Rechtsanwalt Geseke erklärte, seine Befugnis zu haben, auf einen solchen Vergleich einzugehen. Rechtsanwalt Morris plaidirte darauf für eine empfindliche Bestrafung des Beklagten, der Vertreter des letzteren für Freisprechung, da demselben der Schutz des § 193 Str.-G.-B. zu gute komme. — Der Gerichtshof erkannte dies nicht in dem Umfange an, daß sich daraus ein freisprechendes Urtheil rechtfertigen lasse. Dem Kläger wurde der schwere Vorwurf gemacht, daß er seine persönlichen Interessen über die allgemeinen Interessen stelle, für welche er zu kämpfen vorgebe. Dies sei zweifellos beledigend. Der Beklagte sei deshalb zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt und dem Kläger die Publikationsbefugnis in der „Bauer- und Hopfenzeitung“ und in der „Bosfischen Zeitung“ zugesprochen worden.

Altona. Der Pantoffelmacher Bauer aus Pinneberg wurde am 3. d. M. vom hiesigen Landgericht wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 1 1/2 Jahre Gefängnis beantragt. Die Anklage ist auf Grund eines gut geschriebenen und gut stilisirten anonymen Briefes erhoben worden. Die Vertheidigung führte Rechtsanwalt Dr. Euse aus Hamburg.

Der Hunger und die Heiligkeit des Eigenthums. Aus Wien wird vom 26. Juli berichtet: Ein ergreifender Fall beschäftigte gestern den hernalser Strafrichter. Hedwig Wundham, eine 21-jährige Frau, welche infolge der Kränklichkeit ihres Mannes gezwungen ist, ihn und sich selbst mit der Nadel zu ernähren, ist Kravattennählerin und verdient für das Nähen von einem ganzen Hund Kravatten zwölf Kreuzer (24 Pf.); allein der eigentliche Nettverdienst reduziert sich auf nur neun Kreuzer per Duzend, da die Aermste für das Benutzen einer fremden Nähmaschine für jedes Duzend drei Kreuzer abliefern muß. Wie sich hieraus ergibt, erhielt sie demnach 3/4 Kreuzer für das Fertigmachen einer Kravatte. Die Angeklagte wird nun von ihrer Arbeitgeberin Frau Anna Wöpschel beschuldigt, ihr Kravatten im Werthe von — 60 Kreuzern verrentet zu haben. Sie gab dies auch rückhaltlos zu, schilderte aber das Motiv, Hunger und Noth, so ergreifend und glaubwürdig, daß der Richter ihr die beruhigende Versicherung gab, vor Fällung des Urtheils über ihre trübe Lage Erhebungen zu pflegen, da der Strafausschließungsgrund des unübersteiglichen Zwanges vorzuliegen scheint. Die blasse junge Frau erzählte nämlich unter Schlußworten: Mir ist es damals, Herr kaiserlicher Rath, so schlecht ergangen, — so schlecht, drei Tage haben wir nichts zu essen gehabt, mein einziges Kind war im Glend gestorben, — wir haben alle zusammen ein Bett in der Küche gehabt, auch das haben wir nicht bezahlen können, und da hat uns die Quartierfrau auf die Straße gesetzt — in dieser Lage habe ich einige Kravatten verkauft. — Richter: Sie hätten vielleicht Ihre Arbeitgeberin um Vorschuß bitten können. — Angeklagte: Da hält' ich die Arbeit verloren. — Richter: Welche Arbeitgeberin wäre denn so hartberzig gewesen? — Angeklagte: Ich habe einmal nur 20 Kr. Lohn zu fordern gehabt und auch um einen Vorschuß gebeten, da hat die Dame gesagt: Ich bedauere, wenn Sie nicht einmal bis Sonnabend anhalten können, dann kann ich Sie nicht brauchen. Dann hat sie mir die 20 Kr. ausbezahlt und keine Arbeit mehr gegeben. Ich bitt', Herr kaiserlicher Rath, vergehen Sie mir's, ich thu's nie wieder, lieber verhungere ich. — Wie bereits angedeutet, vertagte der Richter die Verhandlung, um über die Angaben der Angeklagten Erhebungen zu pflegen. Es scheint demnach in Oesterreich ein Ausweg zu gunsten der „Diebe“ möglich zu sein. Von deutschen Gerichten wäre das funglückliche Weib vermuthlich wegen Eigenthumsvergehens mit schimpflicher Strafe belegt worden.

Deutsches und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 3. Aug. (B. G.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Sofia gemeldet, daß am Mittwoch Abend um 7 Uhr türkische Soldaten in der Position Turnu-Tschabachi auf ein kleines bulgarisches Detachement schossen, welches eine Bergposition bei Tircili in dem neulich Bulgarien zurückgegebenen Gebiet besetzt hatte. Es sind weder Tode noch Verwundete vorgekommen. Bulgaren haben nicht geschossen; die Türken geben an, sie hätten die bulgarischen Truppen für eine Räuberbande gehalten.

Brüssel, 3. August. (B. L. V.) Die Repräsentantenkammer lehnte die Verathung des Schulgesetzes fort und genehmigte mit 79 gegen 60 Stimmen den ersten Paragraph des Artikels 2, welcher bestimmt, daß der Elementarunterricht notwendigerweise den Religionsunterricht und die Morallehre umfassen muß.

Shanghai, 3. August. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Ein hiesiges Lokalblatt veröffentlicht ein von heute datirtes Telegramm aus Pochow, demzufolge in Kucheng ein schreckliches Gemetzel unter der christlichen Bevölkerung stattgefunden haben soll. Unter den Opfern sollen sich auch fünf ausländische Damen befinden.

lokales.

Achtung, Parteigenossen! Um eine allgemeine Aussprache der Berliner Genossen über das Agrarprogramm möglich zu machen, sind von den Unterzeichneten auf Dienstag, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr, sieben öffentliche Volks-Versammlungen einberufen worden. — Wir ersuchen daher alle Vorstände der politischen sowie gewerkschaftlichen Organisationen, für diesen Tag keine Versammlungen u. s. w. zu veranstalten, damit einem jeden die Möglichkeit gegeben werde, die Parteiversammlungen zu besuchen.

Die Vertrauens-Personen.

Zur Lokalliste. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß das Lokal von Hohlwein an der Köpenicker Landstraße nicht frei ist. In Rummelsburg ist das Lokal von Schenk, Schillerstraße 28, nicht als gesperrt zu betrachten. Schenk steht deshalb nicht auf der Lokalliste, weil er nur ein Schanklokal hat.

Achtung, Parteigenossen von Rigdorf! In der Angelegenheit der Uebernahme des „Vorwärts“ und der übrigen Parteiliteratur in eigene Regie der Partei hat die in der Volksversammlung gewählte Kommission Listen zur Einzeichnung von Abonnenten in folgenden Lokalen ausgesetzt: Schmidt, Kottbuscher Damm 101; Barthell, Hermannplatz 7; Hilpert, Karlsplatz 1; Heikauß, Hermannstr. 52; Karius, Hermannstraße; Schmitz, Bergstr. 182; Krüger, Prinz Handjerystraße. Die Listen liegen ebenfalls bei den folgenden Komiteemitgliedern aus: Jonas, Schönweiderstr. 31; Herrmann, Kirchhofstr. 1; Lehmann, Kirchhofstr. 28; Stodt, Knefedeckstr. 44; Heine mann, Prinz Handjerystr. 10; Mehe-
rau, Berlinerstr. 79.

Genossinnen und Genossen! Hiermit machen wir noch einmal auf das am nächsten Sonnabend, den 10. August, in der Berliner Wollwäberei (Zempelhofer Berg) stattfindende Sommerfest der Arbeiter-Bildungsschule aufmerksam. (Siehe Inserat.) Soweit bis jetzt ersichtlich, wird der hoffentlich zahlreich erscheinenden Berliner Arbeiter durch das sorgfältig zusammengestellte, gediegene Programm, besonders durch die von etwa 120 Personen aufgeführte Episode aus dem Bauernkrieg: „Die Erstürmung des Schlosses bei Schorndorf“, hervorragendes geboten werden.

Alle Zusendungen, Briefe, Anfragen u. dgl., die Arbeiter-Bildungsschule betreffend, sind von jetzt ab an den von der letzten Generalversammlung neu gewählten 1. Vorsitzenden, Schriftsteller Heinrich Schulz, Berlin SW. 12, Charlottenstraße 84, zu richten.

Neue Stadtverordneten-Wahlen. Da in jeder der Abteilungen der Stadtverordneten die Hälfte aus Hausbesitzern bestehen muß, so hat der Magistrat die Ausloosung derjenigen Wahlbezirke angeschlossen, in denen bei der diesjährigen Wahl Hausbesitzer gewählt werden müssen. In der ersten Abtheilung verbleiben 21 Hausbesitzer. Es war nur in der zweiten und dritten Abtheilung zu lösen. Es müssen in der zweiten Abtheilung für die Wahlbezirke 6, 7 und 8 und in der dritten Abtheilung für die Wahlbezirke 2, 7, 11, 13, 39 und 42 Hausbesitzer gewählt werden.

Im Jubeljahr von Deutschlands Einigung. Eine Geschichte, wie sie jährlich zu tausenden Malen in der Hauptstadt des Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitte wiederkehrt. Die Arbeiter irgend einer Fabrik sind in den Zustand getrieben worden, weil dem Unternehmer der Grad der Ausbeutung noch nicht hoch genug erschienen war, und er auf liebevollere Zusicherung des von ihm bestellten Antreibers abwartete. Eine Generalherabsetzung der gezahlten Löhne anzuordnen beliebte. Selbstverständlich ist der Unternehmer, der also handelt, Ehrenmann durch und durch, und oft genug, gewissermaßen zur Bekräftigung dieser Eigenschaft im Besitze dieser oder jener öffentlichen Ehrenämter. Sie sind irgend eine Einigung mit der schon bisher elend entlohten Arbeitern einzulassen, widerstreitet den Ehrbegriffen so eines Ehrenmannes; gerade in solchen Momenten kommt es ja darauf an, die Autorität mit der ganzen Rücksichtslosigkeit, die einem gebildeten deutschen Patrioten eigen, den „renitenten“ Arbeitern und ihren Rädelsherrn gegenüber geltend zu machen. Der Ausstand ist also perfekt, und dem Unternehmer, dem wahren Repräsentanten der deutschen Arbeit, liegt es nunmehr ob, für Herbeischaffung der erforderlichen Anzahl Streikbrecher aus Dänemark, Schweden oder sonst einem „wilden“ Lande Sorge zu tragen.

Sonntagsplauderei.

Als nenlich Excellenz Geheimrath Professor Dr. Runo Fischer, der Stolz und der Aelteste der Heidelberger Universitäts, bei dem Festbankett während des deutschen Journalistentages den Ehrenvorstoß übernommen hatte, da gedachte auch er der Großthaten vor 25 Jahren, und in seiner besonderen Art, die keinen Widerspruch duldet, und in seiner übergroßen Selbstgefälligkeit, die jeden eigenen Anspruch wie eine Offenbarung behandelt, sprach er in pathetischer, feierlichem Tone: „Wir Deutsche sind ganz gewiß nicht Chauvinisten und gern entbehren wir in unserer Sprache ein Wort für chauvinistische Sinnesart.“ Excellenz Geheimrath Professor Dr. Runo Fischer — der hochberühmte Mann wird leicht unwillig, wenn man einen seiner Titel unterschlägt — hat sicherlich kraft seiner profunden philosophisch-ästhetischen Durchbildung die Geheimnisse der deutschen Volksseele in ihren verborgensten Tiefen ergründet. Wenn Volk hochgelahrter Denker während der stolze Erinnerungstage auch nicht die leiseste Spur von Chauvinismus wahrnehmen konnte, indes beim Nachbar jenseits des Rheins die wüthigste Politik des blinden Hasses tobte, muß da nicht jedes biedere vaterländische Herz vor gerechtem Stolz höher geschlagen haben? Noch immer, wie in alten Tagen, ist es der gestrenge Herr Professor, der in Deutschland seinem Bürgerthum Lobes- und Fleißzettel ertheilt oder ihm mit finsternen Mienen eine Buß- und Strafpredigt hält. Was die eine Excellenz, Geheimrath Fischer, vor einer Festversammlung laut und mit gehobener Stimme verkündete, das ertönt mit hundertsachen Variationen in den mannigfaltigsten Rückblicken auf die stolzen Gedenktage wieder und jeder Pfahlbürger darf sich mit freudiger Gewohnung und mit dem erhebenden Bewußtsein zu Bett legen, er sei jenen Helden vergleichbar, die mit Bersekerwuth zum Schwerte griffen, wenn sie wüthische Angriffe abzuwehren hatten, die aber, wenn das Schlachtwerk gethan, in demüthigem Seelenadel wieder hinter dem Pflug einerschritten.

In diesem Augenblicke beginnt das Wirken des Staates der Sozialreform, desselben Staates, dessen oberster Vertreter am 4. Februar 1890 den sozialen Frieden durch einen Erlaß folgenden Inhalts zu fördern versprochen hatte:

„Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt, und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.“

Wie behätigt nach nunmehr fünfjähriger Uebung jetzt der Staat der Sozialreform dies ihm von seinem obersten Repräsentanten anbefohlene vollverschönderte Wirken?

Schauen wir im Versammlungstheil der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ nach. Wieder befinden sich Arbeiter im Aufstande, weil ihr Unternehmer, der Pianofabrikant J. Pfaff, Pondsbergerstr. 109, durch Herabsetzung ihrer bisher schon förmlichen Löhne noch mehr Mehrerwerb aus ihnen herausfordern wollte. In der Versammlung, welche die Ausständigen abhalten, wird folgendes berichtet:

Drei der Streikenden, welche am Donnerstag früh vor dem Hause des Fabrikanten patronisirten, wurden bald nach 7 Uhr verhaftet und ein vierter gegen Mittag. Von den ersteren drei kam einer nach Feststellung seiner Personalien gegen 9 Uhr und der am Mittag Inhaftirte gegen 8 Uhr von der Revierwoche zur Entlassung; die beiden anderen wurden, obgleich inzwischen ihre Ausweispasspore zur Stelle waren, mittels „grünen Wagens“ wie Verbrecher nach dem Polizei-Präsidialgebäude transportirt und spät am Nachmittage entlassen.

Man glaube nicht, daß dieser Fall eine Ausnahme ist. Ganz wie bei Pfaff posirt der Staat der Sozialreform vor ziemlich jeder Arbeitsstätte, wo Arbeiter im Streit um Ehre und Existenz kämpfen, Schulleute und „Geheime“, damit diese, „wenn erforderlich“, zum Besten des Unternehmers wirken, genau wie es in dem geschilderten Falle geschah.

So behätigt sich der Staat der Sozialreform im Jubiläumsjahre des grünen Krieges, der das Vaterland „geernt“ hat. Patriotische Kapitalisten beabsichtigen, in inniger, aufrechter Liebe zu diesem Staate, den heiligen Sedan diesmal ganz besonders umfassend zu begehen. Sie wollen, wie aus ihren Organen herauszulesen, möglichst unter „Kontraktbruch“, wie sie es bei der Waise nennen, und unter Einbehaltung des Arbeitslohnes für diesen Tag, ihre Arbeiter in die mordepatriotische Feier hineinführen, damit dem erhabenen Gedanktage des großen Schlachtens auf keinen Fall der volkstümliche Charakter fehle.

Wo ist der Mann unter dem deutschen Industrieproletariat, der solcher frecher Behätigung des Mordepatriotismus nicht hochlachend und mit Gelächel erfüllt gegenübersteht? Wo ist der Hanswurst unter den Ausgebildeten, der sich, ohne Ingrimm im Herzen, durch Betheiligung an solcher Feier entsetzt? Welcher klassebewußte Arbeiter in deutschen Landen reicht im Publikum des mordepatriotischen Gebeul nicht mit doppelter Jungigkeit seinen französischen Brüdern und Leidensgefährten die Hand, eingedenk der ergebnislosen Worte, vor denen die Bourgeoisie der ganzen Welt erbläht als vor einem Renetel: Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

Die Zahl der Eheschließungen scheint in Berlin 1895 endlich wieder wenigstens absolut zunehmen zu wollen. Im Halbjahr Januar bis Juni 1895 wurden hier (nach den Wochenberichten des „Statistischen Amtes der Stadt Berlin“) 8198 Ehen geschlossen, gegen 8166 in demselben Zeitraum des Jahres 1894. Ob das zweite Halbjahr diesen bescheidenen Vorsprung noch vergrößern oder wieder aufheben wird, muß abgewartet werden. Relativ (im Verhältnis zur Bevölkerung, die sich inzwischen um rund 34 000 Seelen vermehrt hat.) bedeutet freilich auch das immer noch eine Abnahme der Zahl der Eheschließungen.

Streikende Kirchenglocken. „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten?“ Die Glocken — die wollen nicht läuten! — Eine amüsante Glockengeschichte, die im Hinblick auf die

Ob in dieser geflüsterten Selbstbelobigung, ob in diesem Spiel mit demüthiger Bescheidenheit nicht vielleicht eine raffinirtere Gattung von Chauvinismus steckt, als sie sich im widerlichen, mit Säbelgerassel verbundenem Revanche-geschrei kundgibt? Wer das entscheiden möchte? Excellenz Geheimrath Runo Fischer, der alles so ganz bestimmt weiß, wird dies wohl gleichfalls genau wissen.

In das gleichförmige Cioppoia, das der deutsche Bürgermann, im Schlachtgewühl ein grimmer Held, im Friedenshandwerk ein frommer Knecht, jetzt in allen Tonarten vernimmt, schleicht sich aber dennoch an mancher Stelle ein leiser Miston ein. Im Zeitungswald der Vrap-gesinnten gab es ein jüdelndes Trillern auf allen Zweigen; aber der überhitzten Sprache der Journale antwortete im Grunde kein begeistertes Echo, selbst nicht in den Kreisen der mittleren und kleinen Bourgeoisie. Das mußte selbst manchen unter denen, die an vergangenen Idealen festhalten und konservativ sind bis auf die Knochen, nachdenklich stimmen. Wenn die Schaumbläser in der Presse mit großen Phrasen ihre Arbeit gethan haben, da rücken die ernsthaften Elemente auf den Plan und wägen und prüfen sorgfältig. So ist in dem Leitartikel der jüngsten Nummer der konservativen „Grenzboten“ der Versuch gemacht worden, darzulegen: Wie hat die Epoche von 1870 nachgewirkt? Was hat sie für die deutsche Volksseele bedeutet? Wie hat sie Einfluß geübt auf die Volksgemeinschaft, auf ihre ökonomischen Verhältnisse, auf ihre wissenschaftlichen Bestrebungen und auf die Neigungen ihrer Kunst?

Man wird von den „Grenzboten“, wenn sie der „merkwürdigsten Glorie“ deutscher Geschichte gedenken, nicht erwarten dürfen, daß sie von kritischer Bitterkeit übersehen. Allein der geschwätigen Kuhnrederei gegenüber, die erst recht den Chauvinismus zu wecken geeignet ist, je mehr sie in die Welt posouirt: „Wir Deutsche sind alles eher, als Chauvinisten!“, hat die mahnende Betrachtung in den Grenzboten unvergleichlich höheren Werth. Nicht alle Blüten-träume reifen, so läßt sich der Artikelserreiber wehmüthig vernehmen. Vor allem wird das Janderkunnststück ver-schwächt, die gesammte deutsche Volksgemeinschaft

Sabbatshändlungen, welche in letzter Zeit besonders in den Berliner „Gotteshäusern“ vorgekommen sind einen heiteren Klang hat, ist dieser Tage durch gerichtlichen Urtheilspruch zum Abschluß gelangt.

Für die sogenannte Auferstehungskirche hatte der Glockengießermeister Baumgart aus Rigdorf durch hohe offizielle Vermittelung und mit Hilfe des dortigen Ortsbesizers Wanzlick drei Glocken gegossen und nach Beförderung derselben auf den neuerbauten Thurm ein feierliches Probeläuten veranstaltet, zu dem zahlreiche Zuhörer sich eingefunden hatten. Aller Augen und Ohren richteten sich erwartungsvoll nach dem Glockenstuhl der Auferstehungskirche, um dem lieblichen Geläute zu lauschen, womit die sündigen Schächeln dieses irdischen Jammerthales für jenes himmlische Leben nach dem Tode begeistert werden sollten. Aber ach! Anstatt der melodiosen Glockentöne „bim-bam-bim-bam“ drang in die entsetzten Trommelfelle der andächtig sich gen Himmel verklärenden Ohren nur ein dumpfes, zorniges Gegrumm „bumbum-bumbum!“ Alles Experimentiren, durch Umhängen der Klöppel u. dgl. nichts. Woran mochte das wohl liegen? „Ja“, meinte ein Kundiger, „das kommt davon, daß die verd. . . .“ sozialdemokratischen Bauarbeiter jetzt so oft in Kirchen und Palästen den Feiertag entheiligen müssen. Am Tage des Herrn soll man nicht in den neu erbauten Kirchen hausen lassen, sondern in den erbauten durch Predigten über das dritte Gebot sich aufs neue erbauen lassen.“ — Ein anderer Zuhörer, das Gemeindefürsorgemitglied Wiese, dagegen meinte, es wäre gar kein Wunder, wenn die Glocken nicht vorschriftsmäßig läuten wollten, denn der Glockengießer B. sei schon ein alter Mann, der nicht mehr die nötige geistige Kraft zu besitzen scheine. Durch diese Worte verlegt, ließ der Glockengießer B. von Gladenbeck und vom Anstaltordner Opiß die Güte des Metalls und des Tones begutachten und den Beleidiger durch den Rabi bestrafen. Da jedoch trotz der gerichtlichen Strafe die Glocken immer noch nicht läuten wollten, ließ der Gemeindefürsorge von St. Markus auf eigene Kosten die streikenden Glocken vom Thurm der Auferstehungskirche heruntergeschaffen und durch neue ersetzt. Die brummenden Glocken aber führen jetzt ein sang- und klangloses Dasein in einem Schuppen des Ortsbesizers Wanzlick und haben mit ehernem Munde stumm geschworen, nicht eher zu läuten, als bis die Zeit der frommen Sabbatshändlungen vorüber.

Deutsche Sitte. Auf Veranlassung der Steuerbehörde sind hier dieser Tage eine Menge unfittlicher Bilder angehalten worden. Aus Italien traf eine große Kiste ein, deren Inhalt aus Bildwerken bestand, die für die Ausstellung Italien in Berlin bestimmt waren. Als die Zollbeamten der Kontrolle wegen die Sendung besichtigten, kam ihnen der Inhalt der Kiste sehr gering vor im Vergleich zu deren Umfange. Sie sahen daher etwas genauer zu und entdeckten, daß die Kiste einen doppelten Boden hatte. Als man diesen öffnete, fand man in dem geheimen Abtheil eine Sammlung von Bildern der unfittlichsten Art. Die Kiste wurde der Zollhinterziehung wegen beschlagnahmt.

Pfui, Teufel! Einen neuen Beweis dafür, daß Damen, welche den Kreisen der sogenannten oberen Tausend angehören, ganz besonders für schlüpfrige Lektüre Neigung zeigen, liefert ein Verfahren, welches sich gegen die Schriftstellerin Frau Dr. Helene Knapp richtet. Diese hat, wie die „Volks-Ztg.“ meldet, ein Werk über gewisse widernatürliche Neigungen von Frauen zu Frauen verfaßt, und das schlüpfrige Thema, welches allerdings mit Geschick behandelt ist, hat die Behörde veranlaßt, das Werk zu beschlagnahmen. Es wurde aber nicht nur auf das Werk, sondern auch auf die Korrespondenz Beschlagnahme gelegt, und zwar nicht nur auf diejenige, welche sich bereits im Besitze der Verfasserin, sondern auch auf die noch einlaufende, daher wurden alle an die Verfasserin einlaufenden Schreiben auf dem Postamt angehalten und nicht an die Adressatin, sondern an die Staatsanwaltschaft ausgeliefert. Dabei hat sich nun die That-sache ergeben, daß die Korrespondenzen fast ausnahmslos von Damen der sogenannten besseren Stände herrühren. Es befinden sich wohlbekannte Namen der Aristokratie unter den Beschlagnahmten. Die Beschlagnahme der Briefschaften ist jetzt wieder aufgehoben, nachdem der beabsichtigte Zweck erreicht worden ist.

Eine Aenderung in der Hausordnung des städtischen Krankenhauses am Friedrichshagen sollte in der Weise erfolgt sein, daß vom Nachportier sämtliche Anfallsärzte, welche abends nach 10 Uhr heimkehren, mit Angabe der Zeit der Rückkehr notirt würden wie die „Nordd. Allg. Ztg.“, der wir diese

als Zeugen für die Gloriole von 1870 anzurufen. Ja, mit schmeichelnden Rosenamen wird der Sozialdemokratie gedacht, die heute abseits stehet von der großen nationalen Feierlichkeit. Wie hätten 1870 die Sozialdemokraten auf den Schlachtfeldern wader und tapfer ihre Schuldigkeit gethan und was müße geschehen, um dies „kostbare Material“, wie es wörtlich in den „Grenzboten“ heißt, wieder zu gewinnen, zu verschönern? Ausnahmegehehe und Unsturzvorlagen thun es freilich nicht, meint der Verfasser höhnisch. Doch der Weltanschauung des Sozialismus steht auch er weltfremd gegenüber. Er stimmt sein Veröhnungsbüchlein an, ohne zu bedenken, daß das Ideal, welches zur blutigen Entscheidung von 1870 führte, für die Sozialdemokratie ein todter Götze ohne lebenswackenden Inhalt geworden. Worüber er sich noch verwundert, das erscheint dem sozialistisch empfindenden Manne als Bestätigung seiner Anschauungen.

Während der Ungenannte in den „Grenzboten“ die stolzen Fortschritte in der Wissenschaft wenigstens nach der irdischen Seite hin rühmt, die seit 1870 gemacht wurden, verkennet er keineswegs, daß nach der Tiefe hin, in originalen Entdeckungen, in Philosophie nicht entfernt jener Glanz erreicht wurde, den man von der „nationalen Erhebung“ erhoffte; und getade aus jenem Arbeitsgebiete, da seinerzeit die glühendsten Erwartungen auf neuzeitliches Leben, auf Reichthum und Ueppigkeit gehegt wurden, sei die Enttäuschung am ernüchterndsten eingetreten, auf dem Gebiete der Kunst.

Dies letzte Moment in der elegischen Betrachtung spricht berechtigt genug. Wie andächtig wußte man in der Epoche von 1870 von einem verfluchten Zeitalter zu schwärmen, das für Deutschland heranzubrechen sollte. Wer auf die Mattigkeit, auf die Erschöpfung, die unmittelbar nach 1870 eintrat, hinwies, der wurde von den Siegesbewußten wie ein arnfelliger, Kleinmüthiger Schächer behandelt. Das große, neue Künstlergeschlecht sollte erst emporkommen. Und als Jahr um Jahr verging und die hohe Künstlerjugend, die sich an den Großthaten von 1870 zu modernen Helden, zu modernen Heldengedichten in Wort oder Schrift begeistert hätte, immer nicht aufschließen

Nachricht entnahmen, erzählt, sind die Assistenzärzte des Krankenhauses am Friedrichshain bei ihrem Eintritt in die Anstalt weder mündlich noch schriftlich verpflichtet worden, bei Ausgang des Abends zu einer bestimmten Zeit in die Anstalt zurückzukehren.

Der Schiffsverkehr ist gegenwärtig sehr behindert durch den niedrigen Wasserstand sowohl auf der mittleren Elbe, wo sich zahlreiche Sandbänke im Fahrwasser gebildet haben, wie auch auf der Oder; hier sind die Verhältnisse so mitschlich, daß die meisten Fahrzeuge nur bis zu einem Drittel ihrer Tragfähigkeit befahren werden können. Auch aus dem Spreewald werden Klagen über den niedrigen Wasserstand laut, der in der Gegend von Burg stellenweise nicht ausreicht, um den in jener Gegend allgemein üblichen Personenverkehr zu Wasser aufrecht zu erhalten. Es sind dort größere Waggerarbeiten begonnen. Die Regulierung der Berliner Wasserstraßen verliert hierdurch viel von ihrem Verkehrswert.

Frau Dr. Adele Glasbrenner - Peroni, die Wittve des Humoristen Adolf Glasbrenner (Brennglas) ist, 84 Jahre alt, hier am Freitag gestorben.

Im Deutschen Theater hat die Polizei bekanntlich vor einigen Wochen, nachdem die kaiserliche Loge geländigt worden, auf „höhere“ Weisung verschiedene Dekorationsgegenstände und Embleme, welche diese Loge kennzeichneten, in ziemlich deutlicher und auffälliger Weise entfernen lassen. Heute wird das Deutsche Theater wieder eröffnet. Direktor Boehm läßt am ersten Tage „Die Weber“ und am zweiten Tage „Das Lumpen-gesinde!“ geben!!

Die Krania wird am heutigen Sonntag nach dreiwöchentlichen Ferien wieder eröffnet mit dem dekorativen Ausstattungsvortrag „Das Wunderland des amerikanischen Kontinentes“, der auch an den übrigen Abenden der Woche außer Donnerstag zur Vorführung gelangt. Am Donnerstag Abend hält Herr Spies einen Experimentavortrag „Ueber elektrische Kraft und ihre Uebertragung“, in dem Versuche mit einem auf 20 000 Volt gespannten Strome (nicht Teslaströme) angestellt werden sollen.

Das Berliner Aquarium hat unter den reichen Eingängen aus den nördlichen und südlichen Meeren mancherlei neue und seltene Wasserbewohner erhalten, die in verschiedenen Becken vertheilt sind. Die Gruppe der See-Igel, wie man die insolge ihrer meist kugelförmigen, stachelbedeckten Gestalt an einen zusammengegerollten Igel erinnernden armlösen Stachelhäuter nennt, ist um mehrere Arten bereichert worden. Die eine, ein Ephyraechinus, erreicht eine ansehnliche Größe, da der Querdurchmesser der Schale bis 15 Zentimeter beträgt, während derselbe bei einer mit angelangten, zur nächstverwandten Gattung gehörigen und längere Stacheln besitzenden Spezies nur etwa die Hälfte davon ausmacht, bei beiden sind die Stacheln dunkelviolett, bei der erstgenannten Art dazu mit weißer Spitze. Aus der Klasse der Seeesterne sind über die Adria-Station Novigno die europäischen Vertreter zweier Gattungen angekommen.

Der erste Sekretär der hiesigen türkischen Botschaft Asif Sabullah Bey hat am Donnerstag, Nachmittag um 5 1/2 Uhr Hand an sich gelegt. Der erst 28 Jahre zählende Mann, der seit längerer Zeit schon der hiesigen Botschaft angehört, war früher am Wiener Hofe und ist auch mit einer Wienerin nach europäischem Gebräuch verheiratet. Seine Gattin ist um einige Jahre jünger als er und hat sich wegen der Heirat mit ihren Angehörigen entzogen. Aus der Ehe sind zwei Kinder hervorgegangen, eine jetzt etwa 10 Jahre alte Tochter und ein achtjähriger Sohn. Die Familie wohnte seit Mai d. J. in dem Hause Bendlerstr. 55. Die Gattin des Botschaftssekretärs war vor einigen Tagen mit ihren Kindern nach Deringsdorf ins Bad gereist. Am Donnerstag Nachmittag schickte Asif Sabullah Bey gegen 5 Uhr sein Dienstmädchen mit einer Drahtnachricht an seine Gattin nach einem Postamt. Die Depesche forderte die Frau auf, sofort nach Berlin zurückzukehren, und zwar aus geschäftlichen Gründen. Als das Mädchen von der Befragung heimkehrte, fand es die Thür zu dem Zimmer seines Herrn verschlossen und glaubte, daß er sich schlafen gelegt habe. Nachdem das Mädchen später das Abendbrot aufgetragen hatte und auf das Klopfen an die Zimmerthür immer noch keinen Einlass oder Antwort erhielt, wandte es sich voller Besorgnis an die im Kellergehoß wohnenden Portierleute. Man entschloß sich endlich, die Polizei zu benachrichtigen, die das von innen verschlossene Zimmer durch einen Schlosser öffnen ließ. Man fand den Botschaftssekretär lang ausgestreckt auf dem Rücken liegen, den Kopf in einer großen Blutlache. Neben der Leiche lag ein Revolver, aus dem Asif

wollte auf deutscher Erde, da wurde man ungeduldig und zornig faßt. Man rief ein ums andere Mal entrüstet: Wo bleiben eigentlich die Kerle? Aber man fragte nicht auf einem Grundgesetz, das durch die ganze Kulturgeschichte der Menschheit deutlich sichtbar läuft. Nur von lebenden Idealen aus, nicht von solchen, die im Bewußtsein der Mitlebenden absterben, kann eine Epoche ihren künstlerischen Ausdruck gewinnen. Der Schreiber dieser Zeilen sieht durchaus nicht auf dem Standpunkt der Resignation, wie jene, die noch immer auf dem Humus von 1870 „ihre Kunst“ erwarten. Er sieht es sprechen hier und dort. Doch wo immer neue Keime entstehen, sie müssen der Hauptsache nach wachsen und gedeihen und sich behaupten wider die Herrschaft der Welt von 1870. Wer im Hinblick auf das Jahr 1870 das völlige Fiasko der Kunst besonders betont, hat mehr zugefunden, als er vielleicht zugefunden wollte, und wäre man in Deutschland nicht gewohnt, künstlerisches Schaffen wie eine nebensächliche Begleiterscheinung des ernstesten Lebens anzuschauen, so etwa als ließe ein putziges Hündchen neben seinem gravitätischen Herrn einher, der konservative Mann hätte möglicherweise das Jugendumfild nicht so beherzt und rücksichtslos gemacht.

Wie hätte aber auch eine geradgewachsene, freie Kunst in der Ueberfülle geistiger Beschränkung während der uniformen DRESSUR, die auf 1870 folgte, sich entwickeln können? Wie sollte sie läppig wuchern, die ärmste, wenn sie im Prohibitiv des dürftigen Nützlichkeitsprinzips stand und mit Penfjorenstrenge und mit Penfjoren-Genie daraushin geprüft wurde, ob sie nicht um ein Tipfelchen gegen den herrschenden Staat oder die autorisierte Behörde sich verschändige. Hat man dies Nützlichkeitsprinzip ja schon bis zur Rarität übertrieben und zwar in jüngster Zeit erst, wie der ergötzliche Fall einer neuen Theatergründung in München beweist. Ich möchte dem Theater im allgemeinen nicht jene hohe, erziehlische Pedeutung beimessen, die ihm von manchen Kunstfreunden beigegeben wird. Ob man das Theater indessen höher oder niedriger einschätzen möge, der Münchener Fall bleibt in seiner Art darum doch nicht weniger bezeichnend, weil er in seltener Deutlichkeit lehrt, wie unsere Behörden in Kunstfragen die Vorführung zu spielen gewohnt sind. Ein Herr Meißthaler also will in München ein neues Theater gründen. Ich glaube gern, daß Herrn Meißthaler, den Privatunternehmer, nicht die lautesten idealen Interessen leiten. Die Münchener Hoftheater haben aus förmlichen Gründen die neue, deutsche und fremde Produktion, soweit sie sich ersteren sozialen Problemen zuwendet, von

Sabullah Bey sich eine Kugel in die Schläfe geschossen hatte. Der Anlaß, der dem Manne die Waffe in die Hand gedrückt hat, ist noch ziemlich dunkel. Einige Personen wollen an dem Botschaftssekretär in jüngster Zeit Spuren von Verfolgungswahninn wahrgenommen haben. Die Frau ist am Freitag Abend in Berlin wieder eingetroffen, um erst hier zu erfahren, daß sie an das Todtenbett ihres Gemahls geeilt war. Der Polizeibericht meldet den Vorfall mit den Worten: Am 1. d. M. nachmittags erschloß sich ein Mann in seiner Wohnung in der Bendlerstraße.

Ein Gattenmordversuch wird aus Köpenick gemeldet. Dort hat der 52jährige Arbeiter August Schulz, Friedrichstr. 89, den Versuch gemacht, seine Ehefrau mit dem Beil zu erschlagen. Die Sch. 'schen Eheleute lebten schon seit längerer Zeit in ehelichen Unfrieden, da der Mann dem Trunke ergeben war; die Frau hatte unter den Ausschreitungen ihres Gatten viel zu leiden. In der Nacht von Donnerstag zu Freitag hatte die Frau sich auf das Sopha niedergelegt, um zu schlafen; gegen 4 Uhr morgens wachte sie plötzlich unter der Einwirkung eines heftigen Schmerzes auf; sie sah ihren Mann vor sich stehen, der nun das Rückenbeil wieder erhob, um auf seine Ehefrau loszuschlagen. Vor dem Sopha stehenden Tisch steckte, entging sie dem tödlichen Schläge, doch wurde der Sch. noch eine Wunde am Hinterkopf zugefügt. Nun gelang es der Ueberfallenen, sich zu erheben und auf die Straße zu flüchten, woselbst sie den Nachtwächter von der That unterrichtete. Jetzt wurde Sch. festgenommen und in das Amtsgericht - Gefängnis überführt, während Frau Sch. Nothverband erhielt. Allem Anschein nach hat der Arbeiter die That in einem Anfall von Delirium tremens begangen.

Durch Ausgleiten auf einem Obstreif ist am Freitag Abend gegen 7 Uhr in der Viehmannstraße ein Unbekannter tödlich zu Schaden gekommen. Derselbe passirte, von der Neuen Königstraße kommend, den linksseitigen Bürgersteig und trat auf eine auf dem Pflaster liegende Rutsche. Der etwa 20jährige Mann glitt aus und stürzte so unglücklich zu Boden, daß er mit dem Kopf gegen die Kante der Vorstehschwelle schlug und nach wenigen Minuten, ehe noch ärztliche Hilfe zur Stelle war, verstarb. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

O, welche Lust, Soldat zu sein! Großes Aufsehen erregte am Freitag Nachmittag in Spanien der Transport von sieben verwundeten Gardehufaren, die mit der Sechster Bahn eintrafen und nach dem Garnisonlazareth geschafft wurden. Die Mannschaften sollen, wie die „Volks-Zeitung“ meldet, bei einer Felddienleistung in der Nähe von Dallgow, im Kreise Ostpreußen, infolge Stürzens der Pferde zu Schaden gekommen sein und haben mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen. Einige haben Arm- und Beinbrüche erlitten, andere Verletzungen am Kopf und Kontusionen.

Ein Raubanfall ist in der Nacht zum Freitag auf einen Kutscher der Dirls'schen Seltenerwasser-Fabrik verübt worden, als er auf der Fahrt nach Berlin begriffen, die Chaussee zwischen Neu-Nahnsdorf und Friedrichshagen passirte. In der Nähe des Forsthauses bat ein ärmlich gekleideter Mann den Kosselenker, eine Strecke mitfahren zu dürfen, da er krank sei und nicht im Stande wäre, die weite Tour nach Berlin zu Fuß zurücklegen zu können. Der gutherzige Kutscher ließ den Fremden aufsitzen, kann aber war das Gefährt fünf Minuten gefahren, als zwei Männer aus dem Walde drangen und den Pserden in die Jügel fielen. In demselben Augenblick stürzte sich der auf dem Wagen sitzende Fremde auf den Kutscher, der letztere aber, ein heuliches gebauer Mann, faßte den Räuber an die Brust und warf ihn vom Wagen herab. Dann aber gebrauchte der Kutscher seine Peitsche derartig gut gegen die drei Begehrer, daß diese in das Gebüsch flohen. Da weit und breit kein Passant zu sehen, so konnte der Ueberfallene die Räuber nicht verfolgen.

Rechtsanwalt Dr. Oskar Meyer ersucht uns, als Vertreter seines Klienten, eines Herrn F., in der Konkursangelegenheit des „Bibliographischen Bureau“ um Aufnahme folgender Erklärung: Herr F. hat Steinschneider nicht 5000 M., sondern wie mir durch vorgelegte Quittungen und eidesstattliche Versicherungen glaubhaft nachgewiesen ist, volle 6200 M. als Valuta des von Steinschneider gegen Verpfändung eines Theiles des Bäckerslagers ausgenommenen Darlehens von 6200 M., welches abbezogen nur zu 5 pCt. verzinst werden sollte, gezahlt. Eine Einigung zwischen dem Verwalter Fischer und Herrn F. ist niemals zustande gekommen. Der Verwalter hat, wie er selbst in einem Schreiben an mich anerkennt, Herrn F. nur einen für diesen

ihrem Spielplan ausgeschlossen. Dies will sich Herr Meißthaler zu nütze machen und die Münchener will er mit den „verkauften Werken“ bekannt machen. Das schmerzt wiederum Herrn Poffart, den Generalgewaltigen der Hof-Theater und Liebling der Münchener Gesellschaft, sehr tief. Einmal stand es anders mit Herrn Poffart. Da war der geschmeidige Berliner noch nicht Münchens kleiner Herrgott, da fielen die Tugendwächter über ihn und seinen wenig exemplarischen Lebenswandel grimmig her; und als Herr Poffart, der im Leben wie auf dem Theater stets gerne komödiantisch aufzutreten liebt, seinen gefährlichen Gegner, den Dr. Sigl vom „Waterland“, gar zum Zweikampf forderte, da machte Herr Sigl im Briefkasten seines Blattes die boshafte Anmerkung: Nein, Herr Poffart, was hätte Dr. Sigl davon, wenn er solch' kapitalen Voß schöffe? Vergessen und vergeben sind die alten Römer, Herr Poffart ist heute geadelt und ein kühner Machthaber. Die Münchener Polizeidirektion sogar hat Herrn Meißthaler nur unter der Bedingung die Konzession geben wollen, wenn Meißthaler alle neuen Stücke Herrn Poffart, gewissermaßen dem Wächter für Ordnung, Sitte und Religion, zur Zensur zu unterbreiten sich verpflichtete. Auf dieses ganz kuriose Ansuchen ging Meißthaler nicht ein und wandte sich an die oberbayerische Kreisregierung. Die sah wohl ein, daß Herr Poffart als oberster Schirmherr von Moral und Ordnung gerade in München nicht gut proklamirt werden könnte; auch wollte sie den Schein vermeiden, das Geschäftsinteresse der Hoftheater allzu schmeichlig zu wahren. Aberseits aber reicht der Geist der Kollerei, den sich aalglatte Leute vom Schlag des streblamen Poffart gern zu Nütze machen, weit; und so hat die oberbayerische Kreisregierung zwar den Vor-schlag der Polizeidirektion zurückgewiesen, aber doch betont, die materiellen Interessen des Hoftheaters seien der Schonung werth, da das Hoftheater der edlen Kunst, nicht dem Vergnügen diene und darum werden die neuereingereichten Stücke, die bei Meißthaler zur Aufführung kommen sollen, sorgsam durch die Polizeizensur zu prüfen sein. Wenn nun das bayerische Waterland nicht gerettet ist!

Der Münchener Polizeidirektion wird aber eine schwere Verantwortung aufgeladen. Sie wird nun eingehend sorgen müssen, ob ein Drama würdevoll und nützlich sei oder es nur dem gemeinen Vergnügen diene. Früher dachte man anders über das Theater. Auf dem Hoftheater zu Potsdam liest man die Inschrift: „Dem Vergnügen der Einwohner“. Ob die Potsdamer sich wirklich in ihrem Theater amüsiren, das weiß ich nicht. Jedensfalls aber war das der Wunsch jenes preussischen Königs, der das Potsdamer Theater erbaut.

unverbindlichen „Rath“ erteilt, wie er die Pfänder am besten und leichtesten veräußern könne. Die Versteigerung der Herrn F. verpfändeten Bibliothek ist auf Grund einer einstweiligen gerichtlichen Verfügung der 1. Ferienkammer für Handelsachen vom 16. Juli 1893, durch welche dem Konkursverwalter Fischer aufgegeben worden ist, dem Herrn F. die Herausnahme der Bücher aus dem Keller zum Zwecke der Versteigerung durch einen Gerichtsvollzieher sofort zu gestatten, durch den Gerichtsvollzieher Zaborowky in öffentlicher, mehrere Tage vorher durch die Zeitungen angekündigter Auktion erfolgt. Die Abnahme der Siegel ist ebenfalls durch den Gerichtsvollzieher auf Grund der in dieser einstweiligen Verfügung enthaltenen Ermächtigung vorgenommen worden. Der Erlös aus der Versteigerung, deren Vornahme ohne jedes gerichtliche Verfahren im Fall nicht rechtzeitiger Rückzahlung des Darlehens Herrn F. in notarieller Urkunde ausdrücklich vorbehalten worden war, hat 6500 M. nur aus dem Grunde betragen, weil Herr F. für die Veranschaffung einer genügenden Anzahl Reflektanten Sorge getragen hat. Andernfalls hätte nach dem Gutachten des Gerichtsvollziehers der Erlös höchstens 3000 M. betragen. Es ist hiernach unwaahr, daß die Bücher, welche Steinschneider selbst für 18 000 M. gekauft und davon bereits einen sehr werthvollen Theil anderweitig verkauft, beziehungsweise verpfändet hatte, einen Mindestwerth von 30 000 M. repräsentiren. Verschiedene Sachverständige haben ihr Gutachten eidesstattlich dahin abgegeben, daß 6300 M. einen durchaus angemessenen Preis für die theilweise nur als Makulatur zu verwendenden Bücher darstellten. — Eine Anzeige gegen Herrn Fischer ist nur von dem in unerklärlicher Weise gegen Herrn F. ausgedachten Konkursverwalter Fischer, und zwar erst vor einigen Tagen erstattet worden und stützt sich auf keine weiteren Unterlagen als die sehr mangelhaft geführten Bücher Steinschneider's. Letzterer, welcher auch andere Unterschlagungen verübt hat, hat eben ohne Wissen des Herrn F. von den empfangenen 6200 M. nur 5000 M. in die Geschäftskasse gezahlt und gebucht.

Eine famose „Künstlergeschichte“, welche sich vor kurzem in Berlin zugetragen haben soll, ist dem Publikum längst von den „Domb. Nachrichten“ aufgetischt worden. Ein reicher aber hartherziger Hauswirth soll danach einen alten und armen Maler wegen rüchsender Miethe ermittelt und gefandelt haben, hierfür aber von einem berühmten anderen Maler dadurch bestraft worden sein, daß ihn dieser bei der Versteigerung der Sachen des armen Kollegen durch hohe Gebote auf ein ganz werthloses Bild veranlassen habe, das letztere für einen enormen Preis zu erstehen, worauf der berühmte Künstler dem verblüfften Hauswirth den ganzen wahren Sachverhalt Margelegt habe. Hierzu schreibt uns ein Berichtshalter: Diese schöne Geschichte ist nun leider, so interessant sie sonst auch ist, ein echtes Produkt der Saurengurkenzeit. Denn vor uns liegt die Unterhaltungsbeilage einer bekannten hiesigen Zeitung vom 18. März 1894, in welcher jener ganze Vorfall ebenfalls schon erzählt wird, nur mit dem Unterschiede, daß darin als Ort der Handlung nicht Berlin, sondern — Paris bezeichnet, der alte arme Künstler eine — junge arme Wittve mit einem kleinen Kinde ist, das werthlos Bild nicht in der Räucherkammer (!), sondern vor einem Ofenloch gehangen hat und der schlechte Hauswirth nicht 600 Mark, sondern 2300 Franken dafür hat zahlen müssen. Alles Uebrige an der neuen Berliner „Künstlergeschichte“ ist in anderen Worten fast genau dasselbe, was vor einem Jahre in Paris geschehen ist.

Auch die Pariser Geschichte ist längst kein Original mehr. Wer Supplée lustige Operette „Frotte Bursche“ gesehen hat, wird sich auch darauf besinnen, daß besagte Anekdote schon sehr alten Datums ist.

Eine Anzahl großer Steine, sogenannter „mächtiger Findlinge“, sind bei den Platzierungsarbeiten der Petersburgerstraße freigelegt worden. Die größten Blöcke, im Gewicht von 100 Zentnern und darüber werden nach dem Treptower Park geschafft, um dort zur Ausschmückung der Wasseranlagen verwendet zu werden.

Auf einen Kindesmord scheint ein Leichenfund zurückgeführt werden zu müssen, den man im Friedrichshain gemacht hat. Dort fand man gestern Vormittag gegen 10 Uhr in einem Gebüsch die Leiche eines kleinen Mädchens, das allem Anscheine nach erst kurz vorher den Tod gefunden hatte. Die Leiche war in gelbes Papier eingewickelt. Als man sie näher besichtigte, ergab sich, daß die Brust Wunden wie von Schlägen und Stößen zeigte, und am Halse waren noch Spuren von Fingereindrücken, Würgestichen, sichtbar. Hiernach unterliegt es kaum einem Zweifel, daß das Kind durch Gewalt ums Leben gekommen ist.

Aus einem Koupee des Schnellzuges, der um 1 Uhr 40 Minuten nachmittags von Karlsruhe nach Berlin abgeht, fiel,

Kunst und Wissenschaft.

Die französische Arbeitermarxellaise. Genosse Manfred Wittich schreibt uns:

Vielleicht interessiert folgendes einen oder den anderen Ihrer Leser: In dem Schriftst. Nr. 147 des „Vorwärts“, Hauptblatt, der beginnt mit den Worten: „Die Merkmalen von Roubaix“, heißt es: „Nun existirt aber gar keine französische „Arbeitermarxellaise“... Dazu gestalte ich mir die Bemerkung, daß der Chant des ouvriers (Gesang der Arbeiter) von Pierre Dupont unter diesem Namen in Frankreich bekannt ist, der beginnt:

Nous dont la lampe le matin
Au clairon du oco se rallama,
Nous tous qu'un salaire incertain
Ramène avant l'aube à l'enclume,
Nous qui des bras, des pieds, des mains
De tout le corps luttons sans cesse
Sans abriter les lendemains
Contre le froid et la vieillesse,
(Refrain:) Almons-nous et quand nous pouvons
Nous unir pour boire à la ronde,
Que le canon se taise ou gronde
Buvons à l'indépendance du monde! —

In deutscher Prosa: Wir, deren Lampe morgens — Beim Fahnenstreife angezündet wird, — Wir alle, die ein ungewisser Lohn — Vor Tagesanbruch an den Ambos führt. — Wir, die wir mit Armen, Füßen, Händen, — Mit dem ganzen Körper kämpfen ohne Unterlaß, — Ohne des nächsten Tages sicher zu sein, — Gegen die Kälte und das Alter, — Lieben wir uns! Und wenn wir können, — Vereinen wir uns nun in der Runde zu trinken! — Ob die Kanonen schweigt oder brüllt, — Trinken wir auf die Unabhängigkeit der Welt!

Pierre Dupont, ein Arbeiterkind, geboren am 23. April 1821 zu Lyon, erlernte die Seidenweberei, war dann Schreiber bei einem Notar endlich in einem Bankgeschäft Kommiss, ging 1839 nach Paris. Er dichtete Chansons anfangs in legitimistischem Sinne, deren eines 1842 von der französischen Akademie durch einen Preis ausgezeichnet wurde. Man zog ihn auch zu der akademischen Kommission zur Herausgabe des französischen Wörterbuchs heran, ein Umstand, der für seine eigene Dichtersprache nicht ohne günstige Folgen blieb. Er ward der Vorkämpfer der Arbeiter; er starb 1870 und erlebte die Kommune-Abschlachtung nicht, worauf es wahrscheinlich zurückzuführen ist, daß er in seinen Liedern oft einen so überaus vertrauensvollen und klassenveröhnlichen Ton anschlägt. Die „Arbeitermarxellaise“ oder richtiger der Gesang der Arbeiter ist 1846 gebildet. Weitläufig sei erwähnt, daß Dupont ein gutes Urtheil über fremde Tüchtigkeit besaß. Als der bürgerliche Chansonnier Nadaud seine Meinung über ein Lied Gottiers, des Chansonniers der Kommune verlangte, — es war das Lied: Propaganda der Chansons, und die Geschichte spielte 1848; — entgegnete Dupont: „Der sieht uns alle beide aus“.

wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, bei der Station Schlackenwerth eine junge Dame, als sie das Fenster schließen wollte, um dem Rauch der Lokomotive den Eingang zu wehren. Sie befand sich in einem direkten Berliner Wagen. Der Unfall ist offenbar dadurch herbeigeführt worden, daß die Thür des Coupées nicht geschlossen war. Die Korbknecht verlegte den Dienst. Die junge Dame, die in Begleitung ihrer Schwester reiste, ist später auf der Strecke schwer verletzt aufgefunden worden.

Witterungsübersicht vom 3. August 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 F. = 50 C.)
Eisenmünde	756	SW	4	wolfig	18
Hamburg	755	SW	8	bedeckt	16
Berlin	756	SW	1	Regen	17
Bielefeld	757	SW	1	bedeckt	17
München	760	SW	4	bedeckt	14
Wien	757	SW	—	heiter	16
Saparanda	761	SW	2	wolkenlos	16
Petersburg	—	—	—	—	—
Cord	749	SW	8	halb bedeckt	14
Aberdeen	748	SW	8	wolfig	18
Paris	758	SW	8	wolfig	14

Wetter-Prognose für Sonntag, 4. August 1895.
Vorwiegend trübes, ein wenig kühleres Wetter mit Regenfällen und mäßigen bis frischen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Polizei-Bericht. Am 1. d. M. nachmittags stürzte ein fünfjähriges Kind in der Liebenwalderstraße aus dem dritten Stock auf den Hof hinab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. — Am 2. d. M. wurde im Friedrichshain die Leiche

eines neugeborenen Kindes aufgefunden, das noch Spuren am Hals und an der Brust gewaltsam getödtet worden zu sein scheint. — Gegen Mittag wurde auf dem Bahnhofe Geisbrunn eine Ringarmmaschine überfahren und wurden ihm beide Beine abgequetscht. — Ein Dachdecker wurde in einer auf den Wollank'schen Feldern in der Gegend des Gesundbrunnens belagerten Kasse erhängt vorgefunden. — Nachmittags sprang von der Königin-Augustastrasse aus eine unbefannt gebliebene Frauensperson in den Landwehrkanal, wurde aber sofort durch Zuwerfen eines Rettungsballes wieder aus dem Wasser gezogen. — Im Laufe des Tages fand nur ein Schornsteinbrand statt.

Vermischtes.

Die Polizeijensur hat in Wiesbaden eine That verurtheilt. Das „Ausgewiesene“ von Karl Vöttcher, welches im dortigen Residenz-Theater zur Aufführung gelangen sollte, wurde wegen seiner angeblich „sozialistischen“ Tendenz von der Zensur beanstandet und die Aufführung von der Polizeibehörde untersagt. Die Theater-Intendantur will gegen die Polizei Beschwerde erheben.

Der 5. Verbandstag Stoßfächer Steuographenvereine ist am Freitag in Hannover eröffnet worden. In Lodz (Polen) ist am Sonnabend infolge einer Gasexplosion ein größeres Haus eingestürzt. Drei Personen wurden getödtet, 15 verletzt.

Aus Budapest wird dem „N.“ gemeldet: Eine furchtbare Familientragödie hat sich im benachbarten Kleinfest abgepielt. Der Schuhmacher Hecker hat seine Frau und fünf Kinder mit einer Gasse erschlagen und sich dann selbst mit dem Revolver gefährlich verletzt. Der Mörder liegt im Sterben. Die Unschuldigen konnten den fiktiven Miethzins von 50 fl. nicht bezahlen. Dies ist das Motiv der That.

Die hohe Obrigkeit in Galizien. Die Bewohner des kleinen Städtchens Milowka bei Sanbusch klagen dem Krakauer „Naprzod“ folgendes: Ein Hund fraß aus Hunger einige sehr

heiße Kartoffeln auf und ließ dann umher wie besessen. Er hat einige Fühner und Gänse erwürgt und ein kleines Mädchen gebissen, welches aber nach drei Tagen gesundete. Nun befiel der Bezirkshauptmann von Sanbusch, alle Hunde und Katzen in Milowka zu erschlagen. Die Polizisten und Schinderknechte drangen in die Häuser der ärmeren Bevölkerung ein und stießen alle vorgefundenen gänzlich gesunden Katzen und Hunde in Säcke, welche auf den Hinrichtungsplatz transportirt wurden. Die Häuser des Advokaten, des Gerichtsvorsetzers, des Notars und des Bürgermeisters wurden selbstverständlich gesont! Die Art, wie die gefangenen Thiere erschlagen wurden, ist so grausam, daß man es kaum glauben würde. Auf einer Wiese, einige Schritte von der Bezirksstraße, vor einer Menge der empörrten Bürger wurden die armen Thiere in Säcken mit Knütteln geschlagen. Wenn der Knüttel nicht hinreichte, nahm ein Polizist einen großen Stein und schlug damit auf die Säcke; ein anderer schlug die Thiere in den Säcken an einem Pfahle todt. Die empörrten Bürger boten den Bezirkshauptmann, er solle doch die Thiere niederschützen lassen, aber vergebens. — Er arbeitet man in Sanbusch für die furchtbare Verrohung der Sitten unter der Bevölkerung.

Belegkassen der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eines Briefes (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag wird von 7 bis 8 Uhr abends Auskunft und Rath in Rechtsangelegenheiten ertheilt.

C. S. N. Darüber wegen des geänderten im lokalen Theil. — C. S. N. Haben Sie neben der Kündigungsfrist nichts vereinbart, so ist rechtzeitig zum 1. November gekündigt. Fordern Sie vom Wirth ein dahin gehendes Anerkenniß und verlangen Sie ihn eventuell. Ihr Recht folgt aus §§ 841 und 844, I, 21 A. L. R.

Für den Inhalt der Zusätze übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 4. August.
Opernhaus. (Kroll's Theater.) Fra Diavolo.
Montag: Der Barbier von Sevilla.
Schauspielhaus. Das Räthchen von Heilbronn oder: Die Feuerprobe.
Montag: Der Biblistenbar.
Friedr.-Wilhelmstädtischer Park. Berlin amüßirt sich.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Neues Theater. Tata-Toto.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Alexanderplatz-Theater. Diane, die zweite Frau.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
National-Theater. Berliner im Feuer und Wasser.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Apollo-Theater. Ein Abenteuer im Harem.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Theater Unter den Linden. Rund um Wien. Die Schwägerin von Saragossa.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Flora-Charlottenburg. Der Postf. Montag: Der Barbier von Sevilla.
W. Noack's Sommertheater. Die Berliner Wäskermädel.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 182.
Direktion: Max Samst.
Berliner im Feuer und Wasser.
Volksstück in 5 Akten und 7 Bildern von Frh. Schäfer.
Musik vom Kapellmeister A. Wiedede. Regie: Max Samst.
Dirigent: Kapellmeister A. Wiedede. Beleuchtungseffekte vom Obermaschinenmeister G. Kalowsky.
Die wasserdrichten Stoffe sind von der Firma Robert Reichel.
Feuerwehrrapparat aus dem Institut des Herrn Ingenieur Wieland.
Wirkliches Feuer, wirkliches Wasser und Regen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Um 10 Uhr präzise das Zug- u. Kassenstück:
Berlin amüßirt sich.
Friedrich-Wilhelmstädtischer Concert-Park
36 Nummern.
Fraenkel als Theaterdirektor.
Neu! Der Rahn-Tenor. Neu! Neu! Ob Affe, ob Mensch! Neu!
Sonnabend, den 10. August.
Benefiz Fraenkel.

Reichshallen.
Im prachtvollen Garten (bei ungünstiger Witterung in Saal):
Täglich:
Sommerliche Soiree der Norddeutschen Quartett- u. Couplet-Sänger
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Requiem: Anfang 9 Uhr.
Entree 50 Pf., ab 9 Uhr 80 Pf.
Die Verbündeten von der Kanalfest.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturheilkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.
Chinesische Truppe:
Schlangenschwörer, Arabische Schule, Bauchtänzerinnen, Derwische etc.

Castan's Panoptikum.
Das Bärenweib.
Ein Flug durch die Luft!
Bestrafte weibliche Eitelkeit.

Volksgarten
(ehem. Weimann's Volksgarten)
Gesundbrunnen, Badstr. 56/57.
Direktion: Max Samst.
Heute, sowie täglich:
Grosses Konzert u. Theater-Vorstellung.
Spezialitäten I. Ranges.
Auftreten des beliebten Tanzkomikers Eugen Milards.
Chansonetten, Soubretten, Viedersänger, Lustgymnastiker etc.
Täglich: Familien-Ball.
Kasseneröffnung 8 Uhr. — Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Passe-partouts haben Gültigkeit.
Entree 30 Pf. Bes. Pl. 50 Pf.
Geben den prachtvollen Weimann'schen Volksgarten an Vereinen wochentags unentgeltlich ab.
Morgen:
Grosses Kinderfest mit verb. mit allerlei Volksbelustigungen.

C. Fröhlich's
Gesellschaftssäle und Garten
Schönhäuser Allee 161.
Jed. Sonntag, Dienstag u. Sonnabend:
Concert, Specialität-Vorstellung.
Anfang 7 Uhr. Entree frei.
Sonntags Anf. 4 Uhr. Programm 10 Pf.
Jed. Montag: Gr. Concert. Entree frei.
Jed. Sonntag, Montag, Mittwoch: Ball.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.
Entree: Kinder 10 Pf., Erwachsene frei.
Kasseleröffnung täglich v. 2 Uhr ab geöffnet.
Für Vereine u. Gesellschaften v. 200 Pers. Specialitäten-Vorstellung frei. (28822)

Neue Welt.
Hasenhalde. Heute Sonntag:
Neue Spezialitäten ersten Ranges.
Alicia Stella, Schellenvirtuose.
Rossi, Geschw. Vorlop, Granatha's, Russi-Klowm Barna, Jongleur Pool, Schwestern Rodant, Pantomime.
Doppel-Konzert.
Ball. — Feuerwerk.
Anfang 8 Uhr. Kinder 5 Pf., ref. Pl. 50 Pf.
Mittwoch: Lehtes Entree.

Berliner Aquarium.
Unter den Linden 68a — Ecke der Schadowstr. — Eintrittspreis: 14.
Heute, Sonntag, Eintrittspreis: 50 Pf.
Reichhaltige Ausstellung von Land- und Seethieren, alle Arten Riesenschlangen, Krokodile, Hai- u. Tintenfische, Quallen etc. 105M

Aktien-Brauerei Friedrichshain
(Königslocher).
Heute Sonntag:
Grosses Militär-Konzert.
Eintritt 10 Pfennige.
Kinder frei.
Programm unentgeltlich.

Sommer-Theater Marienbad
Gesundbrunnen, Badstr. 35/36.
Sonntag, den 4. August 1895:
Gr. Garten-Konzert.
Theater- u. Spez.-Vorstellung.
Artifizieller Leiter Ewald Schmitz.
Volksbelustigungen aller Art.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Anfang 4 Uhr. 25000
Entree 25 Pf., Kinder 10 Pf.
Vereinen und Gesellschaften empfehle mein Lokal zu Toulanten Bedingungen.

Louis Keller's Riesen-Festsäle, Koppensgr. 29.
Größtes u. schönstes Etablissement der Residenz. 2956L*
Sonntag, den 4. August:

Großer Ball
Anfang 5 Uhr.
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Norddeutsche Sänger.

Brochnow's Ballsäle
Sebastianstraße 39 an der Jakobstraße.
Jeden Sonntag:
Gr. Volksball.
Säle zu Versammlungen, auch große Vereinszimmer zu vergeben. (2885L*)

Königstadt-Casino
Hofmarktstr. 72, Alexanderstr. 21.
Neu renovirte **Fest-Säle**
(bis 400 Personen fassend)
unentgeltlich zu Festlichkeiten u. Versammlungen. 8 Vereinszimmer und kleine Säle für Vereine an verschiedenen Tagen zu vergeben. 2988L*

Englischer Garten
Alexanderstr. 27c.
Säle zu Festlichkeiten mit Theaterbühne u. zu Versammlung. unentgeltlich. 2970L*
Hoffmann & Sohn.
Gelbgiecherei u. Gärtereiverkstatt wegen Todesfalls sofort zu verkaufen. Näh. b. Litzmann, Berlin, Lindenstr. 108. 2989L*
Kinderwagen-Räder und jede Reparatur. Wallrafenstr. 101. 2571L*
Freundliche Hofwohnungen sind für 1. Oktober sehr preiswürdig zu verm.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Freitag, nachmittags 7 Uhr, meine liebe Frau und unsere gute Mutter **Marie Wilo geb. Bartisch** nach langen Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgenkirchhofs (Randsberger Allee) aus statt.
Milo und Kinder.

Todes-Anzeige.
In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag verschied nach langen, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Anna geb. Pramor.**
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Wohnung Schwerinstr. 15 aus nach dem Neuen Jüdisch-Kirchhof in Schöneberg statt. Um stille Beileid bittet für die trauernden Hinterbliebenen **Ernst Schnitz.** 2578b

Unserem Freunde und Genossen **Wilh. Dierberg** zu seinem heutigen 41. Geburtstag unsere herzlichste Gratulation!
Wann — mm — mm — Du kumt man! kumt man! **Sex. 112a.**
Für die vielen Beweise der Liebe und Theilnahme, sowie die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, des Tischlers Paul Janisch, sage den Kollegen der Piano-fabrik von A. Lehmann, den Mitgliebern der Krankenpflege und dem Gesangsverein St. Urban, sowie allen Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank. **Die trauernde Wittwe nebst Kinder.**
Schloßstr. I, Schulze, 1 Tr.
Möblirte Schlafstelle für Herren, sep. Eingang. Laufstiege. 40, v. 2 Tr. links.
Schloßstr. sep. nach vorn, Wm. Geisch, Adalbertstr. 84.
Möblirte freundliche Schlafstelle für 2 Herren, Vabebeuhung. Michaelstraße 2, 4 Tr. rechts.

Buchhandlung des „Vorwärts“,
Berlin SW., Genthstraße 2.
Wir empfehlen anlässlich der **Diskussion über das Agrarprogramm:**
Protokoll des Frankfurter Parteitages M. — 25. Porto 10 Pf.
Protokoll des Erfurter Parteitages M. — 50. Porto 20 Pf.
Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, einzeln 10 Pf., 100 Exemplare M. — 50. Porto 20 Pf.
Programm-Prospekt von Kautsky und Schoenlant M. — 10. Porto 5 Pf.
Kautsky, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Theil, broschirt Mark 1.50, gebunden M. 2.—, Porto 2 Pf.
Für Bestellung der für die Partei höchst wichtigen Fragen des Agrarprogramms und der Agitation ist die Kenntnis der Erfurter und Frankfurter Parteitages-Verhandlungen nicht nur für das bisherige Programm geltenden tatsächlichen und grundsätzlichen Gesichtspunkte notwendig.

Anstellung Italien in Berlin.
Heute: 7. Tag, an welchem **Giovanni Succi** hungert. Der Eintritt in das Beobachtungszimmer des großen Pavillons, in welchem Herr Succi sorgfältig überwacht, sein 30-tägiges hochinteressantes Hunger-Experiment ausführt, ist jedem Besucher der Ausstellung gestattet. In der Anstellung: **Maestro Gialdini** mit seinem 70 Mann starken **Symphonie-Orchester.** Die **Verlaglieri-Kapelle** unter Leitung des **Maestro Gatti.** In den einzelnen Restaurants: 22 italienische **Original-Musikkapellen** sowie die **Tarantella-Tänzerinnen** u. Truppe. Besichtigung der italienischen **Industrie-Ausstellung** gratis. Vorführung der **Edison'schen Hincoskope** durch den Physiker Herrn **Karol.** **Großer Soudel-Corso** auf dem Canale grande. **Teatro americano** mit dem „Urkomischen“. **Entree 50 Pf.**

Bureau Bammelmeyer
Neuestes Ensemble der allbeliebten **Stettiner Sänger**
Täglich (außer Sonnabends): **Victoria-Brauerei**
Im herrlichen Konger-Garten resp. Saal.
Anfang Sonntag 7 Uhr. Kasseneröffnung 4 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Urkom. Sonntags-Programm. Grossartigster Lacherfolg. Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**
Montag: **Victoria-Brauerei — Stettiner Sänger** — Assemblée des beautés Berlin W. 29

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung für Moabit
 in der „Fronen-Bräuerei“, Alt-Moabit.
 Mittwoch, den 7. August, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung für die Schönhauser Vorstadt
 in Mörschel's Salon, Schönhauser Allee Nr. 28.
 Tagesordnung in beiden Versammlungen:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Fragekasten.
 Referenten: Schulz und Bontler.
 246/6 Der Vorstand.

Berliner Arbeitervertreter-Verein.
Versammlung
 am Dienstag, den 6. August 1895, abends 8 1/2 Uhr,
 bei Köllig, Neue Friedrichstraße 44.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresabrechnung und Bericht der Revisoren. 2. Antrag des Vorstandes. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen. — Um pünktliches Erscheinen ersucht
 53/1 Der Vorstand.

Arbeiter-Jüngerbund
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 11. August, vormittags präz. 10 Uhr, in
 Cohn's Festsaal (gr. Saal), Denthstr. 21:
Ausschuss-Sitzung.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme von Vereinen. 2. Interne Bundesangelegenheit. 3. Verschiedenes. — Vereins-Bundesmitgliedskarte legitimiert. Um pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.
 Achtung! Es ist dringend notwendig, die Abrechnung vom Sängerfest zu beschleunigen (Ehrensache der Vereine). Sämtliche Abzeichen vom Sängerfest sind abzugeben. D. O.
 16/0

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
 Filiale Berlin I.
Mitglieder-Versammlung
 am Montag, den 5. August 1895, abends 8 1/2 Uhr,
 bei Wille, Andreasstraße Nr. 26.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Sassenbach über: Das Freimaurerthum. 2. Gewerkschaftliches und Fragekasten.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Biletts zum Sommerabend-Ball am 17. d. M. sind in der Versammlung zu haben. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband,
 (Zahlstelle Berlin.)
 Montag, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlungen.
 Westen und Südwesten:
 im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstraße Nr. 106.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Schöpflin. 2. Diskussion. 3. Werkstatt- und Verbandsangelegenheiten.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
 in Mörschel's Salon, Schönhauser Allee 28.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Rohlaack. 2. Diskussion. 3. Werkstatt-angelegenheiten und Verschiedenes.
 Die Kollegen folgender Werkstätten sind zu dieser Versammlung eingeladen: Jerabek, Griebenowstraße 3 u. 4; Hanks, Schönhauser Allee 100; Rachall, Kastanien-Allee 10; Engel, Demminerstr. 5; Müller, Fehrbellinerstraße 32; Schulz, Saarbrückerstr. 30. Die Kollegen letzterer Werkstätte sind bereits mehrmals eingeladen worden und werden daher dringend ersucht, diesmal zu erscheinen. Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.
 Achtung!

Den Beitragszahlern zur gefälligen Mitteilung, daß die Ausgabe des Materials von jetzt ab nur durch den 2. Vorsitzenden Kollegen Ganzins, Alderstraße 182, erfolgt.
 Im weiteren werden die Mitglieder aufgefordert, bei Arbeitslosigkeit den Arbeitsnachweis Künkenstraße 39 zu benutzen, indem Stellen auf gute Eismöbel und Möbel nicht besetzt werden konnten.
 Die Ortsverwaltung.
Ethische Gesellschaft.
 Sonntag, den 4. August d. J., abends 7 1/2 Uhr, bei Herrn Cohn, Denthstraße 20:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: „Modernes Raubritterthum“. Nachdem: Gesellschaftliches Beisammensein und Tanz.
 Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. Nach dem Vortrag erhalten nur noch Mitglieder Zutritt.
 55/5

Allgemeiner Deutscher Tapezierer-Verein
 Filiale Berlin. 177/3
Mitgliederversammlung
 am Montag, den 5. August 1895, abends 8 1/2 Uhr,
 bei D. Grauer, Oranienstraße 121.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: Deutsche Zustände während der französischen Revolution. Referent Genosse A. Schulz. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, da wir andernfalls auf den Vortrag verzichten müssen. Die Ortsverwaltung.

Stuckateure!
 Montag, 5. August, Abends 8 Uhr, bei Buske (fr. Seefeldt), Oranienstr. 93:
Große öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Größtenlampen gegenüber dem Unterechmerthum. 2. Bericht der Vertrauensleute und Neuwahl derselben. 3. Verschiedenes.
 Kollegen, es liegt in Ihrer Hand, in dieser Versammlung zu erscheinen, um zu entscheiden (siehe Flugblatt).
 Die Vertrauensleute. J. A.: M. Müller.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Zimmerer
 (E. S. Nr. 2, Hamburg.)
 Örtliche Verwaltung Berlin.
 Mittwoch, den 7. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Schneider, Linienstr. 16:
Mitgliederversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1895. 2. Wahl des Bevollmächtigten der Klasse zur Hinzuziehung bei Unglücksfällen und zweier Stellvertreter. 259/3
 Der Vorstand.
 Im Auftrage: August Gruse, Barnimstraße 41a.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler u. s. w.
 Eingeschriebene Hilfsklasse 3, Hamburg, örtliche Verwaltung Berlin G.
 Montag, den 5. August 1895, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Lorenz, Kopenstr. 47:
Mitgliederversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht vom 2. Quartal 1895. 2. Verschiedenes.
 Die Sprechstunden fallen diesen Abend aus. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 18/4 Die Ortsverwaltung.

Graveure u. Ciseleure.
 Dienstag, den 6. August, Oranienstr. 51:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Geschäftliches. 3. Verschiedenes.
 74/2 Der Vorstand.

Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen zu Berlin. (E. S. Nr. 24.)
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der in der Generalversammlung vom 18. Mai d. J. beschlossene Statuten-nachtrag von der obersten Verwaltungsbehörde genehmigt ist und mit dem heutigen Tage in kraft tritt. 23/7
 Fr. Kreudenreich, Vorsitzender, Wismannstr. 18, 1 Tr.
 Bruno Gröblicher, Kassirer, Wassertorstr. 14, i. 2.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.
 (Filiale Berlin.)
Versammlung
 am Dienstag, den 6. August 1895, abends 8 1/2 Uhr,
 bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 2. Quartal. — 2. Antrag: Abhaltung eines Vergnügens. — 3. Verschiedenes.
 166/1 Die Lokalverwaltung.

Schöneberg.
Arbeiter-Bildungs-Verein.
 Montag, den 5. August, abds. 8 Uhr,
 bei Döbft, Brunenwaldstr. 110:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Antrich über: Bimetallismus. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und unentgeltliche Broschürenverteilung an die Mitglieder.
 Der Vorstand.
 Biletts für die am Sonntag, den 11. August, vorm. 9 Uhr, stattfindende Urania-Vorstellung sind bei Döbft, sowie in der Versammlung zu haben.

Achtung! Achtung!
Charlottenburg.
 Von dem Waldfest sind noch die auf folgende Nummern gefallenen Gewinne abzuholen: 61 150 451 480 482 535 563 613 681 708 746 750 778 781 805 870 874 918 940 958 1000 1105 1122 1161 1162 1256 1268 1316 1375 1381 1889 1574 1592 und die noch im Besitz eines gelben Zettels sind von G. Scharnberg, Wilmersdorferstraße 124, Hof 3 Tr. 222/5

Bekanntmachung.
 Ich nehme hiermit die Beleidigung gegen den Vorstand der Freien Hilfskasse der Maurer, Jädenstraße, er habe mich arretieren lassen und er stehe mit der Polizei in Verbindung, zurück.
 255/7b Garg, Invalidenstr. 53.
 Empfehle allen meinen Freunden und Genossen mein
Weiß- und Vairischbier-Lokal.
 Vereinszimmer steht zur Verfügung, auch als Zahlstelle zu vergeben.
 Um geneigten Zuspruch bittet
 F. Kiesel,
 53. Weihenburgerstr. 53.

Große öffentliche Versammlung
 aller in der Kürschnerbranche beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie sämmtl. Hausindustrieller der Pelz- und Mützenbranche
 am Montag, den 5. August 1895, abends 8 1/2 Uhr,
 im „Alten Schützenhaus“, Linienstraße 5.
 Tages-Ordnung:
 1. Ist die Hausindustrie unserer Branche unter den jetzigen Verhältnissen noch lebensfähig und wodurch kann dieselbe ihre Lage verbessern? Referent Kollege A. Roggo. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission. — Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
 93/1 Die Vertrauenspersonen.

Berein deutscher Schuhmacher.
Versammlungen
 am Montag, den 5. August 1895, Abends 8 1/2 Uhr:
 Zahlstelle I bei Feind, Weinstr. 11,
 Vortrag des Herrn Dr. Weyl,
 II bei Gründel, Brunnenstr. 188,
 III bei Freygang, Schützenstr. 18/19.
 Die Bevollmächtigten.
 Zur Beachtung: Sämtliche Biletts zur Dampferpartie, die in diesen Versammlungen nicht abgeliefert werden, werden als verkauft angesehen und sind zu bezahlen. 167/5

Unterstützungsverein deutscher Hutmacher
 (Filiale Berlin).
 Dienstag, den 6. August 1895, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Feind, Weinstraße Nr. 11:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie gedenken wir in Zukunft die Agitation zu entfalten? 2. Wahl einer Kommission. 3. Wahl des Sekretärs und Präsidenten. 4. Verschiedenes. 255/5b
 Die Vorstandssitzung fällt an diesem Tage aus.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.
 Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
 Am Mittwoch, den 7. August 1895:
Große öffentliche Volks-Versammlung
 im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstraße 39.
 Tages-Ordnung:
 1. Wieviel ist eine Frauensperson werth? Unter Berücksichtigung behördlicher Einschätzungen. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse Stadthagen. 2. Diskussion. 3. Bericht der Lokalkommission. 4. Beschlusfassung über die Laßallefeier.
 Zu dieser Versammlung sind die Frauen und Mädchen ganz besonders eingeladen.
 Die Vertrauensleute.

Wünsch' guten Morgen!
 2503b*)
 Carl Schindler, Chausseestr. 55.

Zahn-Klinik. Preise event. Theilzahl.
 Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Wer — Stoff — hat,
 fertige Anzug 20 M., feinste Zuhaten, laubere Arbeit, 2 Anpr., Hofe 3, 50 M.
Zuchthoffreie zu Anzügen,
 Herrenhosen - Reste, Gelegenheitslauf,
Reise zu Snabenanzügen,
 Hosen, Anzüge, Paletots nach Maß bestellt, nicht abgeholt, Hälfte Kostenpreis. [51/84] Engel, Münzstr. 4.

Kanarienzucht,
 40 Hähne, f. v. Weibchen, Gedbauer, Sangtafeln, einzeln und im Ganzen umgänglich zu verkaufen, Conrab, Portier, Bayreutherstr. 20. 2561b

Waldvögel
 aller Gattungen, j. Drosseln, Eistern, Picole, Blauroaßen, sprech. Papageien, zucht. Wellensittige billig.
 257/3b Rufflar, Feunstr. 6 (Weddingplatz).

Kanarienzüchter, 1 Gesangspind mit 12 Bauer zu verl. Eisener, Cotheniusstraße 13. 2564b

Donakiel Spezialit. seit 1863 v. Otto Oelschläger
 Kräuterlikör, Demminerstraße, unentbehrlich für Probefl. 0,40—2,75. Magenleidende. 10 Fl. 1 Fl. Rabatt

M. Krüger's Speise-Öl
 ist das anerkannt beste.
 Fabriklager: Berlin, Skaltzstr. 105.
 Für Wiederverkäufer beste Bezugsquelle!

Musikinstrumente,
 Saiten und Bestandtheile,
 nur beste Arbeit unserer vollständigsten Genossen. Verkaufsstelle u. Reparaturwerkstatt nur NW., Perlebergerstraße 267 bei Sparfeld. [2835b]

Kolonialwaarengeschäft, 2540b*
 Goldgrube, bill. verläßt. Biesenstr. 40.
Gangbare Exdistillation mit Bilanz
 und Vereinszimmer im Südwesten ist zu verl. Auskunft im Zigarren-Geschäft, Kreuzbergstraße 15. 2489b

Achtung! Achtung!
 Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreintigen, Nervödten u. sonst. Guel, Lauffer Platz 2, Esfasserstraße 12.

Arbeitsmarkt.
 Vergoldergehilfen auf seine Polituren leisten bei hohem Lohn verl. Müller, Grüner Weg 56. 2559b
 Snabenanzüge.
 Arbeiterinnen gesucht.
 2568b Breslauerstr. 30.

20-25 Maurergesellen
 werden sofort verlangt im Neubau Friedenau, Cranachstraße 56/57, am Wannsee-Bahnhof. 2560b

Wichsefabrikant.
 Gef. u. günstigen Bedingungen für ein gesundes, lüthles Klima Süd-Amerika's tüchtiger Arbeiter und Leiter einer Wichsefabrik, w. auf Rückstände e. Zuder-Kassinerie angewiesen ist. Verj. muß fähig sein, den Anlauf d. Maschinen, Anlage u. Leit. d. Masch. zu besorg. Off. unt. L. C. 557 an Haassentein & Vogler A.-G., Leipzigerstr. 48.

Achtung! Achtung!
Chirurgische Branche!
 Bei Dewitt & Herz, Georgenkirchstr. 24, ist wegen Lohnindifferenzen ein Streit ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten für Gärtler, Dreher, Schleifer und Arbeitsburschen. 48/6

Achtung, Sperre!
Klavierarbeiter.
 Die Kollegen der Pianofabrik von Julius Wasse haben wegen Lohnindifferenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist strengstens fern zu halten.
 Die Werkstatt-Kontroll-Kommission.

Metall-Sarg-Fabrik.
 Zur selbständigen Leitung einer zu errichtenden Metall-Sarg-Fabrik wird ein tüchtiger Werkmeister nach außerhalb gesucht, welcher in allen Fächern dieser Branche erfahren ist. Verschwiegenheit in jedem Falle zugesichert. Off. mit Gehaltsanpr. und biß. Thätigkeit erbeten unter R. 213 Exped. d. Btg. *
 Carton. 2541b*
 Arbeiterinnen, geübte, werden verlangt. M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48. 2543b*
Präger,
 erste Kraft, für Monogrammpprägung, erfahren im Wappencolorieren, bei gutem Gehalt, gesucht Friedrichstr. 74.

Nach beendeter
Sommersaison empfiehlt

Carl Zobel, Köpnickersstraße 121, Ecke Michaelkirchstraße,

zu bedeutend herabgesetzten, aber festen Preisen:

Jaquet-Anzüge in gediegenen Stoffen und allen Farben 15-23 M.; Jaquet-Anzüge in reiner Wolle, Kammgarn und Cheviot 16-40 M.; Prima; Rod-Anzüge in eleganter Façon 24 bis 45 M.; Paletots auf Seide in allen Farben 24-32 M.; Paletots, echt englischer Stoff, neueste Dessins, auf schwerer Seide 30-45 M.; Gavelocks in echt bayerischen Bodenstoffen, wasser- dicht, in größter Auswahl; Lustre-Jaquets, soweit der Vorrath reicht, von 1,90-3,50 M.; Wasch-Jaquets in allen Größen von 90 Pf. an; Wasch-Anzüge für Herren, in Drell und Reimen, von 4 M. an; Knaben-Paletots, mit und ohne Pelserie, von 4-12 M.; Knaben-Stoff-Anzüge in reizenden Façons, für jedes Alter passend, von 2,50-12 M.; Knaben-Wasch- Anzüge in jeder Größe von 1,50 M. an.

Grosse Stoffauswahl für Anfertigung nach Maass.

Anerkannt nur gute Arbeit, eigene Fabrikation, elegante Façons, tadelloser Sitz.



J. Baer,

Berlin N.,
nur Gesundbrunnen,

26, Badstraße 26,

Ecke Prinzen-Allee,

Herren- u. Knaben-

Garderobe,

Arbeitssachen.

Anfertigung nach Maß.

Elegante Anzüge.

Elegante Paletots.

Halbe Preise!

stellt das unterzeichnete Institut der „Gold'nen Hunderttheil“ (Leipzigerstr. 110) in seinem Ausverkauf, da das überfüllte Lager absolut verringert werden muß; zum Beispiel:

15 000 Jaquet- und Rod-Anzüge von 10, 12, 15, 20, 25, 27, 30, 35 Mark prima. 12 000 Sommer-Paletots von 8, 10, 12, 15, 18, 20, 25 Mark prima. 6 000 Stoffhosen von 3, 4, 6, 8, 10, 12 M. prima. Alpaca- und Curmud-Jaquets von 1,30 M. an. Gavelocks u. Pelserinen-Mäntel für Herren von 9 M. an. Knaben- und Burschen-Anzüge von 3 M. an.

Goldene 110,

110. Leipzigerstr. 110.

Samstag bis 2 Uhr geöffnet.

Teppiche

mit kleinen Befehlern

in echt Courmays, Brüssel, Velours, Capesley und prima Arminster, in allen Größen, verlaufe jetzt auch einzeln bedeutend unter Fabrikspreis
J. Adler Teppichfabrik,
Spandauerstraße Nr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause. 78M

800 Stück Reismuster,

Damen-Blousen

und

Kinder-Kleider,

alle modern, gute Sachen,

offerire, so lange der Vorrath

reicht, bedeutend unter Preis.

Carl Schloss,

Waarenhaus „Süd-Ost“,

22. Wiener-Strasse 22,

Grünauerstr. 1, a. Görlitzer Bahn.

Möbel-

Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten etc. im Möbel- speicher, 17218
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
Dahelst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verlebene gewesene Möbel zu wahrhaftigen Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinde, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Kuchenschrank, Vertikows 30, Stühle 3, Muschelspinden 40, Tru- meaux 65, Paneele 75, Wäsch- garnituren 60 Mark. Herren-Schreib- tische, Schreibstühle, Buffets, Kon- tinentische Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lagerspeicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Ge- spanne transportirt und aufgestellt.

Ganz neu!

Bruder Heinrichs

Douche-Bitter.

Schwächender Kräuter-Bitter-Liqueur

— Original — offerirt per Literflasche

— 1,10 Mark —

W. Bensch, Berlin S. 131,

Gärwalderstr. 49.

Fernsprecher Amt IV Nr. 9940.
Überall zu haben! 95E*

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, festhaltend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. Kreslawski, Spittelmarkt 18.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: Androasstr. 23, S. pt. gegenüber Androaspl.
2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüber Humboldtshain.
größtes Lager Berlins. Muster-
Kinderwagen,bücher gratis. Theilzahlung ge-
stattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß
ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

G. Superczynski, künstliche Zähne, Invalidenstr. 105, II.

Die Waarenbestände der Fabian & Simon'schen Konkursmasse
Berlin SO., 54 Wrangelstrasse 54,
bestehend aus: Erikothen, Woll- und Weißwaaren, Gardinen,
Cepptichen und Säuserstoffen, Blousen, Hauskleidern, Kinder-
kleidern, Haus- u. Wirthschaftsgeräthen, Galanterie- u. Spiel-
waaren und anderen Waaren, sollen werktäglich von 8-12 Uhr
vormittags und 2 1/2-8 Uhr nachmittags zu festen Caspreisen
ausverkauft werden. 2954L*

Homöopath. Arzt Dr. Hösch, Einiensr. 149. 8-10, 5-7,
Sonntags 8-10 Uhr, für Brust, Unterleibs,
Frauen-, Nerven-, Hautkrankheiten, Gicht, Rheuma.

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerz-
los, loses Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Oranienstr. 123

Roh-Tabak J. Fränkel,
Berlin C., Klosterstrasse No. 72.

Roh-Tabak Ernst Förster,
Berlin NO., Kaiserstr. 30.

Roh-Tabak

Das reichsortirte Lager in allen in-
und ausländischen Roh-tabaken und in
allen Preislagen empfiehlt 2572L*
W. Lindenstädt,
179 Brunnen-Strasse 179.
48 Landsberger-Strasse 48.

Roh-Tabak
empfehlte zu billigsten Preisen 2694L*
Brunnen-
E. Schwarz, Strasse 194.

Jacob Doussin & Co.,
Berlin C., Helligeggrist-Strasse 21,
begr. i. S. 1764, empf. sammtl. Gattungen
Roh-Tabak in reichl. Auswahl, Sumatras
Deli Match m. 2 Pfd. bedend, v. 1,50 M.,
Felix-Brazil umblattreich, von 90 Pf.,
H. Domingo- u. Java-Umblatt v. 95 Pf.,
Bastard-Brazil, Umbl. u. Einlage, schnee-
weißer Brand, mit 80 Pf. versteuert.

Roh-Tabak
(sehr preisw. Sumatra's)
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickersstr. 45.

Roh-Tabak.
Alle Sorten, billigste Preise.
Max Jakoby, Streithofstr. 52.

Für Cigarrenfabrikanten!
Roh-Tabak
aller Gattungen, engros, en détail.
F. Leopold,
Hauptgeschäft: Pallisadenstr. 27.
Filiale: Brunnenstr. 11.
Vertreter: S. Gröbel.

Roh-Tabak.
Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Lager in Formen, Bocktaqons.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.
Berlin O.
Koppen-
strasse

Roh-Tabak.
empf. sein Lager von
Zigaretten, Tabaken,
Pfeifen u. f. w.

Seidenstoffe
Sammets, Mätsche, Velours, Cravatten-
stoffe. Alles in größter Auswahl.
Billiger als in jedem Laden.
Stralauerstr. 44, 1 Tr. (Rein Laden, 95E*

Möbel, gebraucht, laust Möbel-
Handlung Rosenthaler-
Straße 13.

Kinderwagen,
Kasten-, Leiter-
und
Sportwagen.
Größtes Lager
Berlins. Fabrik-
preise, keine Markt-
schreierei. Muster-
bücher gratis. Alte
Wagen käuflich. Theilzahlung gestattet.
Andreasstraße 53,
1. Etage.

Ernst Hess
in Klingenthal in Sachsen.

Ehe Sie
sich eine Harmonika kaufen, lassen Sie
sich erst meine prachtvollen Zeichnungen
und Preislisten umsonst und postfrei
kommen. Meine Harmonikas fabrizire
ich mit bestem englischen Uhrfederstahl,
Stimmen- und beste Glockenbelle. Reiz-
silberstimmen mit patentirten unver-
wundlichen Balgen.
Ernst Hess in Klingenthal i. Sachl.,
Harmonikafabrikant. 83/19*

Kinderwagen
billig u. gut, auch
geg. Theilzahlg. v.
M. wöchentlich. Alte
Wagen nehme in
Zahlung. Kataloge
gratis. „Bazar
Baby“, Sand-
bergerstraße 70, am
Alexanderplatz.

Feinstes Weißbier,
Braunbier u. Werberschbier.
Eäffer zum Selbstabfüllen.
1/16 1 M., 1/8 2 M., 1/4 3,50 M.
Hausverkauf per Liter 10 Pf. in der
Brauerei Köpnickersstr. 112.

Berliner Weißbier-Brauerei
Wohl & Co.,
Köpnickersstraße Nr. 112.
Filialen: Blumenstraße Nr. 46.
Mantelstraße Nr. 25a.

Gardinen-Reste
zu 1-4 Fenstern passend, sportbillig
in der Gardinenfabrik v. Bruno Gähler,
Grüner Weg 80, part. Eing. v. Flur.

Nach beendeter Inventur gelangen grosse Vorräthe meiner

Teppiche!! Portiören!!
Gardinen!! Steppdecken!!
Feinwaaren!! Fertigen Wäsche!!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf.

Am Stadt- J. Brünn, Hackescher Ecke Neue
bahnhf. Börse. Markt 4. Promenade.

Möbeltischlerei

und Polsterwaaren-Fabrik

von A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,

an der Ritterstrasse. — Gegründet 1878.

Liefere Wohnungs-Einrichtungen unter Garantie in Aufbaum
und Mahagoni von 240, 300, 400, 500, 600 bis 6000 M. in anerkannt ge-
diegener Ausführung. Auch Einzelverkauf zu Fabrikspreisen. Billigste
Preisberechnung. Preislisten franko. 2903B

Neue Gasglühlicht-Act.-Ges.

Berlin W., Leipzigerstrasse No. 34.

Fernsprecher: Amt I, No. 1632.

Unsere

Spiritus-Triumph-Glühlichtlampe

erspart 25 pCt. gegen Petroleum.

Jede Petroleumlampe kann ohne

weiteres mit unserem Glühlichtapparat

versuchen werden.

Unsere Gasglühlicht erspart ca. 50 pCt. gegen Argandbrenner.

Einzig Bequemstes und hygienisch

versandfähiger Glühkörper. bestes Glühlichtsystem.

Prospecte gratis und franco.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher
in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten
Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99 und
Rosenthalerstr. 63/64
in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten
Preisen verkauft. Wir bitten um durch reichliche
Einkäufe zu unterstützen. 2290L*

Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co

Die Waarenbestände der Eger'schen Concursmasse

17 Weissenburgerstrasse 17

bestehend aus: Erikothen, Woll- u. Weißwaaren, Gardinen,
Cepptichen u. Säuserstoffen, Blousen, Hauskleidern, Kinder-
kleidern und anderen Waaren, sollen werktäglich vormittags
von 8-12 Uhr, nachmittags v. 2-8 Uhr zu festen Caspreisen
ausverkauft werden.

Es bietet sich den geehrten Lesern dieses Blattes Gelegen-
heit, ihren Bedarf in obenerwähnten Artikeln zu fabelhaft billigen
Preisen zu decken. 2978L*

Bitte zu beachten:

nur: Berlin N., 17 Weissenburgerstr. 17.

Neue Welt, Hasenhaide 108-114.
Sonnabend, den 31. August 1895:

Lassalle-Feier,

arrangiert vom
Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis,
bestehend in

Vokal- und Instrumental-Konzert

unter Mitwirkung der Gesangsvereine Brotzelschloss, Liedesfreiheit, Lieder-
tafel der Maler und Oberon unter Leitung des Dirigenten Herrn Lieb.
Grosses Feuerwerk. Lebendes Bild. Ball.

Zurnerische Aufführungen des Turnvereins Pichte.
Festrede, gehalten vom Reichstagsabg. J. Auer.
Eröffnung 8 Uhr. Anfang 4 Uhr. Billet 25 Pf.

Verband aller im Handels- u. Transport- Gewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter.

Sonntag, 4. August, Nachm. 1/4 Uhr:

Ausserordentliche General-Versammlung

in der „Resource“, Kommandantenstr. 57.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Anträge.
3. Verbandsangelegenheiten.

In anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ist es unbedingt not-
wendig, daß alle Mitglieder in dieser Versammlung erscheinen. Mitgliedsbuch
legitimiert.
75/4

Der Vorstand.

Sonnabend, den 10. August 1895, Abends 9 Uhr:

Großer Sommernachts-Ball

in Louis Keller's Pracht-Festsälen und Garten,
Koppenstraße Nr. 29,

bestehend in

Tanz u. humorist. Vorträgen.

Aufstreten des sehr beliebten Volkshumoristen Lewandowsky
und des Charakterkomikers Lachmann.

Grosse Verloosung werthvoller Gegenstände
zu gunsten der Agitation.

Aufführung lebender Bilder.

Die Musik ausgeführt von einer 20 Mann starken Kapelle der Freien
Verseinerung der Zivil-Berufsmusiker.

Entree für Damen 30 Pf., für Herren 50 Pf. (inkl. Tanz).

Die Kolleginnen werden ersucht, sich recht rege an dem Billetverkauf
zu betheiligen, da offene Kasse nicht stattfindet. Billets sind in allen Zahl-
stellen und im Bureau zu haben.

Schloß Weikensee. „Zum Sternemer.“

Sonntag, den 4. August:

Weikenburg.

Großes Monstre-Militär-Konzert

von der gesammten Kapelle ehemaliger 1. Garde-Dragoonen.

Großes pyrotechnisches Panorama

von den Kunstfeuerwerkern Herren Massow und Bock.

Im großen Bal champêtre:

Großer Sommernachts-Festball.

Entree 30 Pf., im Vorverkauf 25 Pf. Ref. Platz 50 Pf.

Anfang 4 Uhr. 2977L Ag. Barth.

Charlottenburg.

„Bismarckshöhe“, Wilmerdorfer-Strasse 39:

Heute, Sonntag: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Großer Entscheidung-Ringkampf zwischen dem Preiskämpfer Herrn Pirat und
dem Schlichter Ernst Morton.

Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung präzis 6 Uhr.

Entree 20 Pfennig. Kinder 10 Pfennig.

Dienstag, den 6. August: Grosses Kinderfest.
Hochachtungsvoll H. Wernicke.
29802

Ostbahn-Park

Hermann Imbs.

Rüdersdorferstr. 71. Am Kästriner Platz.

Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung
des Musikdirektors W. Carlson's.

Anfang Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Wochentags 5 Uhr. Entree 15 Pf.,
wofür ein Glas Bier verabreicht wird.

Volkshelustigungen jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung.
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.

Montag, den 5. August:

Große Gala-Vorstellung

zum Benefiz für die beliebten Duettisten

Emmi und Reinhold Hintsche

unter gütiger Mitwirkung

bedeutend. Künstler u. Spezialitäten.

Schweizer Garten.

Am Königsthor. Täglich: Am Friedrichshain.

Konzert und Vorstellung.

Nette Matrosen. — Die Allerweltswittwe. — Ein mo-
derner Rasirsalon. — Lebende Bilder u. Spezialitäten.
Volkshelustigungen und Ball.

Von 5—7 Uhr: Freier Damentanz.

Richard Schiele's
Concordia-Garten z. Wasserwerk
Lichtenberg, Landsberger Chaussee 1.
Jeden Sonntag: Grosser Ball.
Volkshelustigungen aller Art im großen
Garten. Kaffeeküche. 3 Regelmäßig.
Saal mit Theaterbühne für 600 Pers.
für Vereine und Versammlungen frei.
Hochachtungsvoll Richard Schiele.

Friedrichshagen.

Restaurant „Waldkater“
Königsplatzstr. 37, 2 Minuten vom
Bahnhof, mitten im Walde gelegen,
2000 Personen fassend. Kaffeeküche,
4 Regelmäßig, Belustigungen aller
Art. Verzügliche Speisen u. Getränke.
Hält sich Vereinen und Gesellschaften
bestens empfohlen. Frei-Konzerte
finden regelmäßig jeden Dienstag und
Freitag statt. Jeden Mittwoch: Volks-
kinderfest. Um zahlreichen Besuch
bittet
A. Schmidt.

Wo speisen Sie?

In der Pom-
merischen Küche
Oranienstr. 181
bei G. Buckow.
Mittag mit Bier
50 Pf., Frühstück u.
Abendessen (für 80
bis 50 Pf.) große Auswahl.
Zimmer mit Piano zu vergeben.

Ein Vereinszimmer mit Piano,
Ratiborstr. 18. 27982*

Restaurant Sängers Heim.

Alte Domstr. 33.
Saal für größere Gesang-Vereine
sowie neue Regelmäßig noch einige Tage
frei. 2010b C. Oiböter.

Rautenberg's Festsäle,

Oranienstr. 180.
Empf. m. Säle zu Festlichkeiten u. Ver-
samml., a. einige Sonnabende noch frei.

Altes Schützenhaus

Linienstrasse 5, 25306*
empf. feine Söle u. Garten, Gasglüh-
licht. Neu decorirt und renovirt.
Jeden Sonntag: Ball.

Albrecht's Ballsalon

Memelerstr. 67. 2875L*
Empfehle meinen Saal, 500 Personen
fassend, zu Festlichkeiten und Versammlun-
gen. Sonnabende noch frei, auch
Sonntags zu vergeben.

Carl Guthe

Wallstr. 88a.
Empf. mein Weiss- u. Bairisch-
Bier-Lokal. 29802*

Neues Club-Haus

72. Kommandantenstrasse 72.
Jeden Sonntag: Grosser Ball.
Empf. meine 4 Säle zu Festlichkeiten
u. Versammlungen gratis. H. Ebert.

Max Kliem's Volksgarten

Hasenhaide 14/15.
Jeden Sonntag:

Gr. Frei-Konzert.

Jeden Sonntag, Montag u. Mittwoch
in den Sälen

Grosser Ball.

Empfehle mein Lokal Vereinen zc.
zu Versammlungen, Sommerfesten,
Kränzchen, ebenso sehen drei verdeckte
Sommer-Regelmäßig zur Verfügung.
29832* Max Kliem.

Neu! Cösliner Hof

Wedding Cöslinerstr. 8 Wedding

Jeden Sonntag: Grosser

Ball.

Grösster und schönster Saal des
Nordens (1000-1500 Personen)
mit sehr gr. Orchester. Anf. 4 Uhr.
Ende 1 Uhr.

Für Vereine stehen noch einige
Sonnabende zur Verfügung.
Die Direktion.

Kastanien-Waldchen

(Inhaber: H. Wellenschieder)

Gesundbrunnen, Badstr. 16.

Jeden Sonntag:
Gr. Militär-Concert
ausgeführt von der Kapelle des
Kapellmeisters Herrn Franz Welter.
Im Parquet-Saale: Gesellschafts-Stunde
unter Leitung des Tanzlehrers Gen. Säger.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag:
Frei-Concert.

Kaffe-Küche von 2 bis 6 Uhr geöffnet. Zwei
schöne Regelmäßig, sowie Volks-Belustigungen
jeder Art. Schöner, schattiger Garten, Platz für
2000 Personen, Abends prachtvoll erleuchtet.
Gute Speisen und Getränke. Säle für Vereine
und Versammlungen stehen zur Verfügung.
Hochachtungsvoll H. Wellenschieder.

Gesellschaftshaus

35, Swinemünderstrasse 35.
Jed. Sonntag gr. Ball. Von 4 Uhr an
Freikonzert im Garten. Einige Sonn-
abende sind noch an Vereine zu vergeben.
Hübner.

Treptow. Ausschank der Bock-Brauerei.

Böyender Landstrasse. Drittes Lokal hinter der Verbindungsbahn.
ff. Lagerbier 15 Pf. 10 elegante Regelmäßig, Kaffeeküche.

Grünau. Gasthaus „Zu den Linden“.

3a Friedrichstraße 3a.
Freundenlogis, Ausspannung, Kaffeeküche, Vereinszimmer empfiehlt
bestens für Ausflügler (2546L*) F. R. Janke.

„Süd-Ost.“ Vereinshaus, Waldemarstraße 75. Restaurant

(Speisen à la carte) mit Billard und Kegelbahn. Saal
(500 Personen fassend) und Vereinszimmer zu Versam-
lungen und Festlichkeiten. Jeden Sonntag: Grosser Ball
bei guter Musik. Anfang 4 Uhr. (2974L*) Hermann Brüder.

Wilh. Groth's Danziger Volksgarten

Danzigerstr. 50/51, Haltestelle der Pferdebahn Mollenmarkt-Weikensee.
Jeden Sonntag: Freikonzert u. Freitanz. Mein Lokal ist tägl. (auch Sonn-
tag), an Vereine zu vergeben.
Kaffeeküche geöffnet. W. Groth, Gastwirth d. Henseländer Kiderpäch.

Rohr's Salon, früher Appold, Rixdorf,

Knefelerstrasse 48/49.
Gr. Esel-Reiten. Sonntag: Gemüthliches Tanzkränzchen.
Gr. schattiger Garten, Kaffeeküche, 2 verdeckte Regelmäßig. Für gute
Speisen und Getränke sorgt stets H. Rohr, früher Berlin, Naungr. 78.

Steglitz. Restaurant „Zum Gambrinus“ Ahorn-
strasse 15a,
10 Min. vom Bahnhof. Empfiehlt den verehrlich. Vereinen und
Parteienoffen seine Säle (Tanzsalon) zu 100-200 Pers., sowie Garten, Kaffe-
küche, Billard. Für gute Speisen u. Getränke ist stets gesorgt. F. Schellhass.

Concert-Park „Zur Wolfschlucht“

Am Tempelhofer Berg No. 6. Täglich: Grosses Concert und
Spezialitäten-Vorstellung. Entree 10 Pf. 1/2 Liter ff. Lagerbier 15 Pf.
Schöner Park mit Springbrunnen. Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.
Um zahlreichen Besuch bittet der Deconom A. Philipp (früher Oranienplatz).

„Volksgarten“ Kietz-Rummelsburg,

Neue Prinz-Albert-Strasse 70.
Kaffeeküche, 2 Regelmäßig, Volksbelustigungen. Jed. Sonntag: Ball.
Für gute Speisen und Getränke sorgt wie immer Franz Gittler.

Fortuna-Säle, Straußbergerstr. 3.

Inhaber: H. Birk. 22812*
Sonntags: Grosser Ball. Donnerstags: Damen-Kränzchen.
Außerdem empfehle meine Säle zu Versammlungen und Vergnügungen.
Kleine Saal (40-70 Personen) noch einige Tage an Vereine zu vergeben

Britz A. Bethge's Concert- und Theaterpark.

Jed. Sonntag: Gr. Garten-Konzert. Theater-
Chausseestr. 39. Vorstellung. Ball im großen Saale.
Entree für Erwachsene 15 Pf., Kinder in Begleitung Er-
wachsener sind frei. Volksbelustigungen aller Art. — Vereinen, Gesell-
schaften zc. stehen meine Lokalitäten unter günstigen Beding. zur Verfüg. Samml.
Lokalitäten sind elektrisch beleuchtet. Endstation der Pferdeb.: Moritzplatz-Britz

„Alte Laverne“

Jed. Sonntag, Dienstag, Freitag: Gr. Frei-
konzert u. Tanz. Gr. schatt. Garten. Saal
mit Bühne, 500 Pers. fassend. Kaffeeküche.
Dorfstrasse 25, Volkshelustigungen, aller Art. Für Vereine u. Fabriken zu
Stralan, Dampferstation.) Sommervergnügung, unentgeltlich. Uhr. Schröder.

Jägerhaus

Schönhauser Allee 103.
Neu renov. schatt. Garten (6000 Pers. fass.),
gr. Tanzsaal, 4 Regelmäßig, Kaffeek. v. 2 Uhr ab.
Grösste Volksbelustigungen in ganz Berlin.
Jeden Sonntag u. Montag: Frei-Konzert
Jeden Mittwoch: Gr. Volks-Kinderfest.

„Märkischer Hof“

Admiralstr. 18c. Jeden Sonntag
Gr. Festball. Anfang 4 Uhr. —
Ende 2 Uhr. Entree frei, Tanz frei.
Die beiden Spiegel-Säle stehen zu allen Festlichkeiten und Versammlungen zur
Verfügung. Einige Sonnabende sind die Säle noch frei zu Sommernachts-Bällen

Variété-Theater, Rixdorf, Wissmannstrasse 17.

Sommer-Bühne. 28102
Jeden Sonntag: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saal: Grosser Ball.

Treptow Restaur. „Zum Karpfenteich“.

Heute, Sonntag:
Gr. Elite-Spezialitäten-Vorstellung
einer beliebten Variété-Gesellschaft.
Anfang 4 Uhr. Entree frei. Im Saale: Grosser Ball.
Hermann Otto.
Die Kaffeeküche ist geöffnet. Saal und Garten nebst Spielpersonal an Vereine
und Gesellschaften zu vergeben.

Schönhauser Volksgarten

Schönhauser Allee
Nr. 101/102.
Jeden Sonntag: Freikonzert und Tanz. Jeden Montag: Grosses
Kinderfest mit Konzert und Vorstellung.
Julius Mierke.

Nieder-Schönhausen. Linden-Garten.

Linden-
str. 25.
Einziges freies Lokal mit großem
schattigem Vor- und Hintergarten. Gr. Tanzsaal. Kaffeeküche. Regelmäßig.

Franke's Volkstafel-

und Sprischaus,
Gr. Frankfurterstrasse 73, an der
Kaiserstrasse. Billiger Mittags- u. Abend-
tisch. Grösste Auswahl äusserst schmack-
haft bereiteter Speisen: täglich 8 bis
10 verschiedene Gerichte von 10-30 Pf.
Bier 1/2 u. 10 Pf., 2/3 u. 5 Pf., aus der
Brauerei Rolchenkron.

77. Prinzenstr. 77. 20572*

Zur bevorstehenden Saison empfehle
meine gänzlich neu auf eleganteste
renovirten, mit Gasglühlicht aus-
gestatteten Säle für 20-500 Personen
mit neuer großer Bühne. — Jeden
Sonntag: Ball.

Gesellschafts-Säle,

Lichtenbergerstr. 16.
Zur bevorstehenden Saison empfehle
meine gänzlich neu auf eleganteste
renovirten, mit Gasglühlicht aus-
gestatteten Säle für 20-500 Personen
mit neuer großer Bühne. — Jeden
Sonntag: Ball.

Zum gemüthlichen Piket!
Giltiger Einkauf für Arbeiter in
Herren- u. Frauen-Garderobe
wenig getragen und neu.

Empfehle allen Freunden und
Genossen des Südbogens meinen reichh.
Frühstück, Mittag- u. Abendtisch
zu kleinen Preisen.
Mariannen-
strasse 48.

B. Nieff's Festsäle,

17. Weberstr. 17.
Empfehle mein auf das sauberste
mit elektrischem Gas-Glühlicht aus-
gestatteten Festsäle zu Versammlun-
gen und Vergnügungen.
Sonnabende sind noch frei. Boraus-
musiker und Maitre. Ganz koulante
Bedingungen. Gr. und kleine Vereins-
zimmer.

Empfehle allen Genossen, Freunden
und Bekannten mein
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.
August Reyer,
Kalfstrasse 62.
29792*

Zum Agrarprogramm

geben wir heute wieder eine ausführliche Zusammenstellung von Meinungsäußerungen aus der Reihe unserer Parteiblätter.

In der „Neuen Zeit“ liegt die erste Hälfte einer Kritik von Karl Kautsky vor. Von Kautsky rührt bekanntlich die jetzige Fassung des sozialdemokratischen (sogenannten Erfurter) Programms her. Im nachstehenden reproduzieren wir den Artikel der „Neuen Zeit“ wörtlich, indem wir nur die kurze Einleitung fortlassen.

Der Charakter unserer Bewegung. Der grundsätzliche Teil des Erfurter Programms ist von den Vorschlägen der Agrarkommission unberührt geblieben. Dagegen hat diese bereits an dem einleitenden Satz zum zweiten Teil des Programms eine umfassende Aenderung vorgenommen, die charakteristisch ist für das ganze Werk der Kommission und daher näher betrachtet werden soll.

Bisher lautete dieser Satz einfach: „Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:“

Das erschien der Kommission jedenfalls zu nackt, und so hat sie gewissermaßen eine Quintessenz unserer Forderungen in den Satz eingefügt, der nach ihrem Vorschlag lauten soll: „Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zunächst:“

Welchen Zweck hat diese Einfügung? Kürze ist notwendige Eigenschaft eines jeden Programms. Das Erfurter Programm ist schon fast zu lang gerathen und darf ohne dringende Nothwendigkeit nicht erweitert werden. Sag eine solche Nothwendigkeit hier vor? Die eingefügten Worte sollen keinen neuen Gedanken in das Programm einführen, sie sollen es nur erläutern, klarer gestalten. Gelingt ihnen das?

Die Forderungen, die unsere Partei im zweiten Teil ihres Programms aufstellt, sind ihr nicht eigentümlich, sondern zum Theil mit der bürgerlichen Demokratie, zum Theil mit den bürgerlichen Sozialreformern gemein. Was uns von beiden unterscheidet, sind nicht einzelne dieser Forderungen, sondern der Gesamtkarakter unserer Bewegung. Sie wird gebildet durch den Klassenkampf des revolutionären Proletariats und steht dadurch in direktem Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie wie zu den bürgerlichen Sozialreformern.

Die bürgerliche Demokratie ignoriert die Klassengegensätze. Im Klassenkampf sieht sie nicht den Hebel der geschichtlichen Entwicklung, sondern die Folge eines bedauerlichen Missverständnisses, das nur aus der Unwissenheit der Massen entspringt. Das Volk ist ihr, höchstens abgesehen von den obersten Behauptungen, eine einheitliche Masse mit einheitlichen Interessen. Verschafft man dem Volk die Macht, d. h. demokratisirt man alle öffentlichen Einrichtungen und läßt es über seine wahren Interessen auf, dann ist der soziale Friede hergestellt und der Himmel auf Erden gesichert.

Diese Anschauungen sind heute im Absterben begriffen, die Thatsachen sprechen zu laut gegen sie. Die bürgerliche Demokratie wird theils abgelöst, theils erweitert durch das Sozialreformertum, jene Richtung, welche die sozialistische Kritik als berechtigt anerkennt und Eingriffe ins Wirtschaftsleben verlangt, aber nur, um diejenigen mit den bestehenden Verhältnissen zu versöhnen, die am meisten darunter leiden. Sie vergißt dabei, daß es unmöglich ist, die bestehenden Klassengegensätze zu verringern, geschweige aufzuheben, ohne die heutige Gesellschaft in ihren Grundfesten anzutreffen.

Nicht selten haben Demokraten den Wunsch ausgesprochen, die Sozialdemokratie möge ihren Klassencharakter wenigstens einweilen fahren lassen und sich mit der bürgerlichen Demokratie zur Erringung demokratischer Einrichtungen vereinigen. Auf der anderen Seite haben Sozialreformer den Wunsch ausgesprochen, die Sozialdemokratie möge ihren revolutionären Charakter zurücktreten lassen und mit den Sozialreformern zusammen auf die Durchführung sozialer Reformen hinarbeiten. Warum sich wegen grauer Theorien über die Zukunft entzweien, erklären sie, praktisch wolle ihr doch dasselbe wie wir, die Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen und die Verbesserung der bestehenden Zustände im Rahmen der heutigen Gesellschaft.

Die Antwort darauf giebt der grundsätzliche Teil unseres Parteiprogramms. Dieser erklärt, daß die Zustände in der heutigen Gesellschaft für die Masse der Bevölkerung immer untragbarer werden, daß das Elend, der Druck, die Ausbeutung unauflöslich wachsen, daß nur der völlige Umsturz der heutigen Produktionsweise wieder erträgliche Zustände schaffen kann, daß aber dieser Umsturz das Werk keiner anderen Klasse sein kann, als des Proletariats. Von diesem Standpunkte aus stellen wir unsere nächsten Forderungen: wir verlangen Einrichtungen, die den Klassenkampf des Proletariats wirksamer gestalten und seine revolutionäre Kraft heben. Das ist die Quintessenz des zweiten Theils unseres Programms, dadurch unterscheiden wir uns wesentlich von der Demokratie und den Sozialreformern. Hielt man es für notwendig, unsere nächsten Forderungen zu charakterisieren, so müßte diese Seite derselben hervorgehoben werden.

Was thut dagegen der Vorschlag der Agrarkommission? Er löscht die Eigenart unserer Partei völlig aus; er hebt nicht hervor, was uns von Demokraten und Sozialreformern trennt, sondern was uns mit ihnen gemein ist, und erregt dadurch den Eindruck, als wäre die Sozialdemokratie nur eine Art demokratischer Reformpartei. Wenn wir politische Freiheiten und Rechte verlangen, so thun wir dies, nach der Agrarkommission, nicht, um den Boden zu schaffen, auf dem das Proletariat sich organisiren und den Staat erobern kann, sondern „zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen“; und wenn wir soziale Reformen verlangen, so thun wir dies nicht, um das Proletariat kampffähiger zu machen, sondern um die „bestehenden Zustände zu verbessern“!

Die Sozialdemokratie erklärt im grundsätzlichen Teil ihres Programms, daß es unmöglich ist, in der heutigen Gesellschaft die soziale Lage der Arbeiterschaft zu heben. Einzelne ihrer Schichten mögen zu einer absolet höheren Lebenshaltung gelangen, relativ, im Verhältnis zu ihren Ausbeutern, muß ihre Lage sich verschlechtern. Im zweiten Theil unseres Programms dagegen sollen wir nach dem Vorschlage der Kommission es als unsere Aufgabe erklären, zunächst die soziale Lage der arbeitenden Klassen zu heben.

Zur größeren Klarstellung unseres Programms tragen der Hinweis auf die Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen und auf die „Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen“ sicher nichts bei. Sie sind eher geeignet, irre zu führen.

Was soll man aber erst dazu sagen, daß es als unsere Aufgabe hingestellt wird, die Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr zu verbessern? Dunkel ist der Rede

Sinn. Die Zustände der Arbeiter in Gewerbe u. können darunter nicht gemeint sein, denn davon ist im vorhergehenden Satz die Rede. Aber es kann doch unmöglich unsere Aufgabe sein, die Zustände der Unternehmer günstiger zu gestalten, Staatshilfe zur Hebung des Profits und der Grundrente zu verlangen! Also welche Zustände sind da gemeint? Und sind die Zustände in Gewerbe, Handel, Börsenjobberei u. im Rahmen der bestehenden Gesellschaft überhaupt zu verbessern? Können wir die Ueberproduktion abschaffen, die Krisen, die Vernichtung der Kleinen durch die Großen u.?

Der ganze Satz ist offenbar nichts als ein frommer Wunsch, bei dem man sich jedoch nichts Rechtes denken kann, eine leere Redensart im Munde eines Sozialdemokraten, die den Stempel des Kompromisses offenkundig auf der Stirne trägt.

Völlig unbegreiflich aber ist uns der Schlusssatz der Einschlebung, die Versicherung, daß wir Demokratisierung und Sozialreformen im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung verlangen. Man bedenke: wir verlangen „Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen“, z. B. Wahl der Behörden durch das Volk, also eine höchst demokratische Republik „im Rahmen der bestehenden preussischen, medienburgischen u. Staatsordnung“!

Die Kommission hatte da wohl einen anscheinend ähnlichen Passus im Auge, der sich im Gothaer Programm fand, der aber in das Erfurter Programm nicht aufgenommen wurde, weil er höchst überflüssig war und irreführend wirken konnte.

Die Forderungen im zweiten Theil unseres Programms werden als nächste Forderungen der Sozialdemokratie aufgestellt, d. h. sie erklärt, daß zunächst diese verwirklicht werden müssen, ehe sie weiter schreiten kann, und daß die genannten Forderungen, wenn die nöthigen Mittel zur Verfügung stehen, heute schon verwirklicht werden können. Das Wortchen „zunächst“ drückt für sich allein diesen Gedanken genügend klar aus, klarer als die Erklärung, die Sozialdemokratie stelle zunächst Forderungen „innerhalb der heutigen Gesellschaft“, wie es im Gothaer Programm hieß.

Fühlte aber die Kommission trotzdem das Bedürfnis, den angegebenen Passus aus dem Gothaer Programm wieder auszugeben, dann mußte sie ihn genauer betrachten, ehe sie ihn aufnahm. In diesem Programm heißt es:

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.“

Von der bestehenden Staatsordnung ist da gar keine Rede, ebensowenig von Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen. Das ist denn doch etwas ganz anderes, als der Vorschlag der Agrarkommission. Die „Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen“ innerhalb der bestehenden Staatsordnung zu verlangen, ist gleichzeitig ein Nonsens und eine Preisgebung des ganzen bisherigen Charakters unserer Bewegung, wie die bürgerliche Presse bereits mit recht herausgefunden hat. So lange wir nicht eines anderen belehrt werden, können wir diesen Satz nur als einen lapsus betrachten, der allerdings nicht auf allzu sorgfältige Redigirung schließen läßt. Es wäre geradezu eine Beleidigung, anzunehmen, daß es irgend einen Parteigenossen giebt, der im Stande wäre, diesen Satz in seinem vollen Wortlaut zu vertreten.

Aber selbst wenn wir von dem letzteren als einem einfachen Schreibfehler ganz absehen, bleibt der Eindruck des Einschlebens der Kommission ein unerfreulicher: es ist überflüssig, unklar und nur geeignet, irre zu führen und das Wesen unserer Bewegung zu verwischen.

Agrarprogramm und agrarisches Programm. Denselben Charakter wie die Einleitung zeigen die einzelnen Forderungen, welche die Kommission aufgestellt hat. Das beweist uns gleich der erste der „verbesserten“ Paragraphen, der § 7, obwohl er der harmloseste von allen ist.

Er lautet bisher:

„7. Welllichtheit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.“

Die Kommission schlägt folgende Fassung vor:

„7. Welllichtheit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- und Fortbildungsschulen. Errichtung ausreichender gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen, Musterwirthschaften und Versuchsstationen; Abhaltung regelmäßiger landwirtschaftlicher Unterrichtskurse. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.“

Der Unterschied zwischen beiden Fassungen scheint ein unbedeutender zu sein — ein paar Schulen mehr oder weniger — und doch ist er ein fundamentaler. Auch hier wie beim einleitenden Satz zeigt sich das Beharren, die der Demokratie und der Sozialreformerei verwandte Seite hervorzuheben.

In unserem Programm wird die Verbesserung des Schulwesens verlangt vom Standpunkte des Klassenkampfes. Je intelligenter, je höher gebildet der Proletarier, ein desto besserer Kämpfer ist er, desto geeigneter die Herrschaft in Staat und Gesellschaft anzutreten. Daher das Verlangen, die Bildung dem Volke möglichst zugänglich zu machen.

Der liberale Sozialreformer preist auch die Bildung an, aber nicht als Mittel des Klassenkampfes, sondern als Mittel für den einzelnen, seinen Privatvortheil besser zu wahren, bessere Geschäfte in der heutigen Gesellschaft zu machen, von unten nach oben, aus der Klasse der Ausgebeuteten in die Klasse der Ausbeuter aufzusteigen. Die Forderungen, welche die Agrarkommission im § 7 den bisherigen Forderungen hinzugefügt, entsprechen sehr diesem Gedankengang. Fachschulen, landwirtschaftliche Unterrichtskurse, Musterwirthschaften, Versuchsstationen — das alles sind nicht die Mittel, die allgemeine Intelligenz der Bevölkerung zu steigern und sie kampffähiger zu machen, sondern einem Theil derselben ein besseres Fortkommen zu ermöglichen.

Man misverstehe uns nicht. Wir erklären nicht etwa diese Einrichtungen für nutzlos oder gar schädlich; wir behaupten auch nicht, daß unsere Partei nicht die Aufgabe hat, sich darum zu kümmern. Wir müssen uns um alles kümmern, keine wichtige Frage in Staat und Gesellschaft darf und gleichgültig lassen, aber in unser Parteiprogramm gehören nur jene nächsten Forderungen, die mit Nothwendigkeit aus dem Charakter unserer Partei hervorgehen. Unser Programm hat doch nicht ein Sammelbureau der verschiedensten frommen Wünsche zu bilden, die Einem gerade einfallen. Was könnte man da nicht alles in den § 7 hineindringen! Könnten da nicht auch staatliche Förderung von Volkstheatern, Volkskonzerten, Volksausstellungen, Volksbibliotheken, Volksumweltsitten darin Platz finden, und mit mehr Recht als Musterwirthschaften und Versuchsstationen? Denn erstere wären doch bestimmt, der intellektuellen Hebung der ganzen Bevölkerung zu dienen, letztere dienen nur den geschäftlichen Interessen einer einzelnen Klasse. Und welcher?

Hier stoßen wir auf eine weitere Eigenthümlichkeit des

neuen Programms, die dem Umstande entspringt, daß das Agrarprogramm in das allgemeine Programm „eingearbeitet“, d. h. mechanisch in dieses hineingefügt wurde. Das Parteiprogramm ist aber streng logisch gegliedert, und die „Einarbeitung“ fremder Bestandtheile konnte nicht geschehen, ohne die Logik umzuwerfen, auf der es beruht.

Die nächsten Forderungen des Erfurter Programms zerfallen in zwei Theile: erstens Forderungen, die sich auf die gesamte Bevölkerung beziehen, und zweitens besondere Forderungen für die Arbeiterklasse. Die Agrarkommission wollte besondere Forderungen im Interesse der Landbevölkerung aufstellen. Soweit dieselben den Landarbeiterschutzes betrafen, war ihre natürliche Stellung in jenem Absatz, der die besonderen Forderungen im Interesse der Arbeiterklasse enthält. Diese wurden dort auch sachgemäß eingefügt.

Aber die Kommission fühlte sich verpflichtet, auch für den Bauernschutz etwas zu thun. Für die Forderungen in dieser Richtung gab es unseres Erachtens nur einen Platz; es mußte wie für den Arbeiterschutzes, so auch für den Bauernschutz eine besondere Rubrik geschaffen werden. Statt dessen hat man die Forderungen zu Gunsten der „Landwirthschaft“ in die Forderungen für die gesamte Bevölkerung „eingearbeitet“. Den Grund für dieses Verfahren hat die Kommission nicht angegeben, aber das Ergebnis desselben ist klar: die Landwirthschaft ist dadurch in unserem Programm zu einem privilegierten, bevorzugten Beruf geworden, der auf allen Gebieten vor den anderen Berufen etwas voraus haben soll.

Das zeigt schon unser § 7. Nur für die Landwirtschaft werden Musterwirthschaften und Versuchsstationen, sowie „regelmäßige Unterrichtskurse“ verlangt. Warum nicht Musterwirthschaften, Musterfabriken, Mustertheater u.?

Noch auffälliger tritt diese Bevorzugung der Landwirtschaft in den folgenden Paragraphen zu Tage; z. B. im § 11:

„11. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gütsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikomnisse, Steuerprivilegien u. s. w.). Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art noch bestehender Erbsunterthänigkeit und der aus derselben herfließenden Lasten und Pflichten.“

Warum nur die Privilegien des Großgrundbesitzes aufheben? Das Eisenacher Programm enthält die Forderung: „Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.“ Später hielt man es für überflüssig, diese Forderung besonders aufzustellen, welche die selbstherrliche Konsequenz unserer Grundzüge ist. Das Gothaer Programm proklamirte in seinem grundsätzlichen Theil die „Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheiten“, und das Erfurter Programm erklärt, daß die Sozialdemokratie für die Abschaffung der Klassen und für gleiche Rechte und Pflichten aller kämpft. Daneben in einem besonderen Paragraphen noch für die Bauern die Beseitigung einiger Vorrechte des preussischen und medienburgischen Großgrundbesitzes verlangt, heißt denn doch, um der Bauern willen unser Programm auf ein gar zu tiefes Niveau kleinlicher Detailkrämerei herabdrücken.

Auch in den folgenden Paragraphen tritt die Privilegierung der Landwirtschaft deutlich hervor, so im § 17, der „die staatliche Hilfeleistung bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse“ fordert. Woju die Einschaltung durch die letzten Worte? Warum nicht staatliche Hilfeleistung bei Nothständen überhaupt? Warum nur bei Nothstand aus Mißwachs, Hagelschlag, Viehseuche, Ueberbevölkerung, und nicht auch bei Nothstand infolge von Ueberproduktion, von Handelskrisen, von Zollkriegen u. c. Sollen wir wirklich vom Staat für den Grundbesitzer mehr als für den Proletarier verlangen?!

Noch auf einen Paragraphen sei hier hingewiesen, den § 14:

„14. Staatskredit an Genossenschaften, die alle Theilhaber umfassen, oder an einzelne Gemeinden für Feldbereinigung, Bodenmeliorationen aller Art, Entwässerung und Bewässerung, Uebernahme der Kosten für Bau- und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege, Wasserläufe), sowie für Deiche und Dämme aus den Staat oder das Reich.“

Auf die Forderung des Staatskredits für Genossenschaften kommen wir noch in anderem Zusammenhang zurück. Hier nur folgende Bemerkung: entweder hält man die Forderung des Staatskredits an Genossenschaften für erprießlich oder nicht. Wenn nicht, ist ihre Aufstellung Bauernjanz. Da diese Annahme ausgeschlossen, bleibt nur die letztere übrig. Warum aber dann Staatskredit nur für landwirthschaftliche Genossenschaften? Warum diese Privilegierung der Landwirtschaft?

Auch die in diesem Paragraphen folgende Forderung der Uebernahme der Kosten der Wege, Wasserläufe, Deiche und Dämme durch den Staat bedeutet nichts anderes. Ist etwa der Schutz des Grundbesitzes vor Ueberbevölkerungen wichtiger, als der Schutz der Gesamtbevölkerung vor Seuchen? Warum dem Staat nur die Verpflichtung aufzugeben, für Deiche und Dämme, Wege und Wasserläufe zu sorgen und nicht auch für Trinkwasserleitungen und Erbauung hygienischer Arbeiterquartiere?

Der § 14 ist aber auch wieder charakteristisch für die Verwischung des revolutionären Charakters unserer Bewegung, die das ganze Agrarprogramm kennzeichnet.

Die Forderung der Staatshilfe für Genossenschaften, die es enthält, findet sich schon im Gothaer Programm. Aber dort wurde diese Forderung aufgestellt als Mittel die heutige Gesellschaft umzuwälzen: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entspringt.“

Davon ist in dem Vorschlag der Agrarkommission keine Rede. Sie fordert Staatskredit an Genossenschaften für „Feldbereinigung, Bodenmeliorationen aller Art, Entwässerung und Bewässerung“, d. h. sie fordert Staatskredit für Genossenschaften zu dem einzigen Zweck, den Werth des Grundbesitzes zu erhöhen. Ein merkwürdiges sozialdemokratisches Programm!

Allerdings soll der Staatskredit nur solchen Genossenschaften gewährt werden, „die alle Theilhaber umfassen“. Aber wer gehört zu den Theilhabern? Nehmen wir an, einige Großgrundbesitzer bilden eine Genossenschaft, um einen Sumpf zu entwässern, der sich durch ihr Gebiet zieht. Umfaßt diese alle „Theilhaber“, wenn sie alle Grundbesitzer enthält, die von dieser Melioration berührt werden, oder hat die Genossenschaft neben jenen auch alle Lohnarbeiter in sich aufzunehmen, die bei der Arbeit beschäftigt werden, oder gelten nur die letzteren als „Theilhaber“? Sollen die Grundbesitzer eigene Genossenschaften bilden, die Lohnarbeiter beschäftigen, oder sollen diese eigene Genossenschaften bilden, die für die Grundbesitzer Arbeiten übernehmen, oder sollen Unternehmer und Arbeiter in traulichem Verein zu Genossenschaften zusammentreten?

Soll die Forderung einen Sinn haben, dann darf man unter den „Theilhabern“ offenbar nur die Grundbesitzer verstehen. Der § 14 befaßt daher nichts anderes, als Staatskredit an die Grundbesitzer — große wie kleine, irgend ein Unterschied wird da nicht gemacht — zur Verbesserung ihrer Güter. Die einzige Vor-

Bedingung ist, daß sie sich zu Genossenschaften zusammenschließen. Diese „sozialdemokratische“ Forderung können sich die Kapitalisten ruhig gefallen lassen. Wir haben da nicht mehr ein sozialdemokratisches Agrarprogramm vor uns, sondern ein agrarisches Programm; nicht ein Programm, das den Klassenkampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen auf das Land überträgt, sondern ein Programm, das darauf hinauszielt, den Klassenkampf des Proletariats den Interessen des Grundbesitzes dienstbar zu machen. Daß dies nicht die Absicht der Agrarkommission sein konnte, ist klar. Aber wir haben hier nicht zu untersuchen, welches ihre Absichten gewesen sein mögen, sondern zu welchen Konsequenzen ihre Vorschläge führen müssen.

Der „Sozialdemokrat“ schreibt in seiner letzten Nummer: Die Stellung der Parteipresse zum Entwurf eines Agrarprogramms läßt sich jetzt im großen und ganzen übersehen. Sie ist überwiegend eine ablehnende und die Ablehnung nimmt von Tag zu Tag an Schärfe zu. In weiteren Parteitagen ist erklärlicherweise das Bedürfnis nach einer diplomatischeren Bauernpolitik noch geringer; es läßt sich daher voraussagen, daß in den kommenden Versammlungen der Genossen die Begeisterung für die neuen Einschießel unter den Mittelpunkt sinken wird.

Wir haben in der Beilage die Preßstimmen gesammelt über die Forderungen: der Verstaatlichung der Grundschulden, der Ausdehnung und Bewirtschaftung des öffentlichen Grund und Bodens, der Aufhebung der Grundsteuer. Der letzte Punkt ist in der Parteipresse am meisten vernachlässigt worden, obwohl er für den neuen agrarischen Kurs vielleicht der bestimmendste ist. Wir behandeln ihn daher heute an dieser Stelle.

Wir blättern diese Tage in alten agrarischen Heften — meist sind sie besser wie die angepriesenen neuen. Da fiel uns das Programm des Grafen Arco-Valleben wieder in die Hand. Es ist ein bayerisches Bauernprogramm vom reinsten Wasser; hat es doch 1883 Herr Dr. Mahinger selber mit einem Kommentar herausgegeben. Der Herr Graf hinterließ es als Testament dem Bauernverein in Lantenhausen, und was nur die Lantenhausener wünschen können, steht darin: Aufhebung der Privatverschuldung, Verstaatlichung der Versicherung und ähnliches mehr. Aber in Punkt 12 behält der Agrararistokrat doch etwas Rückgrat: „Die Grundsteuer ist beizubehalten“, fordert er; und sein Testamentvollstrecker — gewiß schon damals nicht zu verachtender Bauerndemagog — schrieb hinzu: „Daß Staat, Gemeinde, Kirche von der heimathlichen Erde einen Beitrag in Anspruch nehmen, ist naheliegend. Niemand (also auch der Bauer von Lantenhausen nicht) kann darin etwas Befremdendes oder gar Unbilliges erblicken. Wenn dennoch heute die Forderung nach Beseitigung der Grundsteuer gestellt wird und in den weitesten Kreisen Zustimmung findet, so beweist dies nur, bis zu welchem Grade der Verkehrtheit und Unwahrheit unsere öffentlichen Zustände gediehen sind.“

Das war 1882! Wie weit haben wir es glücklich 1895 gebracht! Nicht bloß der reaktionäre Bauerndemagog verlangt die Aufhebung der Grundsteuer; der sozialdemokratische Arbeiterführer bringt sie ihm huldigend auf dem Präsentirteller entgegen!

Haben wir irgend einen Anlaß zu dieser Kapitulation? In einigen Parteitaktikern finden wir die Meinung vertreten, zur Aufhebung der Grundsteuer seien wir in der That verpflichtet durch Punkt 10 unseres alten Programms:

Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind.

Aber ist die Grundsteuer eine Steuer im gewöhnlichen Sinn? Selbst unsere vulgärsten Finanzlektoren räumen ihr eine Ausnahmestellung ein; wenn in ihnen vielfach über die an sich sehr klare Frage Unklarheit herrscht, so ist das unseres Erachtens nur ein Beweis, bis zu welchem Grade auch die vermeintlich objektive Wissenschaft von dem interessierten Geschrei einflussreicher Besitzschichten beeinflusst wird. Nehmen wir zum Beispiel die Steuer, wie sie im Staate Preußen seit 1861 besteht. Sie wurde auf einen festen Betrag „kontingentirt“; jedes Grundstück, jeder Acker zahlte seit 1861 eine feste Abgabe an den Staat. War das zuletzt eine jährlich wiederkehrende Einkommensermäßigung des Besitzers gegenüber den Unternehmern der Industrie, eine ungerechte Doppelbesteuerung neben der allgemeinen Einkommen- und jetzt auch Vermögenssteuer, wie die Agrarier behaupten? Keinesfalls. Von dem Stande der Dinge vor drei bis vier Jahrzehnten sehen wir ab. Unterdeß haben alle Güter, sei es im Erbgang, sei es durch Verkauf, die Besitzer gewechselt. Bei jeder Erb- und Kaufschätzung wurde natürlich der Betrag des Grundstückes um den festen Betrag der Grundsteuer niedriger angelegt, z. B. auf 4500 statt 5000 M., wenn die Grundsteuer „Reallast“ auf 500 M. gesetzlich festgelegt war. Der Erbe zahlte entsprechend weniger Erbgeld, der Käufer einen entsprechend niedrigeren Kaufpreis. Der neue Besitzer stand demnach — außer er hatte nicht rechnen können — mit Grundsteuer genau so da in seinem Einkommen wie sonst ohne Reallast; ohne Grundsteuer hätte er nur entsprechend mehr Zinsen für die höhere Uebernahmehöhe an seinen Vorbesitzer zahlen müssen. Die Anhänger von George und Klirschheim haben daher in gewissem Sinne recht, wenn sie die Grundsteuer als einen faktischen Mißbehalt am Grund und Boden, heißt Ueberföhrung dieses letzten Grundwertbehaltes in die private Verfügung der Vorbesitzer und Gläubiger oder der augenblicklichen Inhaber. Das ist sozialistisch! Freilich würden die Bauern und Landlords über das ganze unmotivirte Verschwenken, schließlich jedoch würden die Arbeiter als Steuerpflichtige den Ausfall bedauern müssen! Das ist Vertretung der Arbeiterinteressen!

Wir trauen natürlich den antragstellenden Mitgliedern der Agrarkommission nicht zu, daß sie die Tragweite ihrer Anregungen zu übersehen vermöchten. Aber warum sollte dieser mehr wie peinliche Zwischenfall vor dem allzu thatenfreudigen Beitreten einer Bahn, über deren Richtung und Ziel man so wenig im klaren ist.

Den drei Schlusssatzungen, die Parvus in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht, entnehmen wir das folgende:

Der große Haufen der übrigen Forderungen des Agrarprogramms muß zunächst summarisch seinem Geiste nach charakterisirt werden, denn im einzelnen geht er unter den Fingern auseinander.

Dieser Geist aber ist der Geist, der alles Entschiedene und Entscheidende vermeidet.

Man urtheile selbst. § 13 z. B. lautet: „Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindegüter auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und Kleinbauern oder, soweit sich beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirtschaftler unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.“

Was will nun die Kommission? Auf welchem Standpunkte steht sie? Was hält sie für richtig? Staatsregie und Gemeindebetrieb, was zwei sehr verschiedene Dinge sind, Genossenschaften, bäuerliche Selbstbewirtschaftler (wie wir soeben im Vorwärts lesen, soll das letztere nur in ganz bestimmten Ausnahmefällen geschehen), das bleibt ihr gleich. Geht's nicht so, dann geht's vielleicht so, oder so, und wenn nicht — na, denn nicht! Aber das Ganze soll doch eine Direktive abgeben für den

Staat oder die Regierung? Wonach hat sich nun diese letztere zu richten?

Wie steht es aber thatsächlich mit all diesen Möglichkeiten? Unter der Staatsregie, die sich kaum rentiren würde, würden die Landarbeiter ebenso ausgebeutet werden, als sonstwo und wie es jetzt schon in den industriellen Staatsbetrieben der Fall ist. Was unter der „Bewirtschaftung der Gemeindegüter“ zu verstehen sei, ist etwas dunkel. Entweder handelt es sich um einen Lohnarbeitsbetrieb, wie beim Staat, oder um einen Genossenschaftsbetrieb. Die ländlichen Produktivgenossenschaften nun haben eine noch geringere Existenzmöglichkeit bezw. sind noch eher dem Schicksal unterworfen, kapitalistisch auszuarten, als die industriellen. Denn durch Vereinigung von proletarischen Landarbeitern und von Bauern bringen sie von vornherein wirtschaftliche Ungleichheit, Unterschiede und Gegensätze in das innere Gefüge der Genossenschaft hinein. Der bäuerliche Selbstbewirtschaftler“ vollends würde als Pächter der Staatsdomäne ebenso und vielleicht noch schneller seinem Ruin entgegengehen, wie jetzt als Eigentümer einer Parzelle.

Wenn man Forderungen in ein politisches Programm aufnimmt, so muß man die Wuth haben, ihre Konsequenzen zu ziehen. Wenn man z. B. die landwirtschaftlichen Genossenschaften dadurch unterstützen will, daß man den Staat verpflichtet, seine Domänen an sie zu verpachten, so ist es nur folgerichtig, versteht sich eigentlich von selbst, daß der Staat diesen Genossenschaften auch bei der Betriebseinrichtung Hilfe leisten sollte. Also Staatskredit an Genossenschaften, die die Staatsdomänen pachten. Und warum dann nicht Staatskredit an landwirtschaftliche Genossenschaften überhaupt? Und dann hätten wir wieder den längst außer Gebrauch gesetzten Passivfiskalen Vorschlag, ins Landwirthschaftliche überführt und vor dieser Konsequenz ihrer eigenen Voraussetzung trat die Kommission selbst erschrocken zurück.

Wenn die Sozialdemokratie bis jetzt für etwas eingetreten ist, so that sie es in vollem Umfange und bis auf die äußersten Konsequenzen. Aber halbe Maßregeln fordert die Agrarkommission, Viertelmaßregeln, Maßregeln, denen ihre Schärfe und ihr Inhalt genommen worden ist, bis auf einen winzigen Rest, der nun weder brennt, noch löth.

Wir veröffentlichen heute aus Parvus' Feder die Schlusssatzung:

Das vorgeschlagene Agrarprogramm würde vor allem bedeutenden indirekten Schaden der Partei zufügen. Wir haben vorausgeschickt und dann im einzelnen nachgewiesen, daß durch die Stellung, die das Agrarprogramm der Landtagitation gegenüber einnimmt, logischerweise auch unsere allgemeine Stellungnahme zu den verschiedenen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft wird geändert werden müssen. Und das würde einen Bruch mit der bis jetzt eingeschlagenen, im Kampf bewährten und im Wesen des proletarischen Klassenkampfes begründeten sozialrevolutionären Taktik der Partei bedeuten.

Unterstützt man das Bauernthum durch Versicherungen, Verstaatlichung u. dergl. m. in seinem Konkurrenzkampf gegen das Kapital, so ist nicht abzusehen, warum man nicht auch in Bezug auf das Handwerk und den Kleinhandel ähnlich verfahren sollte? Und wenn man die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften dadurch begünstigt, daß man den Staat zwingt, ihnen seine Ländereien zu verpachten, warum soll man dann nicht auch die industriellen Produktivgenossenschaften unterstützen, etwa durch Gewährung von Staatskredit?

Eine Anzahl Forderungen des Agrarprogramms hat auch von vornherein eine über die Landwirtschaft weit hinausgehende Tragweite. So die Verstaatlichung der „Mobilitäts- und Immobilien-Versicherung“ und auch die Verstaatlichung der Hypotheken.

Aber das Agrarprogramm würde auch keinen direkten Nutzen bringen. Was wir an ihm am meisten anzusehen haben, ist nicht, daß es zu praktisch, sondern daß es durchaus unpraktisch ist. Und es ist unpraktisch, weil es zu wenig sozialrevolutionär ist.

Selbst wenn es gelingen würde, auf dem von dem Agrarprogramm betretenen Wege die Lage des Bauernthums zu verbessern, was würde die Folge sein? Es würde höchstens der ökonomische Zustand erreicht werden, in dem sich das deutsche Bauernthum etwa vor einem Vierteljahrhundert befand, wo es noch weniger verschuldet, sein Vieh weniger zerstückelt und die Weltmarktskonkurrenz weniger entwickelt war. Dann würde in ihm wieder der alte alte Glaube erwachen, auf dem Boden des Privateigentums innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ein ruhiges und gesichertes Dasein führen zu können. Dann hätten wir wieder den viden, antilokalistischen Bauernschädel“ vor uns, der undurchdringlich ist. Und mit der Anhänglichkeit an den Privatbesitz würde auch Anhänglichkeit des Bauern zum herrschenden Staat entsacht werden, da es ja dieser wäre, durch dessen Hilfe die Verbesserung seines Zustandes erreicht wäre.

Aber es kann die Aufgabe der Sozialdemokratie als proletarischer Partei nicht sein, das Bauernthum mit dem Privateigentum und dem kapitalistischen Staat zu verschöhnen, sondern die Aufgabe kann nur die sein, das Bauernthum in den Kampf gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln und den kapitalistischen Staat zu führen.

Wie oft wurde gesagt, der Antisemitismus bereite das platte Land für die Sozialdemokratie vor? Und nun gehen wir aus, um dem Antisemitismus das platte Land abzurufen. In diesem Zweck das Agrarprogramm. Und was bringt es dem Landvolk? Ökonomisch genau das gleiche, wie der Antisemitismus, nur in verdünnter Form!

Die Kardinalforderung unseres projektierten Agrarprogramms, die Verstaatlichung der Hypotheken, ist auch im Programm der antisemitischen Deutschsozialen Partei enthalten. Nur fordert diese dabei noch „eine wirksame Wucherergesetzgebung“. In einem antisemitischen Wahlprogramm zu den 3er Wahlen wurde außerdem gefordert: „Festsetzung eines exekutionssfreien Mindestvermögens und Mindesteinkommens“, während das uns vorgeschlagene Agrarprogramm demgegenüber nur das Vorkaufsrecht der Gemeinden bei Zwangsverkäufen aufzuweisen hat. Die Verstaatlichung der Feuer- u. Versicherung ist wiederum bei den Deutschsozialen zu finden. Und wenn das Agrarprogramm die Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege, Wasserläufe) sowie für Deiche und Dämme auf den Staat oder das Reich“ fordert, so fordern diese schließlich: „Möglichste Verstaatlichung aller öffentlichen Verkehrsmittel.“

Welche Veranlassung hätte denn der antisemitische Bauer, auf Grund dieses Agrarprogramms zur Sozialdemokratie überzutreten? Und der Bauer, der zwischen Antisemitismus und Sozialdemokratie zu wählen hätte, würde sicher den ersteren wählen, weil dieser auch politisch, religiös und überhaupt kulturell sich seiner eigenen Auffassung anpaßt.

Aber mit diesen alten Ledenbüchern der bürgerlichen Parteien löst man überhaupt keinen Hund mehr hinter dem Ofen vor. Daß der Bauer an diese Reformarbeit keinen rechten Glauben mehr hat, daß er durch die ökonomische Entwicklung in eine immer schärfere Opposition zu der kapitalistischen Produktion und zum kapitalistischen Staat gedrängt wird, das ist es ja eben, was ihn in der letzten Zeit der sozialdemokratischen Agitation mehr zugänglich gemacht hat.

Das Agrarprogramm ist deshalb nicht einmal der Ausdruck der Augenblickswünsche des Bauernthums und könnte darum nicht einmal einen Augenblickserfolg haben. Die Verneuerung des öffentlichen Grundeigentums, die vielerlei Verstaatlichungen, angenommen etwa die Hypotheken, Feldvereinerung, das alles läßt den Bauer außer sich löth. Der Bauer selbst wird durch die Macht der Verhältnisse mehr sozialrevolutionär, als es das Programm der sozialrevolutionären Sozialdemokratie sein will.

Es ist darum durchaus falsch, die erwähnten Forderungen

als das Ergebnis des praktischen Lebens zu betrachten. Sie haben mit diesem nichts zu thun. Sie sind einfach am grünen Tisch und in der Stube des bürgerlichen Gelehrten ausgeheckt worden. Sie sind deshalb hohlenlos, utopisch. Aber, freilich, es giebt Utopien verschiedener Art, und diese gehört nicht zu denjenigen, die mit mächtigem Adlerschwung sich bis zu den Wolken erheben, sondern zu jenen, die, wie eine zahme Gans, kraftlos über den Hof und Misthaufen herumflattern.

Man hat sich nun, um die vom Agrarprogramm in Angriff genommene Verbesserung des „Zustandes in der Landwirtschaft“ zu rechtfertigen, darauf berufen, daß wir ja auch die Lage der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu verbessern suchen und das als sozialrevolutionär betrachten. Dieser Analogieschluß ist, so allgemein gefaßt, falsch, weil er nicht die Verschiedenheit der ökonomischen Verhältnisse berücksichtigt.

Diese ökonomische Verschiedenheit drückt sich politisch folgendermaßen aus: der Lohnarbeiter kämpft gegen das Kapital, weil er aufhören will, Lohnarbeiter zu sein — der Bauer aber rebellirt gegen die kapitalistische Produktion, weil sie ihm die Möglichkeit raubt, Bauer zu bleiben. Darum ist er stets bereit, sich mit dieser zu versöhnen, wenn der Druck nachläßt.

Tagu kommt, daß, weil der Bauer Privateigentümer und Waarenproduzent ist, man ihn als solchen nur schützen kann, indem man zugleich das Privateigentum und die Waarenproduktion unterstützt. Aus der Hypotheken-Verstaatlichung, aus der Verstaatlichung der Vermögensversicherung würden der Großgrundbesitzer, der Fabrikant und der große Kaufmann in gleicher Weise Vortheil ziehen, wie der Bauer. Dagegen um sofort eine Parallele zu ziehen, betrifft die gezielte Beschränkung der Arbeitszeit die Fabrikanten, Großkaufleute und Hauseigentümer nicht. Nichts zeigt klarer, als daß, den Unterschied zwischen Bauernschutz und Arbeiterschutz. Dasselbe Verhältnis bedingt es, daß der Schutz des Bauernthums zum Mittel der kapitalistischen Ausbeutung wird, wie wir bei der Hypothekenverstaatlichung nachgewiesen haben. Das gleiche gilt von fast allen Verstaatlichungen in der kapitalistischen Gesellschaft. Und die „Verneuerung des öffentlichen Grundeigentums“ würde zweifellos dem verschuldeten Agrarierthum willkommenen Gelegenheit geben, profitabile Geschäfte mit dem Staat zu machen. So wird der Schutz des Bauernthums zum Schutz des Kapitals.

Währenddem also das Agrarprogramm im allgemeinen sich in Widerspruch zu dem revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung setzt, begeht es noch andererseits im besonderen auch den entgegengegesetzten Fehler, unser Verhalten der Arbeiterklasse gegenüber schablonenmäßig auf das Bauernthum zu übertragen.

Wir können den Bauer innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nur dort schützen, wo er aufhört, Bauer zu sein, d. h. nicht als Privateigentümer und Waarenproduzent, sondern als Bürger und Steuerzahler. Daß ist auch das Gebiet, auf dem sich das Bauernthum mit der Arbeiterklasse begegnet, folglich mit der Sozialdemokratie.

Denn die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei und keine Volkspartei in dem Sinne einer einheitlichen Vertretung der Interessen des gesammten arbeitenden Volkes. Aus dem einfachen Grunde nicht, weil es in diesem Entwicklungsstadium der kapitalistischen Gesellschaft eine solche Einheitlichkeit der Interessen gar nicht giebt. In diesem Widerspruch geht die bürgerliche Demokratie zu Grunde. Weil sie alle unter einen Hut bringen will, laufen ihr alle auseinander.

Die Sozialdemokratie aber beruht auf der geschichtlichen Erkenntniß, daß erst das klassenbewusste Proletariat eine soziale Revolution, deren Anfang, nicht Ende, die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel ist, zu vollbringen hat, damit die ökonomische Solidarität des arbeitenden Volkes zustande komme. Ihre erste Aufgabe ist deshalb — die soziale Revolution, die Klasse, die sie vertritt — das Proletariat, und nur als Verbändete des Proletariats unter dessen sozialrevolutionärer Führung organisiert sie die übrigen Schichten des Volkes.

So kennzeichnet sich also das vorgeschlagene Agrarprogramm: Es würde eine Bresche legen in die sozialrevolutionäre Taktik der Partei, ohne daß nur die geringste Aussicht vorhanden wäre, auf diese Weise das Bauernthum zu gewinnen. Es ist unpraktisch, utopisch und zum Theil schablonenmäßig zugeschnitten. Dabei ist es in seinen Forderungen kleinlich, jaghaft und unbestimmt. Es raubt der Partei in hohem Grade die Widerstandskraft gegenüber den feindlichen Angriffen und setzt sie noch obendrein dem Hohn und Spott der Feinde aus.

Nicht die Kommission trifft die Schuld an diesem Agrarprogramm. Denn auf dem Wege, den sie betreten hat, konnte sie nichts Besseres zu Stande bringen. Das Agrarprogramm bedeutet vielmehr ein entschiedenes Fiasko jener gesammten Richtung innerhalb der Partei, die glaubt, das Bauernthum dadurch für die Sozialdemokratie erobern zu können, daß sie es künstlich konservirt. Und daß die „positiven“ Forderungen des Programms so wenig entschieden und so unbestimmt sind, ist sogar als gesunde Reaktion gegen diese Richtung zu betrachten. Daß sie nichts Schlimmeres schuf, das rechnen wir der Kommission zum Verdienst an.

Dieses Programm ist unannehmbar. Darum würde die Kommission am besten thun, es zurückzugeben, zumal sie keineswegs daran gebunden ist, ein Programm zu diesem Parteitag zu liefern.

Würde aber dieses Agrarprogramm, was wir allerdings für gänzlich ausgeschlossen halten, vom Parteitag angenommen, dann ist es so gut wie sicher, daß die süddeutsche Volkspartei, die jetzt ebenfalls an der Erweiterung ihres Programms arbeitet, in der Agrarfrage die Sozialdemokratie weit überholen würde. Wollen wir uns diese Blamage zuziehen.

Vorläufig nur eins: die Sozialdemokratie ist kein politischer Verschönerungsverein, der auf dem steilen Wege der geschichtlichen Entwicklung Aufhänge für die Wägen und Zurückstehenden aufstellt. Nicht das ist sie, sondern die große Einpeitscherin, Stärkerin, Vorwärtsdrängerin, die die politische Entwicklung beherrscht, weil sie sie begriffen hat!

Am Schluß der Artikelserie des „Hamburger Echo“ heißt es:

Wir wären somit am Ende unserer Betrachtungen und hätten nur noch die schon berührte Frage zu erörtern, ob aus der aus einzelnen Forderungen sich ergebenden Zuweisung von sehr unterschiedlichen sozialen Funktionen an den Staat, für diesen eine Wuchererweiterung erwachsen könnte, die der Entwicklung im freiheitlichen Sinne Gefahr zu bringen geeignet wäre. Wir befürchten das nicht. Als die Vorschläge bekannt wurden, ist ihnen vereinigt in der Parteipresse sofort das Wort „Staatssozialismus“ entgegengerufen worden. Und dieses Wort hat ja in Parteitagen keinen besonders guten Ruf. Es ist hier aber auch durchaus falsch angewendet, wenn man — und das ist unseres Erachtens das Entscheidende — im „Staatssozialismus“ notwendig die Wahrung des kapitalistischen Interesses als treibendes Motiv des Eingriffs in die ökonomischen Verhältnisse voraussetzen muß.

Der demokratische Staat wird vermuthlich nicht auf einmal fertig in die Welt treten, wie Palas aus dem Haupte des Zeus, sondern sich in konsequenter Weiterentwicklung aufstellen. Die sozialen Funktionen des Staates drängen sich ihm aber schon in der Gegenwart mit aller Macht auf; wenn auch widerwillig, sieht er sich gezwungen zu sozialen Maßnahmen, die früher als völlig außer seinem Bereich liegend erachtet wurden. Und je mehr sich die kapitalistische Gesellschaft ihrem Zusammenbruch nähert, je stärker auch die bestehenden Klassen — wenn auch vorerst nur der schwächere Theil derselben — in Mitleidenschaft gezogen werden, desto unoffener wird der Staat helfen und regulirend eingreifen müssen. Das können wir gar nicht hindern. Die liebevolle Fürsorge für die Zukunft ist ein Beweis dafür, wenn sie auch zeigt, wie die den Staat noch beherrschende

Einwandfrei ist Nr. 11.

13. Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeflächen auf eigene Rechnung, oder, soweit sich beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirtschaftler unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.

Die Vermehrung des öffentlichen Eigentums wird hier ohne jede Schranke gefordert. Das ist das der Grundsteuererhöhung gerade entgegengesetzte Extrem und für die Gegenwart ebenso sehr zu verwerfen. Das Programm begibt sich hier vollständig auf den Standpunkt der Bodenbesitzreform, denen es darum recht sehr gefallen dürfte. Vielleicht wünschen die Verfasser doch nicht die Verstaatlichung des gesamten Grund und Bodens innerhalb der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, aber es liegt in dem von ihnen formulierten Satz. Jedenfalls müssen doch die von uns gestellten Forderungen so beschaffen sein, daß uns ihre Verwirklichung — in dem Sinne, der den gebrauchten Worten innewohnt — zur Zeit erwünscht sein würde, wenn wir auch den Vorbehalt machen dürfen, daß wir diese Forderungen unter Modalitäten, die dem Großgrundbesitz oder der politischen Reaktion günstig wären, ablehnen würden. Zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde dient die Umgestaltung gewiß nicht; umgekehrt müßten Garantien verlangt werden, damit sie dieser Demokratisierung nicht entgegen wirken. Für die Bewirtschaftung werden nun alle möglichen Hauptformen zur Auswahl nebeneinander gestellt, so daß schließlich nichts gefordert, sondern nur die Rathlosigkeit ausgedrückt wird.

Es folgt (neu): 14. Staatskredit an Genossenschaften. . . . Da sind wir also glücklich wieder bei den Affektionen mit Staatskredit. Sollen die landwirtschaftlichen Genossenschaften Staatskredit genießen, warum nicht auch Genossenschaften von Industrie-Arbeitern?

Nr. 15 (neu) lautet: Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten.

Der Ausdruck enthält einen auffälligen Fehler und der Satz ist darum hier und da wirklich mißverstanden worden. Der Staat soll doch nicht an die Stelle des Schuldners, sondern an die des Gläubigers treten. Die Forderung selbst, von F. Engels schon 1869 gestellt, ist von durchgreifender agitatorischer und, wenn sie verwirklicht wird, praktischer Wirkung. Die „Leipziger Volkszeitung“ wendet ein, daß die Forderung dem Bauer nicht endgültig helfen, daß die Ursachen, warum der Bauer verschuldet, fortwirken würden. Das ist richtig, aber es dient offenbar zur Rechtfertigung der Forderung. Sie wäre reaktionär, wenn sie auf die dauernde Erhaltung der bäuerlichen Wirtschaft hinausliefe. Ihre Hauptwirkung ist, daß sie die Verwandlung des Grundbesitzes in öffentliches Eigentum als eine organische Entwicklung ermöglicht, was gerade allein bei diesem Produktionsmittel wegen seiner Unvermehrbarkeit möglich ist.

Gegen Nr. 16 dürfte nichts Wesentliches einzuwenden sein. Die Forderung ist die Frage, ob nicht statt der Verstaatlichung des Versicherungswesens besser die Zwangsversicherung auf Gegenseitigkeit eingeführt würde. Die staatliche Hilfeleistung bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse ist schließlich allgemein anerkannt, wenn sie praktisch auch oft vermehrt wird. Kann die Forderung nicht präziser gefaßt werden?

Den Schluß des neuen Programmes bildet:

17. Unbeschränkte Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeinde-Angehörigen.

Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, gegebenen Falles volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.

Diese Forderungen scheinen uns rückläufig. Die unbeschränkte Aufrechterhaltung und Erweiterung der Waldnutzungs- und Weiderechte würde unsere Wälder stark schädigen und eine rationelle Forstwirtschaft fast unmöglich machen. Ebenso würde das freie Jagdrecht, das übrigens für ganz kleine Wirtschaften werthlos ist, zur Ausrottung des gesamten Wildes führen. Man kann nun mit der „Sächs. Arbeiterztg.“ annehmen — wir thun es nicht — daß dies kein Nachtheil sei; wenn aber diese Wirkung eingetreten ist, hätte auch das Jagdrecht keine Bedeutung mehr. Es würde sich also lediglich um die Ausrottung des Wildes auf einem Umwege handeln. Man streicht wohl Nr. 17 am besten ganz.

Es fehlt uns der Raum, um näher auf die Einzelheiten einzugehen. Fallen die von uns verworfenen Punkte, so scheint uns das Bauernprogramm ausreichend und mit unseren Grundsätzen vereinbar und, da die Forderungen für die Landarbeiter, auf die es für uns in erster Linie ankommt, nach dem allgemeinen Urtheil richtig und umfassend sind, das Ganze immerhin eine annehmbare Verbesserung und Ausgestaltung des Parteiprogramms.

Die „Schwäbische Tagwacht“ schreibt, nach einer scharfen Kritik der gegnerischen Redensarten über den Programmentwurf in einem einleitenden Artikel: Sehen wir auf den Entwurf selbst kurz ein, so ist derselbe jedenfalls weniger mangelhaft in dem, was er sagt, als in dem, was er nicht sagt. In welcher Beziehung wir dies meinen, sei hier nur angedeutet. Die schwierige Frage des kleinbürgerlichen Grundbesitzes ist in den Forderungen des Programms mehr verhallt als geklärt. Daß über diese Frage, welche agitatorisch von höchster Bedeutung ist, ein Aktionsprogramm sich deutlich aussprechen muß, ist für uns zweifellos. Der Entwurf denkt sich die Sache offenbar so, daß die Kommunisten des bäuerlichen Privateigentums ruhig der wirtschaftlichen Entwicklung überlassen werden kann, und will lediglich der Gemeinde die erste Hand lassen. Diese Auffassung wird in den Reihen der Parteigenossen wohl keinem Widerspruch begegnen; auch werden die in dem Entwurf festgelegten Forderungen, welche den Ankauf des kleinen Privatgrundbesitzes durch den Großgrundbesitz verhindern wollen, allgemein begrüßt werden. Trotzdem hätten wir im Interesse der Klarheit — weniger nach außen als nach innen — eine deutlichere Formulierung dieses Punktes gewünscht. Es handelt sich darum, daß bei der Vererbung unserer Agrarpolitik von einer „Autorität“ in dieser Frage eine Unterscheidung zwischen bäuerlichem Privatgrundbesitz gemacht werden ist, dahingehend, daß dem Bauer, welcher ohne fremde Arbeitskraft arbeitet, und seinen Acker lediglich als Arbeitsmittel benützt, dieses letztere nicht genommen werden könne. Eine solche Auslegung des Begriffs der Ausbeutung scheint uns den klaren kommunistischen Grundsätzen des Erfurter Parteiprogramms zu widersprechen. Uebrigens ist die Frage eine rein theoretische,

welche höchstens agitatorisch in Betracht kommt; praktisch wird die soziale Entwicklung schon von selbst dafür sorgen, daß der Sozialismus nicht vor dem auf eigener Hufe allein arbeitenden Bauer Halt zu machen braucht.

Wenn wir unsere Meinung über den Entwurf im ganzen aussprechen sollen, so geht diese dahin: Die Kommission hat mit anerkennenswerther Umsicht und Klugheit ein Programm zusammengestellt, welches im einzelnen wohl Abänderungen erleiden kann, das aber als Ganzes alles leistet, was ein bäuerliches Aktionsprogramm der sozialdemokratischen Partei leisten kann.

„Der Proletarier aus dem Eulengebirge“ schreibt:

Am ersten grundlegenden Theile unseres Programms hat meines Wissens innerhalb der Partei bisher niemand etwas grundsätzlich auszusetzen gefunden. Wenn also nach wie vorher als richtig anerkannt wird, daß die Wurzel des Übels, unter dem Arbeiter, Handwerker, ländliche Kleinbesitzer und Kleingewerbetreibende leiden, der Privatbesitz an Grund, Boden und den sonstigen Produktionsmitteln ist, so ist es wirklich sehr schwer oder richtiger unmöglich, einem Theil der Vorschläge der Agrarkommission ein freundliches Gesicht zu zeigen.

Für diejenigen Landbesitzer, welche nicht bloß ein eingebilletes, sondern ein wirkliches Interesse an der Beibehaltung des Privateigentums an Grund und Boden haben, wird die bittere Pille, daß wir die Ueberführung desselben in Gemeinbesitz erfinden, dadurch nicht süßer, wenn wir jetzt Staatshilfe für ländliche Genossenschaften, Verstaatlichung der Hypotheken und anderes mehr fordern. Denen aber, die bloß ein eingebilletes Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Eigentumsordnung haben — und es ist dies zweifellos die übergroße Mehrzahl der ländlichen Bevölkerung — müssen wir eben dies eingebilletes Interesse als eingebildet und verfehlt ausreden und nachweisen. Das ist die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Agitation, um die wir in keiner Weise herumkommen, die wir lösen müssen und lösen werden, auch wenn es damit weniger schnell geht, wie wir alle wünschen.

Der Umstand, daß jetzt auch für unsere Landwirtschaft eingetreten ist, was infolge der kapitalistischen Wirtschaftsweise mit mathematischer Sicherheit vorauszusehen war und von uns auch vorausgesehen worden ist, ich meine die drückende Konkurrenz des Auslandes, dürfte doch wirklich auch nicht geeignet sein, unser bisheriges Programm als ungenügend erscheinen zu lassen. Die von der Agrarkommission gemachten Vorschläge dürften, dies ist schon hier gesagt, auch schwerlich im Stande sein, dieser Konkurrenz hier zu begegnen. Es dürfte eben dagegen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise ebensowenig ein Mittel geben, wie es kein solches gegen den Untergang des Kleinbetriebes und gegen die eigene Todtwerkung des Kapitalismus selbst giebt.

Meine Ansicht geht deshalb wie gesagt dahin, daß wir keinerlei begründete Ursache haben, eine irgendwie nennenswerthe Aenderung unseres Programms vorzunehmen. Ich befürchte sogar sehr ernstlich, daß wir mit einem Theile der Vorschläge, die uns die Agrarkommission gemacht, auf eine sehr schiefte Ebene gerathen müßten.

Im Verlage der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Neer & Co. in Hamburg ist soeben erschienen:

Der Neue Welt-Kalender für 1896.

Zwanzigster Jahrgang.

Inhalt:

Kalendarius. — Vorkursen u. — Zwölftes Kalender. — Zwölftes u. Dritte-Kalender. — Sterbefälle im Deutschen Reiche im Jahre 1892. — Deutsche Auswanderer 1892-94. — Mühlbild. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Ein Wärrer. — Erzählung von Robert Schwoebel (mit Illustrationen). — Bauern und arme Leute zur Zeit der deutschen Reformation. Von Hansrich Wilhelm. — Ein Bild aus dem Londoner Hühnerleben. Von W. Hiedrich. — Am Meer. Gedicht von Jenny Kolm. — Johanna's Erfahrungen. Erzählung von Wille Dagner (mit Illustrationen). — Märlerei Geschichtliches und Sozialwissenschaftliches über die Japaner. Von Bruno Geiser. — Die Schlacht am Morarten. Gedicht von Rob. Schwoebel (mit Illustration). — Das Licht der Zukunft. Von Dr. G. Luz (mit Illustrationen). — Die Gesundheitspflege des Kindes. Von Dr. Eppelba. — Archische Höhlen- u. Tiefenverhältnisse. Von G. Holten-Lark (mit Illustration). — Das neue Reich. Langgedichte. Von E. Schuchhoff (mit Illustrationen). — Ein Kavaler Kriegsgeheimnis. Von W. Witzsch. — Die gute, alte Zeit. Eine literarisch-kritische Skizze von W. Geiser. — Saat und Ernte. Gedicht von Jenny Kolm. — Aus der Geschichte der preussischen Volksschule. Von Bauermeister. — Ein Soldat des Volkes. Von W. Hiedrich (mit Illustration). — Die drei Köpfe. Russische Volksmärchen, erzählt von W. Brandeburg. — Wir sind nicht fremdbis. Gedicht von H. W. — Liegende Wärrer. — Mühlbild u. z.

Oder vier Kupfer:

Stadtkopf. — Das Bild der Skala. — Japanische Mädchen bei der Thee-Grate. — Remontierungsversuche.

Ein farbiges Bild: Der Löffel (mit Gedicht). Ein Wandkalender.

Preis 40 Pfennig.

Sie beziehen durch die Buchhandlung des „Vorwärts“

Kinderwagen-Bazar Max Brinner, Fernsalerstr. 42 am Dönhofsplatz und Brunnenstraße 6. Großartig. Auswahl von Kinderwagen, Puppenwagen, Sportwagen billigst. Viele Anerkennungen, bestes Fabrikat. — Musterbuch gratis. Theilnahme aufgeführt.

Hut-Bazar. Jeder Hut 2,70 M. Hochelegante Ausstattung. Oscar Pusch Brückenstr. 10b.

Sommer-Fest der Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntagabend, den 10. August 1895:

Altdeutsches Bauern-Fest

in der Berliner Bock-Bräuerei.

Grosses Instrumental- und Vocal-Concert.

Auf der Sommerbühne um 10 Uhr:

Die Erstürmung des Schlosses bei Schorndorf.

Eine Episode aus der Zeit des Bauernkrieges (Bauernbund: „Der arme Konrad“) unter Herzog Ulrich von Württemberg, um das Jahr 1514; dargestellt von ungefähr 120 Personen in historischen Kostümen.

Im kleinen Saale von 5 Uhr ab:	Im großen Saale von 5 Uhr ab:
Politisch-satyrisches Passepier-Theater.	Tanz. Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 4/4

Um 9 Uhr:

Festrede, gehalten vom Vorsitzenden Schriftsteller Heinrich Schulz.

Im Garten: Besichtigung der Ritterburg mit ihren mittelalterlichen Reliquien. Bei ungünstiger Witterung bietet das große Zelt vor der Sommerbühne, sowie die beiden Säle hinreichenden Schutz.

Billets 25 Pf. — An der Tageskasse 30 Pf. Anfang 4 Uhr.

Billets sind in den Zahlstellen und in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Vorteilhafteste Bezugsquelle. 2926L*

Uhren- und Goldwaaren-Fabrik

Silber- und Alfenidewaaren-Lager

von Reinhold Wankel, Brunnenstrasse 163 zwischen Anklamer- und Invalidenstr.

Spezialität: Ketten und Ringe. Neuarbeiten und Reparaturen zu den billigsten Preisen. Direkter Baareinkauf aus besten Fabriken.

„Bad mit Dampf“
Spezialität Heissluft
Kastenbäder, Verp. Massage
BAD-FRANKFURT
36, G. 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

„Bad mit Dampf“
Spezialität Heissluft
Kastenbäder, Verp. Massage
SODL. HEISS- SCHWIMM- FICHERNABEL- BADER.
BITTER-BAD
36, G. 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Möbel-Kaufgelegenheit.

Zum Umzug possendste Gelegenheit für Brautleute, Hotels u. Wiederverkäufer. In meiner größten Möbelpflege, Neue Königstr. 59, vorn L., sollen sofort ca. 100 Wohnungs-Einrichtungen, verlebten gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große Gelegenheitskäufe zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich schon ganze Wohnungs-Einrichtungen für 20, 100, 200 M. zu liefern, ebenfalls hochfeine Wirtschaften zu 1000 bis 5000 M., also billiger wie jede Konkurrenz. Theilzahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung, ohne große Preiserhöhung. Kleiderständer 16, Kommode 8, Kleiderständer 12, Stühle 2 M., neues Plüsch-Kleiderständer 20, Plüschständer 25 M., Vertikalen mit Matrasen, Kleiderständer 18, Sophas 15 M., Säulen-Kleiderständer, hochlegant 25, Truhen mit Säulen 20 M., Goldschmuckkasten, Herren-Schreibstisch, Damen-Schreibstisch, Schreibsekretäre 20, Plüschgaranturen 20, neues 100 M., Plüschsofa, Plüschsofa, Plüschgaranturen, Vertikalen, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 M. Empfehle allen Herrschaften vor Einkauf von Möbeln mein entschieden größtes Möbelloge zu besichtigen. Genaute Möbel können sechs Monate kostenfrei auf meinen Aufbewahrungs-Speichern lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Zurückgekehrt (wenig fehlerhafte)

Teppiche!!

Portiären!!

Gardinen!!

Steppdecken!!

erkannlich billig in der Fabrik von Berlin S. O.

Emil Lafèvre, Granichenstr. 158.

Prachtkatalog

mit buntsfarbigen Teppich-Illustrationen, sowie circa 200 Gardinen- und Portiären-Ausbildungen in künstlerischer Ausführung auf Wunsch gratis und franco!

Größtes Teppichhaus Berlins

Weissbier!

Für Fabriken und Werkstätten
Wiederverkaufspreise:
25 große Weissen für 3.- Mark.
40 kleine " " 3.- "
45 1/2 " " 3.- "

Berliner Export-Weissbier-Bräuerei
A. Seidler,
Schöneberg-Berlin W.,
Erdanstr. 73-75 u. 82.
Fernsprecher: Amt Schöneberg Nr. 92.

Zengschmiede und Schlosserei
für Inventar-Preis, auch Abzahlung,
zu verkaufen. Adressen S. 22 postlagernd
Potsdam I. 23326*